

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Das deutsche Kriegsprogramm

Am Tag nach dem Wahlsieg Donald Trumps in den USA löste Bundeskanzler Olaf Scholz die deutsche Regierung am 6. November 2024 auf. Mitte Februar, noch vor den Bundestagswahlen, machte er klar, welchen Zweck die Neuwahlen haben: Eine Regierung herbeiführen, die bereit ist, die BRD-Streitkräfte in nie gesehenem Ausmaß für einen Krieg gegen Rußland aufzurüsten. Am 13. Februar, einen Tag nach dem Telefongespräch zwischen Donald Trump und Wladimir Putin, rief Scholz bei einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz im Bundeskanzleramt eine zweite „Zeitenwende“ aus. Er verwies auf deren erste Proklamation am 27. Februar 2022 im Bundestag und erklärte: „Heute stehen wir erneut an solch einem Punkt. Heute müssen wir uns der Realität stellen, die das Handeln

und die Ankündigungen der US-Regierung für die Ukraine, für Europa und für die Welt bedeuten.“ Es sei „immer klar gewesen“: Das 2022 mit den Stimmen von CDU/CSU und Teilen der AfD beschlossene Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr „kann nur ein erster Schritt sein“. Allein um das Zwei-Prozent-Ziel der NATO zu halten, seien ab 2028 zusätzlich 30 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt nötig. Jedes weitere Prozent, das fürs Militär ausgegeben werde, entspreche „nach jetzigem Stand noch einmal 43 Milliarden Euro mehr“. Bis Ende des Jahrzehnts gehe es akkumuliert um dreistellige Milliardenbeträge. Scholz entwarf in drei Punkten ein Programm, mit dem das erreicht werden soll. Das Bemerkenswerte: Obwohl er seine „Vorschläge“ am 15. Februar auf der sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz erneut vortrug, wurde in der BRD kaum darüber berichtet. Dabei skizzierte Scholz die Generalrichtung, in die der deutsche Imperialismus marschieren will: gegen Rußland. Seine Programmpunkte lauten entsprechend: Erstens: „Wir brauchen eine Reform der Schuldenbremse, um Investitionen in unsere Sicherheit und Verteidigung davon auszunehmen.“ Zweitens: „Der Bundestag sollte schnellstmöglich einen Beschluß

fassen, wonach der Krieg in der Ukraine und seine schwerwiegenden Folgen für die Sicherheit Deutschlands und Europas als Notlage im Sinne des Artikels 115 Absatz 2 des Grundgesetzes eingestuft werden.“



München, 15. Februar: Gegen die „Sicherheitskonferenz“

Scholz behauptete, die Notlageausrufung werde dazu führen, daß die Unterstützung der Ukraine nicht weiter zu Lasten anderer Aufgaben gehe, die der Staat „gegenüber den eigenen Bürgerinnen und Bürgern zu erfüllen hat“.

Und drittens: „Wir werden die Diskussion innerhalb der EU voranbringen, wie wir Investitionen in unsere Verteidigung und den Aufbau einer starken europäischen Verteidigungsindustrie wirklich hinbekommen.“ Den Weg dahin wies EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 14. Februar in ihrer Rede auf der „Sicherheitskonferenz“. Sie will die EU-Schuldenregeln lockern, um den Mitgliedstaaten deutlich höhere Militärausgaben zu ermöglichen.

Scholz repräsentiert demnach mit seinem Plan eine breite deutsche und EU-Koalition. In der BRD reicht diese Hochrüstungsallianz von der AfD bis zu den Grünen, der am meisten hetzerischen Kriegspartei. AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel bekannte sich noch am 16. Februar in „Bild am Sonntag“ zum Kriegskurs: „Und ein Land muß verteidigungsfähig sein mit einem ertüchtigten Militär, um zum Beispiel im Bündnisfall der NATO eintreten zu können und unseren auf Deutschland bezogenen Bündnisverpflichtungen nachkommen zu können.“

Die Hunderttausende, die richtigerweise gegen das Zusammengehen von CDU/CSU und AfD in der Migrationspolitik noch im Februar in der BRD demonstrierten, wurden sorgfältig davon abgeschirmt, diese

Hochrüstungs- und Kriegscoalition gegen Rußland auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

Aus all dem folgt: Der reaktionär-militaristische Staatsumbau nimmt mit den kommenden Bundesregierungen und der Mobilisierung zum Krieg gegen Rußland an Fahrt auf. Der zwangsläufige Angriff auf Renten und andere Sozialversicherungen, auf bezahlbare Mieten und andere Lebensgrundlagen wird in den kommenden Jahren die BRD verändern wie noch nie. Die Forderung „Frieden mit Rußland und China!“ ist und bleibt die wichtigste der deutschen Arbeiterbewegung, der

Friedensaktivisten und aller vernünftigen Kräfte in der BRD.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Wo, bitte, geht es zur politischen Mitte?	2
Kanonen statt Butter	4
Von Hartz IV zu Merz I	6
So sehe ich das	7
Bündnis Sahara Wagenknecht	7
Höhenflug der Rechten	8
Raketenstationierung verhindern	10
NATO stimmt Industrie auf Krieg ein	12
Der neue Imperator	13
Der kleine Diktator	17
Zum militärischen Kräfteverhältnis im Ukraine-Krieg	18
Krieg um Bodenschätze der Ukraine hat begonnen	20
Für dauernden Frieden (RF-Archiv)	25
Die Wisla-Oder-Operation 1945	26
80. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz	28
Geschichte des Internationalen Frauentages	29
Kulturelle Lichtblicke	29
Der DDR-Bürger und der Kapitalismus	30

Wo, bitte, geht es zur politischen Mitte?

„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört,“ – so Willy Brandt im Oktober 1989, als er, das kann man ihm zugute halten, selbst noch nicht gewußt haben mag, daß es sich um einen Anschluß, genauer: um eine – auf Börsendeutsch – „feindliche Übernahme“ gehandelt hat. In der letzten Januarwoche 2025 bekommen Brandts Worte einen von ihm seinerzeit nicht voraussehbaren Sinn. Allerdings hinkt der Vergleich, er ist sogar falsch. Ableger, genauer gesagt Pflanzenableger, ein Begriff aus der Garten- und Forstwirtschaft, sind Pflanzenteile, die von der Mutterpflanze getrennt und dazu verwendet werden, eine neue, eigenständige Pflanze zu generieren. Diese Methode der Pflanzenvermehrung ist besonders beliebt, weil sie relativ einfach durchzuführen ist und oft zu schnellerem Wachstum führt. Was aber tun, wenn das Wachstum sich so rasch beschleunigt und das Ökosystem beeinträchtigt? Dann sind Fähigkeiten gefordert, die das gefährdete Gleichgewicht wieder herstellen. Dafür gibt es den Begriff Resilienz. Dieser erfreut sich auch in politischen Diskursen zunehmender Beliebtheit. Er muß herhalten, um Abweichungen jedweder Art zu delegitimieren oder gar unter Strafe zu stellen. „Demokratische Mitte“ heißt das Zauberwort. Es wurde in den „Plenarschlachten“ der letzten Januarwoche bis zum

Überdruß strapaziert. Kein politischer und kein meinungsbildender Akteur hat diese so einfache Frage gestellt: „Was ist denn eigentlich die ‚demokratische Mitte‘?“ Bevor wir näher auf die Frage eingehen, hier schon mal eine Antwort: Sie ist ein Phantom, es gibt sie nicht! In einem Online-Lexikon heißt es, daß die politische Mitte ein Standpunkt im politischen Spektrum zwischen „links“ und „rechts“ ist. Wo genau sich diese „Mitte“ befindet und durch welche Positionen sie charakterisiert wird, ist jedoch umstritten; entsprechend diffus ist auch die Verwendung des Ausdrucks. Was es allerdings gibt, sind ihre Werbeträger, mit denen die Parteien, wie zuletzt die SPD im zurückliegenden Wahlkampf mit dem Motto „Wir sind die Mitte“, einen Besitzanspruch auf die „repräsentative Demokratie“ erheben und diesen mit einem universellen Gültigkeitsiegel versehen. Daß dieser Demokratietyp in einer zunehmend multipolar werdenden Welt infrage gestellt wird, muß in ihrem Verständnis als Bedrohung empfunden werden. Somit entlarvt sich die westliche Auslegung der Demokratie als eine ihrem Wesen nach parlamentarische Demokratie mit autokratischen Durchführungsbestimmungen. In diesem Kontext wird auch der Standpunkt

Chinas als Bedrohung empfunden. Schon mehrfach hat die dortige Führung mit nicht nachlassender Geduld erklärt, daß sich historisch verschiedene Demokratiemodelle herausgebildet haben, daß Geschichte, Kultur, generell nationale Besonderheiten berücksichtigt werden sollten. Statt dessen will der Westen im arroganten Selbstverständnis allen Nationen, China inklusive, sein bedarfsorientiertes Demokratiemodell überstülpen. Drei Jahre ist Frau Baerbock als Demokratie-Erklärerin hochnäsiger um die globalen Häuser gezogen. Nun aber, nach dem Auftritt des US-Vizepräsidenten Vance auf der Münchener Sicherheitskonferenz,



Jeffrey Sachs

herrscht helle Empörung. Einmischung in den deutschen Wahlkampf, heißt es. Vance hatte mit Blick auf die AfD vor Brandmauern in Europa gewarnt und einen Mangel an Meinungsfreiheit und Demokratie beklagt. Da muckt sogar der engste Freund auf. Scholz rechtfertigte sich und betonte, daß nur die Deutschen „über ihre Demokratie entscheiden“. Seine Noch-Außenministerin mußte er auffordern: „Komm nach Hause, Mädchen! Draußen hast du nichts zu suchen.“

Attacke von außen

Seinen Essay „Demokratie in der Krise“ („Der Spiegel“, 25. 1. 2025) beginnt Chefredakteur Dirk Kurbjuweit mit diesem Satz „Die liberale Demokratie wurde lange nicht mehr so attackiert wie in diesen Zeiten, von innen wie von außen.“ Es folgen erstaunliche Thesen und Erkenntnisse sowie fragwürdige Schlußfolgerungen. Er schreibt: „Zur Demokratie gehört die Freiheit, aber die gilt wohlverstanden nicht total, sie findet ihre Grenzen dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Freiheit ist an Rücksicht gekoppelt. Denn die totale Freiheit würde in das Recht des Stärkeren umschlagen.“ Kein Marxist, der den Satz von Karl Marx kennt, wonach „die Freiheit des einzelnen

die Bedingung der Freiheit aller“ ist, würde dem „Spiegel“-Autor an dieser Stelle widersprechen. Und so schlußfolgert Kurbjuweit, sei es eine zivilisatorische Mission, Schranken zu setzen, um einen von dieser Hürde befreiten Kapitalismus zu verhindern. Ein solcher wäre nämlich ein „Traum für einen libertär gesinnten Unternehmer wie Elon Musk“. Nanu, Elon, allein zu Haus? Wo sind denn all die anderen? Gute Frage, sie haben sich hinter dem Vorhang der sogenannten sozialen Marktwirtschaft versteckt und so, meint Kurbjuweit, „verknüpft mit kapitalistischen Elementen“, den „Anspruch an Gerechtigkeit“ eingelöst. Um nun die eigene

Glaubwürdigkeit zu untermauern, hält sich der Autor für eine kurze Stippvisite bei den Vergehen der „liberalen Demokratie“ auf: „Auch sie ist nicht perfekt. Die USA haben sich häufig das Recht des Stärkeren herausgenommen, haben sich eigenmächtig als Weltpolizist aufgeführt. Ungerechtigkeiten gibt es noch immer, gerade gegenüber Minderheiten und Frauen. Aber der Pfeil zeigte in den vergangenen Jahrzehnten meist in die richtige Richtung.“ Selbst den Scheußlichkeiten im Foltergefängnis der USA in Abu Ghuraib kann er etwas Positives abgewinnen: „Oft werden sie entdeckt, im öffentlichen Diskurs kritisiert, daraufhin vielleicht abgestellt und juristisch aufgearbeitet.“

Die von den USA, der „kriegerischsten Nation der Weltgeschichte“ (so Jimmy Carter, ehem. US-Präsident) orchestrierten Regime-Change-Kriege seit 1990 hat es in der „Spiegel“-Welt seines Chefredakteurs nicht gegeben. Nach einem kurzen Anlauf landet er bei seinem eigentlichen Anliegen, nämlich der Attacke auf die „liberale Demokratie“, in der, so sein Befund, das Recht des Stärkeren eine Renaissance erlebt. Wieso eigentlich Renaissance? Zur DNA der USA gehörte doch schon immer das Recht des Stärkeren, das nur die „einzige unverzichtbare Nation“ quasi als Naturgesetz für sich beanspruchen und auslegen darf. Folglich wird Putins „Angriffskrieg“ als Verletzung dieses Gesetzes und als das „übelste Beispiel“ einer Wiederkehr des Stärkeren bezeichnet. Die eigentliche Angriff erfolgte indes aus einer anderen Richtung, nämlich „in aller Freundschaft“ und in transatlantischer Partnerschaft. In einem längeren Interview mit Simon Zeise („Berliner Zeitung“, 3. Februar) trug der US-Ökonom Jeffrey Sachs noch einmal Grundlegendes zur Klarstellung bei: „Nehmen Sie den Fall der Ukraine. Dieser Krieg ist das Ergebnis eines langfristigen Projekts des Sicherheitsstaates der USA. Und damit ist der militärisch-industrielle Komplex gemeint,

einschließlich des Pentagons und der anderen Sicherheitsinstitutionen. Deren Ziel war es, die NATO auszuweiten, Rußland einzukreisen, zu schwächen und möglicherweise einen Regimewechsel herbeizuführen oder das Land aufzuteilen.“ Es sei eine blanke Illusion zu glauben, daß der neue und alte US-Präsident ein Pro-Europäer sei, und, fügte er hinzu: „Europa befindet sich im Moment in einer miserablen wirtschaftlichen Lage.“ Es verfügte über eine kostengünstige Versorgung mit Primärrohstoffen aus Rußland und der Ukraine. Doch es spielte das Spiel der NATO-Erweiterung mit und verlor sowohl sein günstiges Gas als auch seine kostengünstigen Ressourcen aus der Ukraine. Die Preise in Europa sind in die Höhe geschossen. Die Wirtschaft stagniert oder schrumpft. Die Wachstumsaussichten sind gleich null. Die deutsche Wirtschaft macht dicht. Und das alles nur, um das Spiel der USA zu spielen.“ Ein zeithistorisches Dokument von besonderer Güte ist der kurze Ausschnitt einer Pressekonferenz, der zur besten Sendezeit in der Tagesschau zu hören und zu sehen war, als der damalige US-Präsident J. Biden die „Unterbindung“ der Nord-Stream-Pipelines ankündigte. Neben ihm stand ein deutscher Kanzler, der mit eingefrorenem Grinsen und kommentarlos dem amerikanischen „Freund“ seine Hilflosigkeit signalisierte. Inzwischen hat Trump das Ruder in die Hand genommen. Er schleuderte quasi aus dem Handgelenk Pläne einer rabiaten Zollpolitik gegen Freund und Feind. Und gegen den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) hat er Sanktionen verhängt wegen dessen Ermittlungen zu israelischen Kriegsverbrechen in Gaza. Nun hat er seinen Außenminister Marco Rubio auf die Reise nach Mittel- und Südamerika geschickt, in der Hoffnung, den ehemaligen Hinterhof in ein „Vasallistan“ umwandeln zu können. Erste Station war Panama, eines der schwächsten Glieder seiner Mission. So viel vorläufig zur Frage, wer von außen die „liberale Demokratie“ attackiert, wie dies der „Spiegel“-Autor beklagt.

Attacke von innen

Wie und mit welchen „Instrumenten“ wird nun aber die „liberale Demokratie“ bzw. „unsere Demokratie“ auch von innen attackiert? „Stärke und Basis der Demokratien ist der Diskurs. Alles wird besprochen, hinterfragt, kritisiert, angepaßt, neu besprochen, in den Familien, an den Bartresen, in den Parlamenten, auf den Straßen und Plätzen, im Wahlkampf, in den Medien. So nutzt man Schwarmintelligenz.“ Kurbjuweit hätte diesen seinen Sätzen noch hinzufügen sollen: „Und morgen, Kinder, erzähle ich euch ein anderes Märchen.“ Wir aber bleiben der Realität verpflichtet. Der gesellschaftliche Diskurs wird zunehmend von Vertretern des Mainstreams zerstört. Im Namen des Kampfs gegen angebliche Israelfeindlichkeit wird Bildungseinrichtungen ein Maulkorb verpaßt. Es ist immer

das gleiche Vorgehen. Die Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP haben in einer Resolution beschlossen, „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschieden entgegenzutreten, um so den freien Diskursraum zu sichern.“ Diesen attackieren sie aber selbst, indem sie Antisemitismus und Israelkritik als siamesische Zwillinge vermarkten. Vor einem Jahr grätschte die Polizei in eine schon begonnene Palästina-Konferenz, löste die Konferenz auf und erteilte geladenen Gästen Haus- und Redeverbot. Während Kurbjuweit meint, die Renaissance des Stärkeren entdeckt zu haben, nehmen wir die Renaissance der Berufsverbote in unseren Diskurs auf. Auf Einladung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wurde am 6. Februar über den Stand der vom Senat versprochenen Aufarbeitung zu diesem Thema diskutiert. Von einer Rehabilitierung der Betroffenen, so die GEW-Vorsitzende Martina Regulin, sei man weit entfernt. Statt dessen, ergänzte Ewald Leppin, Mitglied der AG Berufsverbote, zögen Berufsverbote wieder in die repressive Staatspraxis ein. Seien es 2023 noch Disziplinarrechtsverschärfungen gewesen, greife man inzwischen auf die nieblans ganz abgeschafften Erlasse der siebziger Jahre zurück. „Im Kern geht es“, so Jan-Hendrik Friedrichs, Mitarbeiter des Senatsprojekts zur Aufarbeitung, „um eine Prognose zukünftigen Verhaltens auf Basis von Mitgliedschaft oder Engagement bei Organisationen.“ Beispielhaft das Vorgehen gegen Lisa Poettinger, der in Bayern Ende Januar das Referendariat mit der Begründung verweigert wurde, daß sie die Klimafrage als Klassenfrage begreife. Fazit der Versammlung: Man sei sich auf der Veranstaltung einig gewesen, daß der Hintergrund der Berufsverbote damals der Kalte Krieg gewesen sei, seine Neuauflage heute stehe im Kontext mit der Erziehung zur Kriegsertüchtigung (s. a. jW, 8./9. 2. 2025).

Die Innenwelt der Außenwelt der Innenwelt (Buchtitel von Peter Handke)

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos reagierte Bundeskanzler Scholz in einem Schlagabtausch mit Elon Musk auf dessen Einmischung in den Bundestagswahlkampf: In Deutschland herrsche Meinungsfreiheit, allerdings seien extrem rechte Parteien davon ausgenommen. In den beiden ersten Wochen vor der Wahl zum Bundestag fanden republikweite Demonstrationen gegen rechts statt. Ausgangspunkt war das Vorhaben des wohl neuen Bundeskanzler Friedrich Merz, den Schulterschuß mit der AfD zu üben. Obwohl Millionen gegen CDU und AfD auf die Straße gegangen sind, hat Merz als „Führer“ der „einzig verbliebenen Volkspartei“, wie er tönte, seine Politik verteidigt. Er verhehlt nicht einmal, daß es zwischen seiner Partei und der AfD

gewisse Schnittmengen gibt, besteht aber darauf, daß Letztere eine Systemgegnerin ist und bleibt. Wir kommen jetzt auf den eingangs genannten Begriff aus der Botanik zurück, auf den Ableger. In einem für die Zeitschrift „Hintergrund“ verfaßten Beitrag schreibt der Autor Andreas Wehr über die „Alternative für Deutschland“: „Sie ist eine neue konservative, reaktionäre Partei, in der sich auch rechtsreaktionäre Kräfte organisieren, die aber insgesamt eine Selbstständigkeit des rechten Flügels von CDU/CSU darstellt, wie er seit Beginn der Bundesrepublik existierte, und der in der Kanzlerkandidatur von Franz-Josef Strauß 1989 einen Höhepunkt an Einfluß in den Unionsparteien erreicht hat.“

Noch einmal ein Online-Lexikon, das unter dem Eintrag „Sündenbock“ auch auf dessen soziale Rolle eingeht. Sie lasse sich, heißt es dort, auch auf eine durch Machteliten verbreitete Ideologie übertragen, die ein Feindbild bewußt entwickelt mit dem Ziel, bestimmte soziale, ethnische oder politische Minderheiten zum Sündenbock für aktuelle Krisenerscheinungen zu machen oder von der eigenen mangelnden oder schwindenden Legitimation abzulenken. Eine solche Projektion auf einen Sündenbock könne für die Bevölkerungsmehrheit eine identitätsstiftende Funktion bekommen. Nun will sich der Autor dieses Beitrags nicht dem Verdacht aussetzen, er wolle der AfD eine Opferrolle andichten. Darum geht es überhaupt nicht. Es geht um den Versuch des herrschenden Blocks, seine Hände in Unschuld zu waschen. Es war und ist seine Politik, die den Umbau der Gesellschaft zulasten Gesundheit, Infrastruktur, Soziales usw. auf Kriegstüchtigkeit und Aufrüstung getrimmt hat. Um von diesen Verbrechen abzulenken, braucht man einen Sündenbock. Auch deshalb wurden die landesweiten Massendemonstrationen „gegen rechts“ teilweise von staatlich organisierten Institutionen mitfinanziert und -organisiert. So vielfältig die Reden und Losungen auch waren, so ist dennoch zu befürchten, daß sie nur als Demos gegen die AfD in die Zeitgeschichte eingehen. Als Kanzler wird Merz seine Pläne weiterverfolgen, genauso wie er die Finanzierung des neofaschistischen Bandera-Regimes in der Ukraine fortsetzen wird.

In der Adenauerzeit war das Wort „Faschismus“ tabu. Gegenwärtig findet man es auf jedem Krabbeltisch in den Kaufhäusern. Kanzler in spe Merz meinte sogar: „Einmal 1933 reicht für Deutschland.“ Der Vergleich entbehrt, so Andreas Wehr, „jeder Grundlage und kann nur als Polemik gegen eine konkurrierende neue Partei verstanden werden. Für die fortschrittlichen Kräfte stellt hingegen der Aufstieg der reaktionären und zugleich neoliberalen AfD eine große Herausforderung dar, zumal sich erhebliche Teile der Deklassierten und Lohnabhängigen an ihr orientieren.“

Hans Schoenefeldt

Kanonen statt Butter? – Butter statt Kanonen!

Mitte Januar fegte eine regelrechte Welle von Forderungen nach höheren Militärausgaben nicht nur über Deutschland, sondern auch über den Großteil der Industrieländer des globalen Nordens hinweg. In der Annahme, nun sei die Bevölkerung überall dort bereits kriegslüstern genug, setzte ein regelrechter Wettbewerb darum ein, wie hoch man die Rüstungsausgaben treiben könne. War anfangs noch von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts die Rede, die man den Rüstungskonzernen in den Rachen werfen könne, steigerte Habeck, der sich gern als Kanzler gesehen hätte, diese Zahl flugs auf 3,5 Prozent und Donald Trump meinte gar, 5 Prozent müssen die Volkswirtschaften seiner Verbündeten sich wohl auch leisten können. Und im Baltikum sprach ein unbedarfter Präsident sogar von 7 Prozent. Viele der Länder des Nordens haben es seit Jahren mit wachsenden inneren Widersprüchen zu tun. Die jetzt so überlaut vorgetragene Forderung, diese Probleme durch verstärkte Aufrüstung und Militarisierung zu lösen, könnte sich dabei als der Tropfen erweisen, der das Faß zum Überlaufen bringt.

Dabei scheinen weder zwei, noch dreieinhalb, noch fünf Prozent eine ziemlich hohe Zahl zu sein. Fünf Prozent, mag mancher denken, da bleiben ja noch fünfundneunzig Prozent übrig! Zum Leben wird das doch wohl reichen! Nein, das wird es eben nicht. Dieser so klein anmutende Anteil bezieht sich nämlich nicht auf den Staatshaushalt, aus dem alle Rüstungsausgaben nun mal finanziert werden müssen. Nein, man bezieht sich, um die Zahl möglichst klein scheinen zu lassen, auf eine andere Bezugsgröße, nämlich auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das ist natürlich ein statistischer Schwindel. Aber die Kunst, mit Statistik zu lügen, wird seit vielen Jahren praktiziert, und so ist sie denn auch für viele nicht immer leicht zu durchschauen. Natürlich scheint es logisch, die Militärausgaben als Teil des materiellen Gesamtprodukts eines Landes zu betrachten. Denn ganz offensichtlich müssen Kanonen und Granaten erst produziert werden, bevor man sie ihr vorgesehene Zerstörungswerk vollbringen lassen kann. Der Trick ist aber: Irgendjemand muß sie ja dann erst kaufen, damit sie ihrem Ziel zugeführt werden können. Und das ist der Staat, der sie aus den Mitteln seines Haushaltes finanzieren muß. Rüstung ist Konsumtion des Staates, eine höchst unproduktive zwar, bei der gesellschaftlicher Reichtum regelrecht verschleudert wird, aber sie ist Konsumtion. Und konsumieren kann auch nur der Staat das, was er sich leisten kann (oder will). Die ganz natürliche Bezugsgröße für die Rüstungsausgaben ist also nicht

das Produkt, aus dem sie stammt, sondern die Größe des Haushaltes, aus dem sie bezahlt werden muß. Schließlich kann auch der Staat auf Dauer nur das konsumieren, was er bezahlen kann. Daß er pünktlich bezahlt, darauf achten die Rüstungsproduzenten schon aus Eigeninteresse mit Argusaugen. Sie spornen ihn an, damit er die Last stemmen kann, die sie ihm aufbürden, sie spenden ihm Beifall, wenn er die entsprechenden Mittel einsammelt und helfen ihm fleißig dabei, sie dem Militär hinterherzuwerfen.

In Deutschland ist der Bundeshaushalt neunmal kleiner, als das Bruttoinlandsprodukt. In allen anderen Ländern des Westens ist das nicht viel anders. Die folgenden Zahlenspiele gelten dann so oder so ähnlich gewiß auch in vielen Ländern des Westens. Dann ist das, was im Habeckschen Ausgabenziel von 3,5 Prozent noch relativ klein aussieht, als Anteil am Staatshaushalt vielleicht doch gar nicht so klein?

Wir sollen das eigentlich nicht nachrechnen, sondern fleißig weiter daran glauben, daß 3,5 Prozent eine sehr kleine Zahl ist. Aber wir rechnen trotzdem einmal nach, schließlich haben wir früher einmal gelernt: „Lege den Finger auf jeden Posten!“

Beginnen wir mit dem Bruttoinlandsprodukt, kurz BIP. Das belief sich in der BRD 2024 auf rund 4,3 Billionen Euro. Mit einer wesentlichen Steigerung wird für 2025 nicht gerechnet. Nehmen wir also an, auch 2025 könnte es 4,3 Billionen Dollar betragen. Nach vorläufigen Planungen soll der Bundeshaushalt in diesem Jahr rund 488 Milliarden Euro umfassen. 3,5 Prozent von 4,3 Billionen sind etwa 150 Milliarden. Das nimmt sich gegenüber den bisher schon im Regierungsentwurf eingestellten rund 53 Milliarden natürlich schon nicht mehr ganz so läppisch aus. Es wären ja auch fast 100 Milliarden mehr. Übrigens eine Summe, von der man jedes Jahr 500 000 Wohnungen zu einem Preis von 200 000 Euro bauen könnte, wenn man nur wollte.

Zurück zu Trumps Vorstellungen, was sich Deutschland auch an Rüstung leisten könnte, wenn es sich mehr am Riemen reißen würde. Also zu den genannten läppischen 5 Prozent. Das wären dann so etwa 215 Milliarden Euro. Also schon weit mehr als eine Million Wohnungen. Im Jahr!

Dagegen ist die Habeck-Variante noch regelrecht sparsam. Er wäre lediglich dafür, nur ein Drittel (31 %) des gesamten Bundeshaushaltes fürs Militär auszugeben. In der Trump-Variante wären es übrigens mit 44 % schon fast die Hälfte der gesamten Haushaltsmittel, die für die Militarisierung der Gesellschaft verbraten werden sollen. Daß unter einer solchen Last jeder

Staatshaushalt zusammenbrechen würde, ist ihnen entweder unbekannt (Habeck) oder schnurzpiepegal (Trump).

Deshalb müssen wir auch noch ein wenig weiterrechnen: Herr Habeck möchte also nur noch zwei Drittel der Haushaltsmittel für die (auch nur weitgehend) zivilen Zwecke unseres Landes einsetzen. Das wären dann nur noch etwa 338 Milliarden. Die bisherigen Planungen für den Bundeshaushalt sahen für diese Zwecke immerhin noch rund 435 Milliarden vor. Die übrigens dringendst gebraucht werden – Straßen, Brücken, die Bahn, die Schulen, das Gesundheitswesen vertragen keine weiteren Finanzierungslücken mehr, fast 20 Prozent der Armee im Lande brauchten dringend mehr Hilfe, Wohnungen müßten gebaut und die öffentliche Infrastruktur modernisiert werden, die Wirtschaft ruft ständig nach neuen Stützungs-, Förderungs- und Investitionsprogrammen ... Herr Habeck würde trotzdem sparen. Kostet ihn persönlich ja nichts. Uns alle schon! Denn obwohl bereits jetzt die Mittel überall nicht reichen, müßten nochmal fast 100 Milliarden Euro weggestrichen werden.

Streichen wir also rein rechnerisch einfach die Mittel der Ressorts probeweise um diese 100 Milliarden zusammen. Der Einfachheit halber in etwa in den Proportionen, wie sie der bisherigen Haushaltsplanung zugrunde liegen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales müßte dann seine Ausgaben von 179 auf etwa 125 Milliarden, also um 54 Milliarden Euro kürzen. Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Bürgergeld wären beispielsweise nur noch finanzierbar, wenn sie ebenfalls mindestens um ein Drittel abgesenkt würden. Rentenzuschüsse müßten gestrichen, also die Renten drastisch gesenkt werden, das Kindergeld deutlich verringert und so weiter und so fort. Bei Bildung und Forschung müßten etwa 5 Milliarden eingespart werden. Neubau und Sanierung der ohnehin schon maroden Gebäudesubstanz im Bildungsbereich müßten – wie in der Hauptstadt Berlin für 2025 bereits beschlossen – für weitere Jahrzehnte ausfallen. An eine Beseitigung des akuten Lehrermangels wäre überhaupt nicht mehr zu denken, reduzierte Forschungsförderung würde das Land international noch weiter zurückfallen lassen. Im Gesundheitswesen müßten die staatlichen Ausgaben von nur etwas über 16 Milliarden um weitere 3 Milliarden gekürzt werden. Was dann noch von den bisher schon nur als „großartig“ zu bezeichnenden Plänen der Gesundheits- und Krankenhausreform übrigbliebe, ist kaum vorstellbar. Soziale Fürsorge, auch heute schon unterfinanziert, wäre kaum noch zu

finanzieren, die Pflege, die ohnehin am Limit arbeitet, müßte weiter eingeschränkt werden. Kultur und Kunst, zum großen Teil schon heute jämmerlich ausgestattet, dürften einen solchen Schrumpfungskurs kaum noch überstehen. Am Beispiel der Komischen Oper in Berlin kann man sehen, was passiert, wenn der Staat in der Kulturfinanzierung nur noch fröhlich Zukunftslieder singen kann.

Eine so drastische Beschränkung aller nichtmilitärischen Ausgaben würde zwangsläufig dazu führen, daß der Staat alle seine Anstrengungen vervielfachen müßte, Zuwächse auf der Einnahmenseite zu erzielen. Dabei wird er sich weiter an das ungeschriebene Gesetz halten, daß den Großen nichts genommen werden darf. Also dürften die Kleinen kräftig bluten. Man kann die Steuerlast für die kleinen Einkommen mühelos schon mit ein paar

Tricks erhöhen; die Grundsteuerreform hat bereits gezeigt, wie so etwas zu machen wäre. Beiträge zur Kranken, Renten- und Pflegeversicherung lassen sich mit Verweis auf die Notlage im militärischen Bereich gewiß noch weiter steigern. Dort, wo heute schon die Butter rar ist, dürfte sie in Zukunft noch deutlich rarer werden. „Kanonen statt Butter“ – dieser Gesang muß das Ganze lauthals begleiten. Die Musik muss spielen, wenn wieder ins Feld gezogen wird. Denn Waffen verbrauchen sich nicht von alleine, sie müssen verbraucht werden. Und dann werden wieder die Arbeitenden fallen, während die Aktienkurse der Rüstungsfirmen ins Unendliche steigen.

Das alles ist vorhersehbar. Die Konsequenzen davon, daß des Volkes Geld in der Rüstung verbraten wird, sind unumgänglich. Um sie darf nicht herumgeredet

werden. Hier hilft nur Klartext und der lautet: Der Aufschwung der Rüstung bedeutet zwangsläufig den Niedergang unseres Landes. Dieser Logik kann man nicht entgehen. Dazu muß zwingend der Ruf lauter werden, daß wir Butter brauchen und nicht Kanonen! Nicht lauter; er muß den Herrschenden regelrecht in den Ohren gellen. Wir hier in Deutschland brauchen Butter vielleicht nicht so dringend wie die über 700 Millionen Hungernden auf der Welt. Aber soziale Sicherheit und eine Zukunft, die brauchen wir schon. „Butter statt Kanonen“ das bedeutet auch, daß wir um sie kämpfen müssen, bevor es zu spät ist. Denn noch sind all diese Zahlenspiele nur Zahlenspiele. Aber sie sind das Gewitter, vor dem man sich bereits in Sicherheit bringen muß, wenn es erst noch fern und leise am Horizont blitzt und donnert.

Joachim Seider

Wie Mark Rutte für Kanonen statt Butter wirbt

Alles schon dagewesen, nur ist es diesmal ein Niederländer. Und er bekommt breiten Raum, um zu erklären, warum Panzer wichtiger sind als Gesundheitsversorgung und Renten. Weil in den Schulen sonst Russisch gelernt werden müßte ...

NATO-Generalsekretär Mark Rutte hat in einem Interview mit der *Bild am Sonntag* (BamS) den Deutschen wieder einmal erklärt, wieviel Geld sie für Panzer und ähnliche Dinge aufzuwenden hätten. Der Holländer greift dabei auf jene Floskel zurück, mit der schon Anfang des vergangenen Jahrhunderts Lateinlehrer für die Rüstungsprojekte des wilhelminischen Kaiserreichs warben: Si vis pacem para bellum – wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor. Und die BamS macht daraus gleich die Überschrift ... Und fragt als Nächstes: „Herr Generalsekretär, wird an unseren Schulen bald Russisch unterrichtet, wenn wir nicht massiv aufrüsten?“ Worauf Rutte, so humorfrei wie bildungsfern, sogleich erwidert: „Das müssen wir verhindern! Ganz einfach, indem wir mehr Geld für die Rüstung ausgeben und mehr produzieren.“ Man kann ja erahnen, daß Rutte leidvolle Erfahrungen mit Sprachunterricht gemacht hat, und zwar selbst mit dem vergleichsweise einfachen Englischen, wenn man ihn einmal Englisch sprechen hört, aber Aufrüsten, um kein Russisch zu lernen, das ist, wie den Vatikan zu bombardieren, um kein Latein lernen zu müssen.

„Wir müssen uns auf Krieg vorbereiten“, sagt er, und man windet sich schon, weil man von ihm in dieses „wir“ eingeschlossen wird. „Denn nicht nur die Situation mit Rußland ist

gefährlich, auch die Chinesen bauen ihre militärischen Fähigkeiten enorm aus.“

Vermutlich sind Ruttes geografische Kenntnisse ungefähr auf dem Niveau seiner Sprachfähigkeiten zu verorten, sonst wäre ihm aufgefallen, daß auf dem runden Globus China so ziemlich auf der anderen Seite von Europa liegt, oder, mit anderen Worten, weit weg.

„Ich weiß, daß wir uns alle nach Frieden sehnen. Aber stellen Sie sich vor, die Ukraine verliert diesen Krieg.“ Über die von Rutte behauptete Friedenssehnsucht lohnt die Debatte nicht. Über den darauffolgenden Satz eigentlich auch nicht mehr, seit selbst US-Medien langsam eingestehen, daß die Ukraine diesen Krieg schon verloren hat, ja, mehr noch, nie Aussichten hatte, ihn zu gewinnen. Aber gut, Rutte kann nun einmal nur schlecht Englisch, also woher sollte er das wissen? Wäre jedenfalls nett, wenn ihm das jemand sagen könnte. Man fragt sich, wo die Wahlbeeinflussung beginnt. Denn der Niederländer spricht die Deutschen auch noch direkt an: „Wir müssen immer dazu in der Lage sein, uns gegen Rußland zu verteidigen. Also nehmen Sie die Politiker in die Pflicht, die Banken, damit endlich mehr in die Verteidigungsindustrie investiert wird.“

Echt jetzt? Wir Deutschen sollen darauf drängen, daß unser Land Krieg führen kann, ausgerechnet gegen Rußland? Die letzten Käsköpfe, die darauf versessen waren (wenn wir jetzt mal die holländischen Freiwilligen bei der Waffen-SS ignorieren), waren die Einwohner der Batavischen Republik, die mit Napoleon marschierten.

„Also nein: Die Ukraine verliert nicht. Und wir müssen sie dabei unterstützen, in eine

Position der Stärke zu kommen.“ Da muß irgendetwas im Brüsseler Trinkwasser sein. Dann fragt die BamS auch noch: „Ist Frieden mit Rußland in Zukunft überhaupt möglich?“, und Rutte kommt – mit Butscha. Weil man „nicht naiv“ sein solle, „was Putin angeht“. Der Mann wäre vermutlich als Dorfbürgermeister geistig überfordert.

Natürlich wiederholt er außerdem noch das Märchen von der Kabelsabotage. Und erklärt, daß Putin 2029 die NATO angreifen wolle. Er fordert: „Wir brauchen zusätzliche Produktionslinien, zusätzliche Schichten, mehr Munition, mehr Leopard-2-Panzer, mehr F-35-Kampffjets und mehr Waffen auf dem gesamten NATO-Territorium – von Amerika bis in die Türkei.“

Früher gab es einmal eine Adresse, an der man all jene abliefern konnte, die sich für Napoleon hielten. Heute macht man so etwas zum NATO-Generalsekretär. Die Begründung dafür lautet vermutlich „Diversity“. Und dann darf so etwas durch die Länder tingeln und Werbereden schwingen. Kanonen statt Butter, noch einmal.

Irgendetwas ist schiefgelaufen. Denn was Rutte da vordekliniert, ähnelt sehr der Schreckensvision, die Erich Kästner 1930 unter dem Titel „Die andere Möglichkeit“ beschrieb. Das Gedicht endet: „Dann läge die Vernunft in Ketten, Und stünde stündlich vor Gericht. Und Kriege gäb's wie Opreppen. Wenn wir den Krieg gewonnen hätten – zum Glück gewannen wir ihn nicht!“

Dagmar Henn

Redaktionell gekürzt

Quelle: www.globallookpress.com, 3.2.2025

CDU beschloß radikale „Agenda 2030“

Der Titel ist eine gezielte Anspielung auf Schröders „Agenda 2010“, wie Merz auch einräumte. Mit diesem damals auch von Union und FDP unterstützten neoliberalen Projekt, wozu die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu „Hartz IV“ gehörte, schuf die Politik einen riesigen Niedriglohnsektor in Deutschland. Erwerbslose nötigte sie mit harten Sanktionen dazu, in diesem für jeden Dumpinglohn zu arbeiten, und setzte damit Beschäftigte unter Druck, auch miserable Arbeitsbedingungen hinzunehmen. Das Ergebnis: Die Tafeln verdoppelten ihre Kapazitäten für die Armenspeisung binnen weniger Jahre, die Obdachlosenquote schoß in die Höhe.

Es sei „im Kern richtig gewesen, was Schröder vor 20 Jahren gemacht hat“, lobte Merz unter Ausblendung der negativen Folgen. Die Unternehmen und „die Mittelschicht“ wolle die CDU „entlasten“.

Ein Zuckerstück hält das Programm tatsächlich für Beschäftigte mit mittleren Einkommen bis etwa 6700 Euro brutto monatlich bereit: Bei der Einkommensteuer soll der Spitzensteuersatz erst oberhalb von 80 000 Euro pro Jahr greifen. Das würde sich freilich für jene am meisten rentieren, die dieser Obergrenze am nächsten kommen.

Rentner möchte die CDU indes zum Weiterarbeiten animieren, indem ihr Zuverdienst dann bis zu 2.000 Euro steuerfrei sein soll. Was davon ablenkt, daß viele kaum eine andere Wahl haben, als nebenher zu arbeiten, weil die Renten so gering sind. Und bezahlte Überstunden will die CDU ebenfalls steuerfrei stellen. Was sie verschweigt: Die Hälfte aller Überstunden werden unbezahlt geleistet – im Jahr 2023 rund 775 Millionen. Die geplanten Geschenke fürs Großkapital sind lukrativer. Die formale Steuerpflicht von Kapitalgesellschaften soll von derzeit um die 30 auf höchstens 25 Prozent sinken. Dazu gehören die Gewerbesteuer, die Kapitalertragssteuer und der Solidaritätszuschlag. Die Körperschaftssteuer will die CDU von derzeit 15 auf 10 Prozent senken. Von all dem würden vor allem Großkonzerne profitieren, kleine Einzelunternehmer und Privatgesellschaften bleiben weitgehend außen vor.

Die Vorschläge der CDU gehen selbstverständlich zulasten der Staatseinnahmen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) schätzte, sie würden dadurch um knapp 90 Milliarden Euro sinken. Kürzen will die CDU dafür beim Bürgergeld und der Sozialhilfe: Wieder härtere Sanktionen bei abgelehnten „Jobangeboten“, eine

Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln für eine Arbeitsaufnahme und Streichung aller Leistungen bei angeblichen „Totalverweigerern“.

Dahinter verbirgt sich viel Propaganda und wenig Wahrheit. Selbst Jobcenter bestätigten während der schon länger laufenden Kampagne gegen vermeintliche „Faulpelze“, dass die Zahl der ins Feld geführten „Totalverweigerer“ gering sei und sich viele psychisch oder physisch Kranke unter ihnen im System befänden. Und überhaupt: 2024 gab der Staat insgesamt 37,6 Milliarden Euro für das Bürgergeld aus. Das ist weniger als die Hälfte der geschätzten staatlichen Mindereinnahmen.

Bei zugleich anvisierten Plänen für milliardenschwere staatliche Mehrausgaben für das neue deutsche Zeitenwende-Ausrüstungsprogramm kann die Merz-Agenda für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nur das Desaster noch vergrößern. Für dringend nötige Investitionen in den Wohnungsbau, das Gesundheitswesen und die Instandsetzung von Infrastruktur wie Straßen und Brücken wird kein Geld vorhanden sein.

Susan Bonath

Redaktionell gekürzt

Quelle: Weltexpress, 16.1.2025

Machtkonzentration bei Milliardären

Im Jahresbericht des internationalen Verbundes von Hilfsorganisationen Oxfam wird festgestellt: „Der Vermögenszuwachs der Superreichen ist grenzenlos, während es bei der Bekämpfung der Armut kaum Fortschritte gibt und zum Beispiel Deutschland die Unterstützung einkommensschwacher Länder sogar kürzt.“

Alein im vergangenen Jahr ist das Gesamtvermögen der weltweit knapp 2800 Milliardäre um zwei Billionen von 13 auf 15 Billionen US-Dollar gestiegen – und damit dreimal so schnell wie noch 2023. Damit besitzt das reichste Prozent der Weltbevölkerung mittlerweile 45 Prozent des weltweiten Vermögens. Zugleich leben 3,6 Milliarden Menschen von weniger als 6,85 Dollar pro Tag und 730 Millionen müssen hungern. Vor knapp fünf Jahren seien es noch 152 Millionen weniger gewesen, heißt es nüchtern im Bericht des Verbundes von Hilfs- und Entwicklungsorganisationen. Angesichts der rasant wachsenden Vermögen rechnen die Oxfam-Analysten damit, daß innerhalb der nächsten zehn Jahre fünf der heutigen Milliardäre zu

Billionären werden könnten. Das Vermögen eines Milliardärs wächst im Durchschnitt pro Tag um zwei Millionen US-Dollar. Die zehn reichsten Milliardäre werden sogar um durchschnittlich 100 Millionen US-Dollar pro Tag reicher. Selbst wenn sie über Nacht 99 Prozent ihres Vermögens verlören, blieben sie Milliardäre, heißt es in dem Oxfam-Bericht.

Auch in Deutschland hat die Ungleichheit in den letzten Jahren stark zugenommen. Während die reichsten 5 Prozent fast die Hälfte (48 Prozent) des gesamten Vermögens ihr Eigen nennen könnten, ging die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung nahezu leer aus. Jedes siebte Kind leidet unter Armut, und immer mehr Menschen können ihren gewohnten Lebensstandard nicht mehr halten. Gleichzeitig gibt es hierzulande 130 Milliardäre – die viertgrößte Anzahl weltweit. Deren Gesamtvermögen ist nach Berechnungen der Oxfam-Studie allein 2024 um 26,8 Milliarden auf umgerechnet 625 Milliarden US-Dollar angewachsen.

Während sich der Reichtum weiter konzentriert, fehlt in den öffentlichen Haushalten das Geld für moderne Schulen, gute Pflege, einen handlungsfähigen Sozialstaat und Zukunftsinvestitionen. Allein der staatliche Investitionsbedarf für eine zukunftsfähige Wirtschaft wird von verschiedenen Wirtschaftsinstituten mit etwa 600 Milliarden Euro beziffert.

Reichtum gehe Hand in Hand mit politischer Macht, beschreibt der Oxfam-Bericht die Folgen von Ungleichheit. Sie dominieren Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank sowie die Finanzmärkte. Damit wachse auch ihr Einfluss auf die Steuergesetzgebung. Die Senkung von Unternehmenssteuern, unzureichende Besteuerung von Kapitalerträgen, Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer und die Abschaffung von Vermögenssteuern seien die Folge.

Ulf Immelt

Redaktionell gekürzt

UZ, 7.2.2025

So sehe ich das

Ralf Hohmann hat im Januar-Heft des „RotFuchs“ eine außerordentlich kluge Bewertung der Wahlen im bürgerlichen System der Jetztzeit vorgenommen. Ich kann ihm nur zustimmen, wenn er gut begründet anzweifelt, daß diese regelmäßigen Veranstaltungen für die Beherrschten zu irgendwelchen positiven Veränderungen führen würden. Denn dafür sind sie nicht da. Sie sind dazu da, den Herrschenden ab und zu den Anschein zu verschaffen, ihre Herrschaft wäre vom Volk legitimiert. Obwohl ich so denke wie er, habe ich mich der Wahl am 23. Februar 2025 nicht verweigert. Das hatte zwei Gründe. Erstens ist das allgemeine und gleiche Wahlrecht keine Erfindung der Bourgeoisie. Sie, die sich so gern auf Dauer die Alleinherrschaft im politischen Raum sichern würde, mußte der breiten Bevölkerung das Wahlrecht erst nach erbitterten, langen und zähen Kämpfen der Arbeiterbewegung widerwillig und halbherzig einräumen. Denn auch das Wahlrecht der Frauen mußte nachfolgend erst mühsam erstritten werden. Warum sollte ich diesen Kampf abwerten, indem ich freiwillig auf dieses erkämpfte Recht verzichte? Natürlich ging es damals der Arbeiter- und der Frauenbewegung nicht darum, Kreuzchen machen zu dürfen. Es ging darum, daß die Unterdrückten endlich gehört werden wollten. Es ging um ihr Recht, sich politisch bemerkbar machen zu dürfen. Es ging um das Recht der Volksmassen, eigene Vorstellungen zu haben und sie propagieren zu dürfen. Ich denke, darum geht es auch heute

noch. Nichtwählen käme mir vor, als würde ich vor der eigenen politischen Mitverantwortung desertieren, nur, weil sie unter den heutigen gesellschaftlichen Umständen noch nicht zu den erforderlichen Resultaten führt. Wäre das nicht eine der vielen Varianten, den Kampf um eine bessere Welt aufzugeben, weil „es doch eh' nichts nützt“? Und zweitens: Auch bürgerliche Wahlen können zu einer deutlichen Politisierung des Denkens größerer Teile der Bevölkerung genutzt werden. Für die Arbeiterbewegung wäre es sträflich gewesen, die dadurch entstehenden Chancen nicht für die Propagierung der eigenen Ideen zu nutzen. Zu wählen, das ist immer mehr, als das Kreuzchenmachen am Wahltag. Wahlzeiten bieten immer auch die Chance, über eigene Vorstellungen zu reden und für sie zu streiten. Warum sollten ausgerechnet wir auf diese Chancen verzichten, indem wir lauthals zu erkennen geben, daß das alles nur ein Theater ist, an dem wir uns nicht beteiligen werden? Ja, es ist ein Theater. Aber es bleibt für uns doch nur dann ein passiv ertragenes Theater, wenn wir es nicht verstehen, die sich für uns ergebenden Chancen aktiv zu nutzen. Wie wollen wir mit jemandem darüber reden, daß er sich für unsere Inhalte einsetzen solle, wenn wir ihm gleichzeitig zu verstehen geben, daß es sich gar nicht lohnt, in den heutigen Verhältnissen nach Spielräumen dafür zu suchen?

Darüber hinaus habe ich jede der Wahlen der letzten Jahrzehnte, also auch die Bundestagswahl 2025 dafür genutzt, den

Herrschenden ein Signal zu senden. Das tun zunehmend gar nicht so wenige Wahlbürger mit ihrem Abstimmungsverhalten. Man kann den Wahlergebnissen richtig ansehen, wie viele im Lande den Oberen zeigen wollen: „So blöd wie ihre denkt, sind wir nicht. Wir durchschauen euer Spiel und denken nicht daran, es auch noch freiwillig mitzumachen.“ Das kann man aus den vielen Stimmen derer erkennen, die heute als „reine Protestwähler“ verunglimpft werden. Diese Signale gehen denen ganz oben empfindlich auf die Nerven. Man kann das an den Bemühungen der Heerscharen von „Experten“ ablesen, die sich nach den Wahlen tagelang damit abplagen müssen, genau diesen berechtigten Protest zu verschweigen, zu verfälschen oder zu diskreditieren. Ich jedenfalls freue mich nach Verkündung der Wahlergebnisse immer diebisch, daß das Volk in seiner Gesamtheit immer noch mehr sieht, hört und weiß, als man versucht, ihm zuzugestehen. Ich wäre sehr traurig, auf dieses gute Gefühl verzichten zu müssen. Damit auch andere dieses Gefühl haben können, bin ich eben auch diesmal wieder zur Wahl gegangen.

Zudem wäre es schade, wenn gerade heute eine Partei, die die reale Chance hat, die Forderung nach Frieden lautstark in den Bundestag zu tragen, daran gescheitert wäre, weil ich ihr meine Stimme verweigert habe. Das könnte ich mir nie verzeihen. Denn dafür ist und bleibt mir der Frieden viel zu wichtig.

Joachim Seider
Berlin

Das BSW – „Bündnis mit Widersprüchen“?

Im Januar erschien in der *jungen Welt* (18/19.1.2025) eine überaus lesenswerte Analyse der Autoren S. Friedrich und Ingar Solty zur Rolle und konzeptionellen Problemen des Bündnisses Sara Wagenknecht in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen der Bundesrepublik. Die Verfasser beschränkten sich in ihrem Beitrag keineswegs vorrangig auf die Chancen des BSW vom vorzeitig hektisch proklamierten Wahlkampf zum Bundestag. Vielmehr beleuchtete ihre Analyse die verschiedenen Politikfelder, auf denen das Wagenknecht-Bündnis gegenüber den übrigen „Altparteien“ der Bundesrepublik mit dem Anspruch auf echte inhaltliche Alternative entgegentritt. Die Autoren gelangen gerechtfertigt zur keineswegs unfreundlich gemeinten Schlußfolgerung, das BSW sei ein „Bündnis mit Widersprüchen“. Dennoch provozieren die dort getroffenen richtigen Feststellungen bei mir ergänzende Gedanken und Fragen. Herausragend und als höchste Priorität für diese nunmehr als Neugründung zu betrachtende Partei in der politischen

Landschaft des bürgerlichen Parlamentarismus gilt die Frage von Krieg und Frieden. Sie hat die Chance, trotz aller unverkennbaren Widersprüche und Uneindeutigkeiten auf anderen Politikfeldern in der für alle Menschen entscheidenden Frage von Leben, Überleben oder Untergang die richtigen Forderungen erhoben zu haben: Keine Waffenexporte, Kompromiß suchende Verhandlungen durch Diplomatie; keine Raketenstationierungen der USA, Entmilitarisierung der Gesellschaft und der Regierungspolitik im Sinne strikter internationaler Abrüstungserfordernisse. All dies wäre zu Nutz und Frommen für die Lösung der übergroßen sozialen Nöte nicht nur in Deutschland.

Zugleich bewegt mich das Problem, den politischen Laden gegenüber Streitigkeiten theoretischer oder sogar praktischer Rechthaberei, aber auch persönlicher Machtambitionen, zusammenzuhalten. Mir scheint z. B auch, daß die Gründungskalamitäten der Partei in Hamburg mit dem aus der Ferne nicht zu verstehenden Personalknatsch Fragen nach dem kaderpolitischen Verständnis

des BSW aufkommen lassen. Auch wäre es allmählich an der Zeit, sich nunmehr von dem nach Personenkult duftenden Namen BSW zu Gunsten einer anderen, die Ziele der Partei treffenderen Bezeichnung zu verabschieden. Noch ein Letztes: Wer sich bei den links Gesinnten keine Illusionen über das Wesen des Parlamentarismus im bürgerlichen Staat macht, weiß, daß die Wahlen zum Bundestag keinen anderen Sinn haben, als sich um die Mandate in der Fassade der kapitalistischen Gesellschaft zu streiten, damit die Herrschafts- und Besitzverhältnisse hinter der Fassade unangetastet bleiben. Richtig ist, daß das Parlament als Tribüne für die linken oder friedenspolitischen Ziele genutzt werden muß. Aber es bleibt, solange keine mehrheitlichen Kräfteverhältnisse zu Gunsten wirklich linker Kräfte erreicht worden sind, ein Nebenschauplatz für die Interessen der Friedensbewegten und großen Mehrheit der in vielfältiger Form von Monopol und Finanzoligarchie Ausgebeuteten

Prof. Dr. Gregor Putensen
Greifswald

Der Höhenflug der Rechten

Von NS-Parolen bis zu Brandstiftung

Die Zahl politisch motivierter Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte ist in Deutschland im vergangenen Jahr um beinahe ein Drittel auf 218 gestiegen. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Gruppe Die Linke im Bundestag hervor. Dabei reicht die Spannweite vom Bemalen von Unterkünften mit rassistischen, teilweise auch mit NS-Parolen über das Beschmieren mit Schweineblut und das Platzieren von Schweineköpfen – Schweine gelten im Islam, dem viele Flüchtlinge, etwa aus Syrien oder Afghanistan, angehören, als unrein – bis hin zu Brandstiftung. So wurde Ende Juni im bayrischen Krumbach eine Unterkunft für Asylbewerber in Brand gesteckt. Auch die Anzahl der politisch motivierten Angriffe auf Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkünfte verharrt auf einem hohen Niveau. Durch Nachmeldungen hatte sich etwa die ursprüngliche Zahl der im dritten Quartal 2024 verzeichneten Angriffe auf Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkünfte verdreifacht.

100 extrem rechte Straftaten pro Tag

Die Zunahme rassistischer Gewalt spiegelt sich auch in einem raschen Anstieg der Straftaten wider, die aus einer extrem rechten Motivation heraus begangen werden. Lag deren Zahl bereits im Jahr 2022 laut Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) mit 23 493 deutlich über dem Vorjahreswert (21 964), so stieg sie im Jahr 2023 weiter auf insgesamt 28 945 an. 2024 übertrafen bereits die bis zum 30. November begangenen Straftaten mit extrem rechtem Hintergrund diesen Wert erneut und erreichten eine Gesamtzahl von 33 963. Diese wird nicht nur durch die im Dezember begangenen Straftaten, sondern auch durch die Nachmeldungen noch weiter steigen. Demnach werden in Deutschland mittlerweile rund 3000 extrem rechte Straftaten pro Monat begangen – rund 100 pro Tag. Bei mehr als drei am Tag handelt es sich um Gewaltdelikte, deren Gesamtzahl von Januar bis November 2024 auf 1136 stieg. Hinzu kamen 1942 Fälle von Sachbeschädigung sowie 5097 Fälle von Volksverhetzung. Den größten Anteil stellten mit 21 311 Fällen Propagandadelikte, darunter beispielsweise das Verbreiten von Symbolen verfassungswidriger Organisationen oder auch allgemein das Verbreiten von NS-Propaganda.

Erneut auf der Flucht

Ein Anschwellen rassistischer sowie extrem rechter Gewalt ist in den vergangenen Wochen etwa nach dem Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt zu beobachten gewesen, bei dem ein antimuslimischer Anhänger der AfD sechs Menschen

umbrachte und viele weitere teilweise schwer verletzte. Die Tatsache, daß der Täter aus Saudi-Arabien stammte, genügte, um in Magdeburg eine Welle rassistischer Gewalt auszulösen. Noch am Abend der Tat wurden Personen mit Migrationshintergrund in der Stadt aggressiv rassistisch beleidigt und teils auch geschlagen. Dies wiederholte sich in den folgenden Tagen und Wochen immer wieder. Von Drohbrieffen, die in Briefkästen von Einwohnern mit Migrationshintergrund eingeworfen wurden, wurde genauso berichtet, wie von Hakenkreuzschmierereien an der Wand eines Gebäudes, in dem eine aus Syrien geflohene Familie wohnt. Ein 28-jähriger aus Marokko wurde an einer Magdeburger Straßenbahnhaltestelle rassistisch beleidigt und verprügelt. Laut dem Landesnetzwerk der Migrant*innenorganisationen Sachsen-Anhalt stieg die Zahl der Angriffe innerhalb nur eines Monats allein in Magdeburg auf mehr als 30 – ein Angriff pro Tag.

„Dönermord wird Volkssport!“

Auf anhaltend hohem Niveau bewegen sich in der Bundesrepublik auch der antimuslimische Rassismus und Straftaten, die sich gezielt gegen Muslime oder gegen islamische Institutionen richten. Vollständige Jahresstatistiken für 2024 liegen noch nicht vor. Allerdings lag die Zahl antimuslimischer Straftaten – darunter Beleidigung und Körperverletzung, Sachbeschädigung und Volksverhetzung – bereits nach dem dritten Quartal 2024 bei 898, wobei Nachmeldungen auch hier noch nicht mitgerechnet waren. Im Jahr 2023 hatte die Zahl antimuslimischer Straftaten den bisherigen Rekordwert von 1464 erreicht. Davon waren 1211 bzw. 83 Prozent politisch rechts motiviert. Dabei werden antimuslimische Straftaten nur in zwölf Prozent der Fälle den Behörden gemeldet. Ende

Januar berichtete der Koordinationsrat der Muslime, im Verlauf der vergangenen Wochen hätten „zahlreiche Moscheen in Deutschland Bombendrohungen, Haßbotschaften und Sachbeschädigungen“ hinnehmen müssen, darunter Bombendrohungen, in denen es hieß: „Dönermord wird Volkssport! Gaskammern für das degenerierte Palästinenservolk!“

„Ein faktisches Einreiseverbot“

Bei den „jüngsten migrationspolitischen Initiativen“ handelt es sich insbesondere um den Fünf-Punkte-Plan von der CDU, dem der Deutsche Bundestag Ende Januar mit einer Mehrheit von 348 zu 345 zugestimmt hat. Der Plan schreibt „ein faktisches Einreiseverbot“ für Menschen ohne gültige Einreisedokumente vor – unter ihnen Asylsuchende. Zudem verlangt er, daß alle Flüchtlinge, die „vollziehbar ausreisepflichtig“ sind, interniert werden, etwa in „leerstehende[n] Kasernen und Containerbauten“. Laut Amnesty International (AI) wären davon rund eine Viertelmillion Menschen betroffen, darunter Kinder. Von täglichen Abschiebeflügen ist die Rede, darunter Flüge etwa nach Syrien und nach Afghanistan. Es handelt sich dabei um Forderungen, die noch vor wenigen Jahren lediglich im Repertoire extrem rechter Organisationen zu finden waren, wie der NPD, aber auch der AfD, die dafür das Schlagwort „Remigration“ nutzt. Der Merz'sche Antrag ist der erste in der Geschichte des Bundestages, der seine Mehrheit der Zustimmung einer extrem rechten Partei verdankt. Damit ist im Parlament ein Damm gebrochen. Die Folgen zeigen sich unter anderem darin, daß die AfD, durch den Vorgang aufgewertet, in Umfragen neue Höchstwerte verzeichnen kann.

*Redaktionell gekürzt
german-foreign-policy.com, 3.2.2025*



ALFRED-NOBEL-ERINNERUNGSZEILEN ZUM BILD DER NOBEL-VILLA IN SAN REMO, ITALIEN

Wer Sprengstoff herstellt, macht beste Geschäfte.
Beweise: Abrechnungsbücher- und Hefte.
Drum wünschen Beerdigungsinstitute
Auch diesem Produktzweig stets alles Gute.

Lutz Jahoda

Rechte Kampfreserve des Kapitals

Die Funktion der AfD im deutschen Parteiengefüge aus Anlaß des AfD-Wahlparteitages

Der Bundesparteitag der AfD am 11. und 12. Januar in Riesa ist trotz der Proteste von 10000 Gegendemonstranten glatt über die Bühne gegangen. Alice Weidel wurde einstimmig zur Bundeskanzlerkandidatin gewählt, nach ihrer Rede von den Delegierten mit stehendem Applaus gefeiert, und auch das Wahlprogramm wurde ohne erkennbare innere Zerwürfnisse verabschiedet. Obendrein gab es eine Zweidrittelmehrheit für die von der Parteispitze betriebene Integration der Jugendorganisation der Partei in die Parteistrukturen selbst, um, wie es in der Begründung durch den Antragsteller Dennis Hohloch hieß, der „Partei im harten Wahlkampf Sicherheit“ zu geben – also die Akteure der bisherigen „Jungen Alternative“ an die Kandare zu nehmen.

Diesem aus der Sicht der „Alternative für Deutschland“ (AfD) idealen Verlauf ihres Wahlparteitages, der von der SPD auch medial in den Schatten stellte, entspricht der Verlauf der Umfragewerte, die sich inzwischen bei stabil über 20 Prozent eingependelt haben – weit über den 10,3 Prozent bei den letzten Wahlen.

Arm in Arm stand Weidel nach ihrer Rede mit dem großen alten braunen Mann der AfD, Alexander Gauland, der den damaligen

Stahlhelm-Flügel der CDU aus der Hauptpartei des deutschen Kapitals herausgelöst und zu einer eigenen Partei geformt hatte. Von ihm stammt die strategische Leitlinie, so lange in strikter öffentlicher Systemopposition zur CDU und den anderen etablierten Parteien zu bleiben, bis dieser selbst Partei gewordene Stahlhelm-Flügel mindestens ebenso stark wie die ausgelaugte konservative Mutterpartei sei, um dann – als ihr Senior- oder gleichberechtigter, niemals aber als von ihr abhängiger Juniorpartner – die Leitlinien der Politik in Deutschland zu bestimmen. Er dürfte sich in Sachsen gefreut haben, wie gut diese Saat aufgeht. Euphorisiert ist diese rechte Kampfreserve des Kapitals durch den jüngsten Durchbruch der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ), die – auch hier alten deutschen Traditionslinien folgend – von Beginn an ein alpiner Orientierungspunkt in den Niederungen des deutschen Stammlandes war und ist. In Wien winkt der Bruderpartei inzwischen das Amt des Bundeskanzlers, das Weidel – egal ob schon im Februar oder einige Jahre später – nun auch offiziell anstrebt.

Ein paar Hürden sind davor noch zu nehmen, die Disziplinierung der eigenen Jugendorganisation war eine davon. Die Haupthürde ergibt sich aus dem Hauptwiderspruch dieser Partei. Er besteht darin, dem Kapital dienen zu wollen und dafür all jene um sich zu sammeln, die unter diesem System leiden und es daher ablehnen oder gar bekämpfen.

Deutschland ist zum dritten Mal in den letzten 120 Jahren auf Kriegskurs gegen Rußland. Daher muß diese Partei, um in die Regierungszentrale gelassen zu werden, ihre gegenwärtigen programmatischen Aussagen in dieser Frage schleifen. Noch gibt sie sich als Friedenspartei, in deren Wahlprogramm die Forderung nach einem „interessengeleiteten Verhältnis mit den großen Mächten der Welt, mit China und den USA, genauso wie mit der Russischen Föderation“ steht. Auf ihrer Website ist weiterhin zu lesen: „Eine Entspannung im Verhältnis zu Rußland ist für die AfD Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa. Es liegt im deutschen Interesse, Rußland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden, ohne eigene Interessen und die unserer Bündnispartner außer Acht zu lassen.“

Das dient dem Stimmenfang und wird nicht so bleiben. Mit den Forderungen nach massiver Aufrüstung – Alice Weidel befürwortete im Interview mit dem „heute journal“ vor kurzem auch jährliche Rüstungsausgaben von mehr als 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – hat die Partei den Grundstein für einen schnellen Kurswechsel bereits gelegt. Eine große Mehrheit der Delegierten in Riesa stimmte außerdem für die Einführung einer Wehrpflicht.

Manfred Sohn

Quelle: *Unsere Zeit*, 17.1.2025

Erklärung der Deutschen Kommunistischen Partei zur Migrationsdebatte nach Aschaffenburg

„Der nächste Schritt“

Nach dem tödlichen Messerangriff in Aschaffenburg überboten sich die bürgerlichen Parteien mit Vorschlägen zur Verschärfung der Migrationspolitik. Gefordert werden unter anderem flächendeckende Grenzkontrollen und rechtswidrige Zurückweisungen, „Bundesausreisezentren“ für konzertierte Abschiebungen und die unmittelbare Inhaftierung aller „vollziehbar Ausreisepflichtigen“.

„Das ist mehr als ein Versuch, mit rassistischen Phrasen um Stimmen für die kommende Bundestagswahl zu werben“, sagt Patrik Köbele, Parteivorsitzender der DKP. „Wenn Friedrich Merz fordert, Straftäter und vermeintliche ‚Gefährder‘ zeitlich unbefristet einzusperren und dafür die notwendigen Kapazitäten zu schaffen, dann sollen Lager für Menschen errichtet werden, die dem bürgerlichen Staat suspekt sind. Die CDU sägt an den letzten Resten

des von ihr sonst hochgelobten ‚Rechtsstaates‘“.

Dabei erhalte sie Rückendeckung von den ehemaligen Ampelparteien und leider auch vom BSW. SPD und Grüne heucheln zwar Distanz, doch: „Die Sozialdemokraten protestieren gegen die Ideen der CDU, weil die AfD zustimmen könnte oder weil sie sie nicht für ‚praxistauglich‘ halten. In der Stoßrichtung ist man sich weitestgehend einig, wie die Vorschläge von Nancy Faeser oder von Thüringens Innenminister Georg Maier zeigen.“ Maier hatte zuletzt dafür geworben, psychisch kranke Menschen künftig als „Gefährder“ zu melden. Das Bundesinnenministerium hatte schon Anfang Januar einen eigenen „Vier-Punkte-Plan“ für schnellere Abschiebungen vorgelegt und fordert seit längerem mehr Befugnisse für die Bundespolizei. Eine Forderung, die sich nun auch die CDU zu eigen gemacht hat.

Die DKP protestiert gegen die Vorstöße zur Ausweitung von Zurückweisungen, Abschiebungen und Abschiebehaft sowie gegen alle Maßnahmen zur weiteren Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern und zum Ausbau des Repressionsapparates.

„Vieles von dem, was jetzt vorgeschlagen wird, betrifft uns alle. Wenn psychisch Kranke bei den Sicherheitsbehörden gemeldet werden sollen, wenn künftig die Bundespolizei und nicht mehr die Staatsanwaltschaft Haftbefehle beantragt, dann werden neue Strukturen geschaffen – nicht nur gegen Migranten. Sie dienen der Unterdrückung aller Menschen in diesem Land, die sich nicht klaglos in den Kriegs- und Krisenkurs einfügen“, so Köbele. „Was wir erleben, ist der nächste Schritt des reaktionär-militaristischen Staatsumbaus.“

Essen, 28. Januar 2025

US-Raketenstationierung 2026 verhindern!

Es sollte ohne großes Aufsehen vonstatten gehen. Als die deutsche Delegation, bestehend aus dem Bundeskanzler Olaf Scholz, der Chefin des Außenamts Annalena Baerbock und Kriegsertüchtigungsminister Boris Pistorius, am 9. Juli 2024 zum NATO-Gipfel in Washington eintraf, waren die Weichen bereits gestellt, auf der Tagesordnung indes war nichts zu finden. Am Folgetag wurde zeitgleich auf den Internetseiten des Weißen Hauses und des deutschen Außenministeriums ohne weiteren Kommentar und ohne daß auch nur eine Pressekonferenz abgehalten worden wäre, die gemeinsame Erklärung der USA und der Bundesrepublik über die Vereinbarung der Raketenstationierung ab 2026 veröffentlicht. Sie lautete: „Die Vereinigten Staaten von Amerika werden, beginnend 2026, als Teil der Planung zu deren künftiger dauerhafter Stationierung, zeitweilig weitreichende Waffensysteme ihrer Multi-Domain Task Force in Deutschland stationieren. Diese konventionellen Einheiten werden bei voller Entwicklung SM-6, Tomahawks und derzeit in Entwicklung befindliche hypersonische Waffen umfassen. Diese werden über deutlich größere Reichweite als die derzeitigen landgestützten Systeme in Europa verfügen. Die Beübung dieser fortgeschrittenen Fähigkeiten verdeutlichen die Verpflichtung der Vereinigten Staaten von Amerika zur NATO sowie ihren Beitrag zur integrierten europäischen Abschreckung“. Keine Unterschriften, keine (jedenfalls offizielle) Einbeziehung anderer NATO-Staaten, auch im Abschlußkomunique kein Wort darüber. Angesprochen, was es mit dieser Erklärung auf sich habe, antwortete der damalige Bundeskanzler mit einer der gewohnten Worthülsen „Die jüngste Entscheidung der USA, weitreichende konventionelle Waffen in Deutschland zu stationieren, ist ein Beispiel dafür, daß die Zusammenarbeit gut funktioniert. Übrigens paßt diese Entscheidung auch in das hinein, was Deutschland selbst für seine Verteidigung plant“. Wir erfahren also, wen hätte es gewundert, daß da eine Entscheidung der USA exekutiert werden soll. US-Raketen vom Typ SM-6, Tomahawk-Marschflugkörper und Dark-Eagle-Hyperschallwaffen sollen entweder beim seit November 2021 in Wiesbaden wiederaufgebauten „56th Field Artillery Command“ oder der „41st Field Artillery Brigade“ („Rail Gunners“) im oberpfälzischen Grafenwöhr stationiert werden.

Soviel Zeit bleibt also nicht mehr, den Kriegstreibern und ihrem Herzensprojekt, endlich Raketen mit kurzer Flugzeit, in vielfacher Schallgeschwindigkeit tief auf russisches Territorium regnen zu lassen, das Handwerk zu legen. Was aus ihren Stationierungsplänen wird, entscheidet sich auf der Straße. Wie sie Friedensgebot und Völkerrecht mit

Füßen treten, dokumentiert die Verfassungsbeschwerde, die Wera Richter und Patrik Köbele vom Parteivorstand der DKP und der Autor dieses Textes am 4. Februar auf den Weg nach Karlsruhe gebracht haben. Verfassung und todbringende Raketen – eigentlich ein großes Thema, sollte man meinen. Da kann man sich schnell täuschen: 26 Minuten war es den Bundestagsabgeordneten Wert und auch das nur, weil zwei Anträge des „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) und ein Antrag der Partei „Die Linke“ eine Debatte forderten. Was von Seiten der SPD und CDU zu hören war, konnte man ahnen. So z.B. der SPD-Abgeordnete Droßmann zur BSW: „Was uns aber unterscheidet, ist, daß die SPD historisch gesehen keine bedingungslos pazifistische Partei war und ist. Wir sind und wir waren nicht naiv. In der Geschichte haben wir gelernt.“ Da hat er recht, daß die SPD „bedingungslos pazifistisch“ sei, glaubt man schon seit über 110 Jahren nicht mehr. Der Redner der CDU (Florian Hahn) möchte am liebsten gleich ein Lichtlein auf dem Altar der transatlantischen Dankbarkeit anzünden: „Da schließen die amerikanischen Waffensysteme SM-6, Tomahawk und Dark Eagle eine wichtige und dringend benötigte Fähigkeitslücke für eine glaubwürdige Abschreckung. Wir sollten dankbar für das Angebot der USA sein.“ SM-6, Tomahawk und Dark Eagle – drei Geschenke aus den USA: Die SM-6 erreicht eine Geschwindigkeit von 1,2 km pro Sekunde, hat eine Reichweite bis zu 500 km, sucht ihr Ziel mit Radarsuchkopf selbst und soll in Deutschland von der eigens hierfür von Lockheed Martin entwickelten Typhon-Startrampe (landgestützt) gestartet werden. Die Tomahawk hat als Langstreckenwaffe (2500 km) eine Treffgenauigkeit von etwa 5 Metern im Radius, sie ist bis zu 885 km pro Stunde schnell. Den Tod brachte sie bisher in den Irak, Afghanistan, Somalia, Libyen, Syrien und derzeit gegen Huthi-Stellungen im Jemen. Das Glanzstück der US-Raketen ist die „Dark Eagle“, die – welch ein Zufall – am 28. Juni 2024, also 14 Tage vor dem NATO-Gipfel in Washington, ihren letzten Test vor Hawaii erfolgreich bestand. Sie übertrifft die Reichweite der aus dem Ukraine-Krieg bekannten „Army Tactical Missile System“ (ATACMS) um das 10-fache, die Reichweite der deutschen TAURUS um das 6-fache. Nach Angaben der US-Armee beträgt die Einsatzgeschwindigkeit mindestens 3800 Meilen pro Stunde. Das „Bulletin of Atomic Scientists“ errechnete eine Geschwindigkeit von bis zu Mach 17 (13 044 Meilen pro Stunde). Von einem Standort in Deutschland abgefeuert, erreicht sie Moskau in einer Flugzeit von mindestens 8 Minuten bis höchstens 21 Minuten. Sie ist atomwaffenfähig. Über Einzelheiten will die Bundesregierung, die der Eskalation der Kriegsgefahr so willfährig

zugestimmt hat, nicht reden. Sie beruft sich anlässlich einer detaillierten parlamentarischen Anfrage des BSW auf ein aus dem Prinzip der nationalen Sicherheit resultierendes Geheimhaltungsinteresse: „Aus dem Vorgesagten ergibt sich, daß die erbetenen Informationen derart schutzbedürftige Geheimhaltungsinteressen berühren, daß das Staatswohl gegenüber dem parlamentarischen Informationsrecht wesentlich überwiegt. Insofern muß ausnahmsweise das Fragerecht der Abgeordneten gegenüber dem Geheimhaltungsinteresse der Bundesregierung zurückstehen.“ Das Zustandekommen der Washingtoner Erklärung ist davon genauso betroffen wie Einzelheiten (Orte, Zeitpunkte, Vorlauf, amerikanische Kommandogewalt) der Stationierung. Und damit jegliche Kontrolle dieser Vereinbarung unterbleibt, wurde Wochen nach dem NATO-Gipfel ein hastig zusammengestelltes „Kurzgutachten“ des „Wissenschaftlichen Dienstes“ des Bundestags veröffentlicht, das seine fachliche Unsicherheit schon durch seine Konjunktive verrät: „Die derzeit für das Jahr 2026 geplante Stationierung von US-amerikanischen Raketen und Marschflugkörpern dürfte sich ebenfalls im Rahmen des NATO-Bündnissystems abspielen. Dafür spricht zum einen, daß die geplante Stationierung auf dem NATO-Gipfel im Juli 2024 verkündet wurde. Zum anderen bezieht sich die gemeinsame Erklärung der USA und Deutschland auf die NATO-Verpflichtungen der USA.“ Kurz gefaßt: Die Washingtoner Erklärung basiert irgendwie auf dem NATO-Vertrag. Das kann schon deswegen nicht stimmen, da offensichtlich – auch im Unterschied zum NATO-Doppelbeschluß von 1979 – hier nur ein zweiseitiger Vertrag zwischen den USA und Deutschland vorliegt. Durch die Exklusivstellung hebt sich Deutschland als Ausgangspunkt amerikanischer Mittelstreckenraketen aus den übrigen NATO-Staaten heraus und empfiehlt sich gleichzeitig als Ziel für den Gegenschlag. Damit entsteht eine Gefahrensituation, die durch die Vereinbarung über nukleare Mittelstreckensysteme (Intermediate Range Nuclear Forces – INF) von 1987, in der sich die USA und die Sowjetunion verpflichteten, alle nuklearen und konventionellen bodengestützten ballistischen Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern zu beseitigen und dauerhaft auf sie zu verzichten, über mehrere Jahrzehnte bereits gebannt schien. Als Ergebnis des INF-Vertrags zerstörten USA und Rußland (bzw. die Sowjetunion) bis zum 1. Juni 1991 insgesamt 2692 Kurz-, Mittel- und Mittelstreckenraketen. Am 20. Oktober 2018 verkündete der damalige und jetzige US-Präsident Donald Trump seine Absicht, den INF-Vertrag aufzukündigen. Die beabsichtigte Stationierung

gehört der aktuellen NATO-Strategie, die bereits 2021 die Zielsetzung neuer Mittelstreckenraketen in Deutschland benannt hatte, also auch lange vor Februar 2022. In den „NATO strategic priorities, 10 commandments“ vom 10. Dezember 2024 lesen wir: „Wenn die NATO wirklich beabsichtigt, ‚jeden Zentimeter‘ des Territoriums der Mitgliedsstaaten zu verteidigen, wie auf den letzten Gipfeltreffen in Vilnius und Washington erklärt wurde, muß sie ein strategisches Konzept der vorbeugenden Verteidigung annehmen. Diese Doktrin beinhaltet die

Einbeziehung der Streitkräfte des Aggressors, sobald ein Zusammenstoß unmittelbar bevorsteht und Angriffsbefehle erlassen werden, anstatt zu warten, bis ein Angriff stattgefunden hat.“ Die Grenzen von Angriff und Verteidigung verwischen sich damit, zuschlagen bevor es der andere tut. Die Reaktionszeiten durch Einsatz des Dark Eagle streben gegen „0“, eine Reaktion (effektiver Gegenschlag) aus dem Osten ist nicht mehr möglich. Eine im Kern unkontrollierbare Situation, der erste Schritt in den Krieg. Die Verfassungsbeschwerde rügt daher: Die

„Gemeinsame Erklärung“ der USA und der Bundesrepublik Deutschland vom 10.7.24 verletzt die Grundrechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG) und das in Art. 1 Abs. 2, Art. 25, Art. 26 Abs. 1 S.1 GG (wie auch der Präambel des Grundgesetzes) verankerte Friedensgebot.

Dr. Ralf Hohmann

Text der Verfassungsbeschwerde:
<https://www.unsere-zeit.de/wp-content/uploads/2025/02/Verfassungsbeschwerde-gegen-US-Raketenstationierung.pdf>

Gegen Kriegstüchtigkeit, Raketenstationierung und Völkermord

Es waren mehrere Tausend Demonstranten, die sich am 14.2. auf dem Stachus in München zum Protest gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz (Siko) versammelt hatten.

Es handelte sich bei dem Treffen im Luxushotel Bayerischer Hof „in Wahrheit um eine Kriegskonferenz des deutschen Imperialismus und der europäischen NATO-Staaten“, führte im Anschluß der Gewerkschafter und Kommunist Marc Ellmann in seiner

Zerstörungen und Vertreibungen in Palästina trotz Waffenruhe in Gaza weitergehen, denn Israels Ziel sei es, „palästinensisches Leben auszulöschen“. Die Palästinenser würden sich aber weder „unterwerfen noch still und höflich sterben“, wie es von Teilnehmern der Siko offenbar von ihnen erwartet werde, sondern weiter Widerstand leisten und „Palästina von diesen Terroristen befreien“ – gemeint sind die israelischen Besatzer –, um Gerechtigkeit

Bundesausschuß Friedensratschlag vor der Gefahr eines nuklearen Krieges in Deutschland infolge der möglichen Lieferung des weitreichenden „Taurus“-Waffensystems an die Ukraine sowie der bereits beschlossenen Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland.

Rote und palästinensische Fahnen dominierten die Demonstration durch die Münchner Innenstadt, an deren Spitze Mitglieder des antifaschistischen Motorradclubs Kuhle Wampe auf ihren schweren Ural-Maschinen aus russischer Produktion fuhren. Das pazifistische Münchner Friedensbündnis und Pax Christi waren ebenso vertreten wie DKP und SDAJ, die Partei Die Linke, Kommunisten aus der Türkei und Griechenland sowie ein lautstarker und großer, aus verschiedenen antikapitalistischen und revolutionären Gruppen mit zumeist jungen Anhängern gebildeter Block.

Laut wurde es, als der linke Demonstrationzug am Odeonsplatz eine Kundgebung von einigen hundert Ukrainern sowie ihren Unterstützern – darunter ein Block von Mitgliedern der liberalen Kleinpartei Volt – passierte. Nachdem dort die Menge „Taurus – Taurus“ und den Faschistengruß „Slava Ukraini“ skandiert hatte, erklärte der passenderweise vor der Feldherrenhalle sprechende ukrainische Botschafter Oleksii Makeiev unter dem Jubel der ukrainischen Demonstranten, Friedrich Merz habe ihm im Bayerischen Hof die Lieferung des bis tief nach Rußland reichenden Waffensystems „Taurus“ zugesagt. Der Botschafter dankte „Deutschland für die Waffen, mit denen wir Krieg gegen die Russen und Rußland auch in eurem Namen führen“.

Nick Brauns

Redaktionell gekürzt

junge Welt, 15.2.2025



**Demonstration gegen die „Sicherheitskonferenz“ auf dem Stachus in München
 Nick Brauns / jW**

Rede für das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz aus, wogegen sich der Protest auf der Straße richtet. „Friedensfähig statt kriegstüchtig“ lautete das Motto von Kundgebungen und Demonstration. Gefordert wurden unter anderem ein Waffenstillstand und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine, der Stopp aller Waffenexporte, ein gerechter Frieden in Nahost, die Verhinderung neuer US-Raketenstationierungen in Deutschland sowie Geld für Bildung, Soziales und Umwelt statt für Hochrüstung. Rihm Hamdan und Amir Ali von der Gruppe „Palästina spricht“ zeigten auf, daß

und Gleichheit für alle zu schaffen. Die in Gaza verübten Brutalitäten fielen auf die europäischen Staaten zurück, warnte der Ökonom und frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis. Indem die führenden europäischen Politiker den israelischen Siedlern grünes Licht für ihre Angriffe mit den aus Europa gelieferten Waffen auf Palästinenser gegeben hätten, sei damit zugleich die Ideologie der „Vorherrschaft“ (Supremacy) in Ländern wie Deutschland gestärkt worden. Unter Berufung auf ein kürzlich von Brigadegeneral a.D. Erich Vad dargestelltes Kriegsszenario warnte Lühr Henken vom

Zivilisten im Krieg

Ein von Soldaten, Ministerialbeamten und Geheimdienstlern erstelltes Konzept, das „Grünbuch ZMZ 4.0“, skizziert die im Krisen- und Kriegsfall in Deutschland bevorstehende Einbindung von Zivilpersonen in die militärische Logistik.

Das Szenario sieht eine rasche Eskalation von Spannungen zwischen der NATO und Rußland im Frühjahr 2030 vor. Demnach reagieren die NATO-Staaten auf eine Verlegung russischer Truppen nach Kaliningrad und in das Gebiet um Sankt Petersburg, indem sie ihrerseits große Verbände an ihre Ostflanke bringen. So verlegt die Bundeswehr – verstärkt durch Einheiten aus den Niederlanden, Kroatien und Norwegen – rund 30 000 Soldaten nach Litauen. Die Vereinigten Staaten entsenden 25 000 vor allem in Süddeutschland stationierte Militärs nach Polen. Frankreich, Großbritannien und Kanada bereiten die Dislozierung von 15 000 Soldaten nach Estland und Lettland vor. Dabei fungiert Deutschland jeweils als Drehscheibe für den Transport von Truppen und Material.

Die Aufgabe, die die Bundesrepublik dabei bewältigen müßte, sei es, „den geplanten Aufmarsch und die Versorgung verbündeter und eigener Streitkräfte“ auf ihrem Weg über die „Drehscheibe Deutschland“ an die zur Ostfront werdende NATO-Ostflanke abzusichern – als „Transit- und Gastnation“ für durchziehende Truppen. Da die regulären Einheiten der Bundeswehr für etwaige Kämpfe im Osten benötigt würden, sei dies „eine gesamtstaatliche Aufgabe“. Bereitgestellt werden müßten unter anderem Verpflegung, Treibstoffe, „Übernachtungs- und Abstellkapazitäten“. Zu leisten seien „Unterstützung bei Wartung und Sicherung“ des militärischen Geräts „sowie die medizinische Versorgung“ und anderes.

Zivilpersonen sollen im Krisen- und Kriegsfall nicht nur zu Hilfstätigkeiten bei der Verpflegung durchziehender Truppen verpflichtet werden, sondern auch bei der gesundheitlichen Versorgung erkrankter oder auch in Kämpfen verletzter Soldaten. Prinzipiell würden sämtliche „Akteure des

Gesundheitswesens“ benötigt, nicht nur einschlägige Rettungsdienste, Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen, sondern auch ambulante Versorgungseinrichtungen, Arztpraxen und Apotheken. Bereits während des Aufmarschs der Truppen in Richtung Osten müsse für „60 000 Soldatinnen und Soldaten (...) eine medizinische Versorgung sichergestellt werden“. Zu rechnen sei mit bis zu 1000 Verletzten pro Tag, von denen „33,6 Prozent intensivpflichtig, 22 Prozent vermehrt pflegebedürftig und 44,4 Prozent leichter verletzt“ seien. Zur Behandlung müsse man sie von der Front zunächst nach Deutschland transportieren. Dort werde man „zwingend auf zivile Versorgungsstrukturen“ angewiesen sein, die schon jetzt unter Überlastung litten. Die vorhandenen Kapazitäten reichten im Kriegsfall nicht aus, um die Zivilbevölkerung im bisherigen – oft schon unzureichenden – Umfang zu versorgen.

Auszug aus: *german-foreign-policy.com*, 12.2.2025

NATO stimmt Industrie auf Krieg ein

Laut Aussagen des NATO-Generalsekretärs Mark Rutte will das Militärbündnis auf eine „Denkweise in Kriegszeiten“ umstellen.

Und das bedeutet unter anderem: Die „NATO will geheime Militärinformationen an die Industrie weitergeben“, wie es in einem Bericht der Berliner Zeitung heißt. Halten wir fest: Die Politik der Konfrontation vollzieht sich in vielen kleinen und großen Schritten. Von „Kriegstüchtigkeit“ über die Entwicklung einer „Kriegsmentalität“ bis hin zu einem geforderten „Kriegsdenken“. Eiskalte NATO-Krieger setzen mittlerweile immer unerschämter Deutschland und die anderen Mitgliedstaaten der Gefahr eines Krieges aus.

„Die NATO hat offenbar ein Verfahren eingeleitet, um einige ihrer streng geheimen militärischen Informationen mit der Verteidigungsindustrie zu teilen“, berichtet die Berliner Zeitung, gestützt auf einen Beitrag des Nachrichtenportals Bloomberg. „Konkret“, so schreibt das Blatt, „gehe es bei den geheimen Informationen um Zielvorgaben dazu, welche Art von Waffen und Ausrüstungen die Mitgliedsländer produzieren müssen“. Das Vorhaben soll sich generell auf der Basis einer engeren „Zusammenarbeit“

zwischen dem Militärbündnis und der Europäischen Union vollziehen. Die NATO habe bereits damit begonnen, „einige als geheim eingestufte Standards mit der EU auszutauschen, der 23 der 32 NATO-Mitglieder angehören“, schreibt



Kriegsindustrie im Ersten Weltkrieg: Staat und Kapital verflochten

die Berliner Zeitung. Bei diesen Standards gehe es um „militärische Kriterien, die darauf abzielen, die Streitkräfte der Mitglieder zu harmonisieren“. Konkret heiße das beispielsweise, „Waffenkaliber oder ein gemeinsames militärisches Vokabular“ zu standardisieren oder auch „Funkfrequenzen“ zu vereinheitlichen.

Bei jedem einzelnen dieser Schritte, die nun schon seit Jahren zu beobachten sind, sollten die Alarmglocken schrillen. Die Vielzahl der Schritte, die alle ineinandergreifen und in eine Richtung gehen, müßte zu Massendemonstrationen gegen eine Politik führen, die man längst als Kriegspolitik bezeichnen muß. Doch das passiert nicht. Und so bauen die Kriegstreiber unserer Zeit immer weiter an einer Mechanik, die die Logik des Militärischen und final die des Krieges bedient. Aus Aktion folgt Reaktion – und aus der Reaktion folgt eine neue Aktion. Und so geht es weiter, immer weiter. Rußland wird all diese Schritte auch wahrnehmen. Wie wird das Land reagieren? Was wird Rußland wohl darüber denken, wenn es sieht, wie das größte Militärbündnis der Welt immer weiter aufrüstet?

Die Logik der Auf- und Hochrüstung bedingt immer mehr die Bewegung der Zahnräder von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. In diesen Zeiten kann gar nicht laut genug vor den Gefahren einer Politik gewarnt werden, die das Undenkbare – nämlich den dritten Weltkrieg – mit einer unerschämten Selbstverständlichkeit ins Auge faßt.

Marcus Klöckner

Quelle: *Nachdenkseiten*, 30.1.2025

Mister Donald Trump – der neue Imperator des Westens

Die Eliten des nordamerikanischen Imperiums meinten zwei Jahrhunderte lang, die Geschichte bestimmen zu können. Sie holten sich das, was sie brauchten. Wenn sie es nicht bekamen, nahmen sie es sich mit Gewalt. „Amerika zuerst“ war und ist ihr Leitmotiv. Nichts schien ihren Kannibalismus, ihren Durst nach Reichtum und Herrschaft, Territorien und Ressourcen stoppen zu können. Sie verteidigten ihre Terrorpolitik mit allen Mitteln. Im jüngsten Jahrzehnt jedoch begann ihre Vorherrschaft zu bröckeln. Ihre republikanischen und demokratischen Strohputzen konnten das nicht verhindern. Und so übernahmen sie die Sache selbst. Sie schickten einen skrupellosen Unternehmer ins Wahlrennen: Donald Trump. Er gewann. Die Lieblingswörter des am 20. Januar 2025 inthronisierten Präsidenten der USA sind „Gott, Liebe, Religion, Zölle“. Die Zölle erklärte er zu seinen stärksten Waffen. Gefährlicher ist jedoch seine Drohung, Gewalt anzuwenden, wenn man nicht macht, was er sagt. Am 20. Januar deckte er die Achsen seiner Innen- und Außenpolitik auf. Mit 100 Exekutivdekretten will er seine Entscheidungen in den Bereichen Einwanderung, Grenzsicherheit, Energie und Zollfragen umsetzen. Trump wird den Führungsstil für Unternehmen auf die Verwaltung des Staates und die Beziehungen zum Rest der Welt übertragen. In sein Kabinett zogen ultrascharfe Leute ein, die in der Tradition einer neokonservativen Außenpolitik sowie einer restriktiven Wirtschafts- und Fiskalpolitik stehen. Hedgefonds-Manager Bessent wurde Finanzminister und der Kuba-Hasser Rubio Außenminister. Den „Grenzrazer“ Tom Homan nominierte Trump für die Überwachung der Einwanderungs- und Grenzsicherheitspolitik.

Die Wirtschaft der USA läuft nicht rund, die Binnenschulden erreichten gigantische 35,7 Billionen US-Dollar. Ende 2024 betrug das Jahres-BIP 23,8 Billionen US-Dollar. Heute erwirtschaftet die ehemalige Supermacht 15,5 Prozent des weltweiten BIP, was für Vormachtstreben nicht viel ist. Die größte Industriemacht der Welt ist China mit 18,9 Prozent des BIP. Indien hat mit 7,2 Prozent aufgeholt. Und Rußland erlebte einen beeindruckenden Prozeß der Reindustrialisierung, der das Land unter die vier großen Industriemächte der Welt brachte. Damit sind die Probleme für die USA noch nicht beendet. China, Indien und Rußland sind die Gründungspartner der BRICS-Staaten, die sich für den Aufbau einer multipolaren Welt einsetzen. Der chinesisch-russische Handel hat 240 Milliarden US-Dollar

überschritten. Der russisch-indische Handel beträgt annähernd 60 Milliarden US-Dollar. Im Dezember 2024 unterzeichneten das russische Unternehmen Rosneft und das indische Unternehmen Reliance einen Rekordvertrag der Öllieferungen für die nächsten zehn Jahre. Trump kündigte an, die BRICS-Länder mit 100 Prozent Steuern zu bestrafen. Die Geschäfte könnten in Schwierigkeiten geraten, denn die USA importieren Produkte im Wert von 550 Milliarden US-Dollar aus den BRICS-Staaten. Viele davon sind strategischer Natur. Mit dem Beitritt neuer Mitglieder und Partner im vergangenen Januar vereint diese Gruppe 51 Prozent der Weltbevölkerung. Laut IWF machen die BRICS-Volkswirtschaften gemessen an den Lieferverträgen mehr als 40 Prozent der Weltwirtschaft aus.

Präsident Trump erklärte mehrfach, das Ende des Rußland-Ukraine-Krieges schnell herbeiführen zu wollen. Die britische Zeitung „The Times“ schrieb: „Die Ukraine wartet auf die Entscheidung von Präsident Trump wie ein verwundeter Gladiator, der auf die Daumenbewegung des Kaisers wartet.“ Trump will ein Abkommen mit Rußland. Wenn das Land nicht Frieden mit der Ukraine schließt, will er dies mit Wirtschafts- und Handelssanktionen durchsetzen. Wie er sich die Verhandlungen mit der euroasiatischen Wirtschafts- und Atomkraft vorstellt, sagte er nicht.

Trump hat vor, den Krieg im Gaza-Streifen zu beenden. Die palästinensische Bevölkerung will er nach Ägypten, Jordanien und in andere islamische Länder aussiedeln. Für die Vertreibung der Palästinenser aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland wird in Israel seit Jahrzehnten offen geworben. Obwohl Trump erklärte, er wolle Frieden in der Ukraine und eine Begrenzung der Atomwaffen, bereitet sich eine NATO-Kriegsflotte darauf vor, von Europa aus in Richtung des Chinesischen Meeres in See zu stechen. Die Bundesmarine wird mit Kriegsschiffen dabei sein. Das Wettrüsten wird weitergehen. Trump will eine Raketenabwehr nach dem Vorbild der israelischen „Iron Dome“ und „die tödlichste Kampftruppe der Welt“ haben.

Trump's eigentliches Ziel ist China. Die Volksrepublik weiß, daß sie seit einem Jahrzehnt im Visier der USA steht. Sie bereitet sich auf eine Reihe von Optionen vor, die von einem bewaffneten Frieden bis hin zu einem Luft- und Seekrieg im asiatisch-pazifischen Raum reichen.

Indien möchte einen herausragenden Platz in der Welt einnehmen. Das geht nur bei Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Rußland und Frieden mit China. Der

indische Verteidigungsminister berichtete, daß es mehr als 200 gemeinsame Militärprojekte mit Rußland gibt und daß das Land die Käufe russischer Waffen um 15 Prozent steigern will. Es ist unwahrscheinlich, daß es ein indisches Bündnis mit den USA geben wird.

Der Iran bereitet sich auf einen Krieg gegen den Zionismus vor. Er hat Brücken zu Rußland und China gebaut, um seine Wirtschaft weiter zu stärken und seine militärische Kraft zu erhöhen. Im Januar 2025 unterzeichneten die Präsidenten Rußlands und Irans ein strategisches Partnerschaftsabkommen.

Wer annimmt, daß Trumps Ideen katalog nur Wahlkampfretorik war, verfällt einem schweren Irrtum. Trump ist von der Idee besessen, sein politisches Modell durchzusetzen. Es droht die Gefahr, daß er alles überfährt, was sich ihm in den Weg stellt. Der Fall Kolumbiens, dessen Präsident Gustavo Petro meinte, die Aufnahme der aus den USA ausgewiesenen kolumbianischen Ausgewanderten verweigern zu können, beweist, daß Trump ernst macht. Die Androhung, kolumbianische Einfuhren mit 25 Prozent Zöllen zu belegen, die bis zu 50 Prozent anwachsen könnten, reichte aus, um Petro zu veranlassen, seine Entscheidung rasch zurückzunehmen. Trumps Zölle gegen die kolumbianische Wirtschaft waren auch eine Warnung an die progressiven Regierungen Lateinamerikas, wie denen von Claudia Sheinbaum in Mexiko, Xiomara Castro in Honduras, Daniel Ortega in Nicaragua, Nicolás Maduro in Venezuela oder Lula da Silva in Brasilien.

Lateinamerika ist bereits zu einer Schlüsselregion für Trumps Außenpolitik geworden. Der amerikanische Präsident hat angekündigt und zum Teil bereits dekretiert, den Import von venezolanischem Öl einzustellen, die Kontrolle über den Panamakanal zu übernehmen, den Golf von Mexiko in Golf von Amerika umzubenennen und Kuba erneut auf die Liste der staatlichen Terroristen zu setzen. Die USA haben fünf Anrainerstaaten am Golf von Mexiko: Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana und Texas. Es gibt fünf Bundesstaaten Mexikos, die an den Golf von Mexiko grenzen: Tamaulipas, Veracruz, Tabasco, Campeche und Yucatán. Mit der Umbenennung des Golfs haben die USA die Fülle an Kohlenwasserstoffvorkommen im Visier. Mexikos Vorhaben an Kohlenwasserstoffen steht dort auf dem Spiel. Die Demokraten oder Republikaner der USA haben im Laufe der Jahre unterschiedliche Strategien vorgeschlagen. Der mexikanische Analyst Alfredo Jalife-Rahme meint: „Die USA werden sich damit in einen echten

Krieg begeben, der Kolumbien, Venezuela, Panama, Kuba, Honduras sowie Nicaragua und Mexiko gegen die Vereinigten Staaten vereinen wird. Das Südkommando der US-Armee wird damit nicht klarkommen ... Es mangelt Washington ernsthaft an militärischen Ressourcen, um seine Ansprüche gegenüber anderen Ländern mit Gewalt durchzusetzen.“

Die Schocktherapie, die Washington gegen China durchführen will, richtet sich auch gegen jene lateinamerikanischen Länder, die Washington als kommerziell oder politisch zu stark mit Peking verbündet ansieht. Diesen Ländern wird die Trump-Regierung offen mit Zöllen, Sanktionen oder diplomatischem Druck drohen, um sie zu zwingen, ihre Handelsbeziehungen zu ändern und sich von China zu distanzieren. Daß Lateinamerika in den letzten Jahren näher an China heranrückte, ist vor allem auf die arrogante Haltung Washingtons zurückzuführen. Trump behandelt die Region lediglich als Brennpunkt unerwünschter Einwanderung und als Sündenbock für das Kriminalitätsproblem. In Bezug auf Mexiko versicherte Trump, daß er die Drogenkartelle als „terroristische Organisationen“ deklarieren werde. Mehrere Mitglieder seines Teams plädierten für eine militärische Intervention. Was Panama betrifft, so besteht Trumps Ehrgeiz darin, die Kontrolle über den Kanal zurückzugewinnen. Die honduranische Präsidentin Xiomara Castro warnte, daß sie wegen der „Massendeportation Tausender Honduraner“ die US-Militärpräsenz auf dem Stützpunkt Comayagua aufheben könnte. Die sogenannte Allianz Amerikas für wirtschaftlichen Wohlstand, die Joe Biden 2022 mit großem Tamtam ankündigte, trug keine Früchte. Im Gegenteil. Der bilaterale Handel zwischen China und Lateinamerika ist von 18 Milliarden US-Dollar im Jahr 2002 auf 450 Milliarden US-Dollar im Jahre 2022 gestiegen. Derzeit sind 22 der 26 lateinamerikanischen Länder Teil der Belt-and-Road-Initiative, die zahlreiche Infrastrukturprojekte umfaßt, darunter Dutzende Häfen oder Terminals, die von chinesischen Unternehmen betrieben oder gebaut werden.

Donald Trump will Grönland den USA einverleiben, weil das Land geostrategische Bedeutung hat und zu einem Konfliktfeld geworden ist. Die durch den Klimawandel verursachte Eisschmelze machte das Nordpolarmeer für Seewege frei. Die von BRICS eröffnete nördliche Seeroute, von China als arktische Seidenstraße bezeichnet, führt an Grönland vorbei. Sie verbindet den Atlantik mit dem Pazifik. Diese Route will Washington unter seine Kontrolle bringen, und die NATO will Rußland im Kriegsfall aus dem Atlantik heraushalten. Es fanden bereits Manöver in der Nähe von Grönland statt. Die Bundesmarine

war mit Kriegsschiffen dabei. Rußland hat ein Dutzend Militärstützpunkte in seinen arktischen Gebieten eingerichtet. Die USA unterhalten ihrerseits neun Militärbasen in Alaska und die frühere Thule Air Base auf Grönland. Von dort aus können auf kürzestem Wege Raketen auf den Norden Rußlands gestartet werden. Die USA wollen Warnsysteme auf der Megainsel einrichten. Auf der Pituffik Space Base existiert ein solches System bereits. Grönland besitzt reiche Rohstoffquellen, unter anderem



Xiomara Castro, Präsidentin von Honduras

an Gold, Platin, Eisen, Zink, Niob, Lithium, Uran und seltenen Erden. Die USA sind scharf auf diesen Rohstoffreichtum. Das wiederum veranlaßte die EU, die Kooperation in Sachen Ressourcen zu konkretisieren, um Grönland ökonomisch enger an die EU zu binden. Brüssel und Washington wollen bei der Beschaffung seltener Erden von China unabhängig werden.

Die Trump-Regierung wird die Europäische Union nicht schonen. Sie verlangt die Erhöhung der Militärausgaben der NATO- und EU-Staaten. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos forderte der US-Präsident erneut, die Verteidigungsinvestitionen auf fünf Prozent des BIP jedes Landes zu erhöhen. Diesbezüglich wird sich die europäische Politik dem Willen der USA unterordnen. Anfang Februar trafen sich die Staats- und Regierungschefs auf einem EU-Gipfel. Sie sind bereit, einen zunehmenden Militarismus zu befürworten. Sie beabsichtigen, die erhöhten Kriegsausgaben für den Aufbau einer eigenen starken Rüstungsindustrie zu verwenden. Die EU sieht den Krieg in der Ukraine als existentiell für den politischen Block an. Als die USA Kanada, Mexiko und

China mit Zöllen belegten, reagierten die Staats- und Regierungschefs der EU sofort. Sie warnten Trump vor einem Handelskrieg. Sollte er die Zölle für die EU erhöhen, werde Europa als starker Wirtschaftsraum handlungsfähig sein, meinte Scholz nach Trumps Wahl. Der französische Präsident Macron ergänzte, daß Europa stark und geeint auftreten werde. Vor allem die westeuropäischen Eliten werden weiterhin, auch wenn es ihnen schwerfällt, auf das transatlantische Bündnis setzen, das sich militärisch gegen Rußland und China richtet. Dafür verschärfen sie den Drucks nach innen und leiten einen rigorosen Sozialabbau in ihren eigenen Ländern ein. In einigen westeuropäischen Ländern führte das wiederum dazu, daß Regierungen auseinanderfielen. Während der Präsidentschaft von Donald Trump könnte es in der EU zur Spaltung kommen. In einigen Ländern schwindet der Rückhalt für die konfrontative Rußland-Politik. Seitens der EU-Falken kursieren bereits Warnungen vor einer „prorussischen Allianz Budapest-Wien-Bratislava“. Dabei spielen auch ökonomische Aspekte eine Rolle. Gegen günstige ukrainische Getreideimporte formierte sich Protest in Polen, Ungarn, Slowakei, Tschechien, Bulgarien und Rumänien. Das Ende des Transits russischen Gases durch die Ukraine stellt Länder der Region vor große Probleme. Öl ins politische Feuer goß der wiedergewählte belarussische Präsident Alexander Lukaschenko, der empfahl, daß sich die Europäer „vom amerikanischen Flugzeugträger abkoppeln“ sollten.

Am 13. Februar 1945 bombardierten anglo-amerikanische Flugzeuge Dresden. Meine Eltern und wir vier Kinder überlebten das Inferno. Einige Jahrzehnte lang machten wir uns kaum Sorgen, so etwas noch einmal erleben zu müssen. Heute ist das anders. Die Realität in der wertegesteuerten Gesellschaft erinnert mich ständig an dieses furchtbare Erlebnis. Als ich diese Zeilen schrieb, erreichte uns Geschwister die Einladung des Dresdener Oberbürgermeisters zur Gedenkveranstaltung „Zukunft durch Erinnern“ anlässlich des 80. Jahrestages der Höllennacht. Wenn ich mich daran erinnere, dann will ich keine Zukunft mit einem kriegstüchtigen Deutschland. Ich möchte auch nicht die Zukunft, die von Mächten, wie die des Neu-Imperators Mister Trump, beherrscht wird. Wenn ich mich an die Dresdener Bombennacht vor 80 Jahren erinnere, dann möchte ich eine Zukunft, in der alle Völker der Erde ohne Vormund in Frieden miteinander leben können.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

gestützt auf Berichte von Portal ALBA, Sputnik spanisch und teleSUR

Trump – Präsident der Deportationen und Expansionen

Eingebürgert hat sich hierzulande angesichts der Amtseinführung des neuen US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump die Sprachregelung, man solle diesen Mann ernst, aber nicht wörtlich nehmen. Das könnte sich deshalb als Verharmlosung herausstellen, weil er nicht als Einzel-Irrer ins Weiße Haus eingezogen ist, sondern als Speerspitze der ihn tragenden Koalition aus den an ihrem Kontostand gemessenen erfolgreichsten Ausbeutern seines Landes und der traditionellen „God, guts and guns-Fraktion“ dieses bluttriefend zur Welt gekommenen Staates, also derer, deren Lebensrichtlinien Gott, finstere Entschlossenheit und der Colt an der Hose sind.

Aus dem Wust der Dekrete, die mit einem filmreifen Trommelwirbel die kurze Ära des greisen Joseph Biden zu Grabe tragen sollten, ragen einige hervor, von denen im Lichte der seitdem erfolgten Ernennungen und weiteren politischen Äußerungen aus dem Weißen Haus die Konturen der nächsten vier Jahre US-amerikanischer Politik deutlicher werden. An der Landesgrenze nach Mexiko patrouilliert nun nicht nur Polizei, sondern auch die US Army, deren neuer Chef Pete Hegseth den Fokus seiner 3,5 Millionen Untergebenen auf „Kampfkraft und Einsatzbereitschaft“ legen will. Mit ihm wurde Kristi Noem als „Heimatschutzministerin“ vereidigt, die als ihre „obersten Prioritäten“ die Sicherung der Südgrenze und die „Reparatur des kaputten Einwanderungssystems“ nannte. Durchlässig soll die Grenze nur noch von innen nach außen sein – die USA stehen vor der größten

Massendeportation ihrer Geschichte, bewundert wahrscheinlich auch hierzulande von jenen, denen ähnliches für Deutschland vorschwebt.

Weil der Gazastreifen „ein echtes Chaos“ sei, solle man „das Ganze einfach ausräumen“, begleitet von der Forderung, die dort lebenden Menschen nach Ägypten und Jordanien zu deportieren. Außer den zwei Millionen aus dem Gazastreifen sollen nach den Worten der designierten US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Elise Stefanik, weitere drei Millionen Palästinenser ihre Heimat verlassen, denn „Israel habe ein biblisches Recht auf das ganze Westjordanland“, wie sie künftig auch in den UN-Versammlungen verkünden wird.

Mit Blick auf Israel ist klar, daß die Politik der Massendeportation einhergeht mit einer Politik der Expansion – sowohl Gaza als auch das Westjordanland waren auf den Karten, die Israels Staatschef der UN-Vollversammlung vor die Nase hielt, als Teil des Staatsgebietes Israel ausgegeben.

Trump selbst hat folglich zum zweiten Leitmotto außer der Abschottung der Landesgrenzen deren Ausdehnung erklärt: „Die Vereinigten Staaten werden sich wieder als einer wachsenden Nation bewußt – als einer, die ihren Wohlstand mehrt, ihr Territorium erweitert, Städte baut, Erwartungen weckt und ihre Flagge zu neuen, wunderschönen Horizonten trägt.“ Ausführlich konkretisierte er diese Expansionspläne mit Blick auf den Panama-Kanal, den „wir uns nun zurückholen“ würden. Er unterlegte dies mit der Beschwörung

des „Frontier Spirit“, also des Geistes, in dem die US-amerikanischen Siedlerkolonialisten die amerikanischen Ureinwohner ausrotteten. In weiteren Reden nahm er öffentlich Kanada und Grönland in den Blick – beides zusammen würden die USA zum flächenmäßig größten Land der Erde machen.

Expansionspläne sind das eine und die ökonomischen Möglichkeiten das andere. Befindet sich beides nicht in Deckung, zerschellen die Pläne früher oder später, wie schon der deutsche Größenwahn von Massendeportation und Expansion am Widerspruch der zu schmalen ökonomischen Basis vor nun 80 Jahren zerschellt ist. Die Tage seit der Amtseinführung Trumps sind voll von Dekreten und vollmundigen Phrasen, aber dürr hinsichtlich konkreter Maßnahmen zur Stärkung der im Weltmaßstab seit Jahrzehnten schrumpfenden ökonomischen Basis der westlichen Führungsmacht. Außer der eher wolkigen Ankündigung eines Förderprogramms für „Künstliche Intelligenz“ in Höhe einer dreistelligen Milliardensumme gab es da nichts. Das und die Ankündigung, künftig wieder auf die Antriebstechnik des Ford-Modells T für die US-amerikanischen Automobile setzen zu wollen, wird wohl nicht reichen, um die Welt nach den irgendwo im Wilden Westen hängengebliebenen Träumen der neuen US-amerikanischen Führung umzugestalten.

Manfred Sohn

*Redaktionell geringfügig gekürzt
UZ, 31.1.2025*

Ukrainischer Faschismus

Auf Einladung der Tageszeitung *junge Welt* und des Kulturmagazins *Melodie & Rhythmus* kamen am 29. Oktober 2023 in Berlin Faschismusexperten zu einer internationalen Konferenz mit dem Titel „Der Bandera-Komplex“ zusammen. Es referierten die US-amerikanischen Forscher Moss Robeson und Russ Bellant über die Geschichte der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), die Aktivitäten ost-europäischer Hitlerkollaborateure im Kalten Krieg, die Ursprünge der Bandera-Lobby in den USA und deren heutige Rolle im Ukraine-Konflikt. Jürgen Lloyd von der Marx-Engels-Stiftung analysierte die Funktion von Banderisten und ukrainischen Neonazis für den westlichen

Imperialismus, aber ebenso einen „hilflosen Antifaschismus“, der sich als zunehmend blind gegenüber dem Monopolkapital als Träger des Faschismus erweist. Den Abschluß bildete eine Gesprächsrunde über ukrainische Faschisten und die Bandera-Lobby als Scharfmacher für den dritten Weltkrieg, u.a. mit Arnold Schölzel („RotFuchs“) und Jörg Kronauer, Redakteur von *German Foreign Policy*. In diesem Band sind alle Vorträge der Konferenz sowie ein Grußwort des ukrainisch-chilenischen Journalisten Oleg Jasinskij dokumentiert, aber auch Gespräche mit den Referenten sowie *junge Welt*-Artikel, die im Zeitraum von 2022 bis 2024 zum Bandera-Komplex erschienen sind. Außerdem

enthält der Band einen umfangreichen Apparat mit vielen bisher unbekanntenen Quellen. Zwei Auflagen waren in kurzer Zeit ausverkauft, die dritte erscheint im März.

Susann Witt-Stahl (Herausgeberin): Der Bandera-Komplex. Der ukrainische Faschismus – Geschichte, Funktion, Netzwerke. Verlag 8. Mai GmbH, Berlin 2024, 352 S., 23,90 Euro

Bezug über den „junge Welt“-Shop im Internet: jungewelt-shop.de. Tel.: 030/5 36 35 50, E-Mail: info@jungewelt-shop.de

Bäumchen wechsele dich

Trump ist ein Mann des Kapitals und so wird er sich verhalten. Trump nutzt rüpelhaft seine Ellenbogen, die er in den USA zu gebrauchen seit frühester Jugend gelernt hat. Seine Floskel „Amerika zuerst“ läßt erwarten, wohin die Reise geht. Aus seiner Sicht spielen andere Regionen außerhalb der USA nur zahlende oder untergeordnete Rollen. Die EU ist für ihn ein lästiger Konkurrent, den es zu züchtigen gilt, was mit Biden bereits recht gut funktioniert. Ebenbürtiges wird Trump mit allen Mitteln bekämpfen. Schon allein deshalb sind Illusionen nicht angebracht.

Es ist schon „spannend“, wie sich die EU-Eliten winden, um die plötzlichen politischen Drehungen zu verarbeiten und ihre gewendeten Ansichten in die Öffentlichkeit tragen. Komik ist dabei nicht zu verkennen. Interessant, wie die hiesigen Eliten, allen voran die vor den USA kniefallenden Politikerdarsteller der EU, nach dem US-amerikanischen Präsidentenwechsel die Kurve kriegen und das Gegenteil von dem behaupten, was sie vorher gemeint und großkotzig verkündet haben.

Erinnert sei nur an die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Biden im

vergangenen Jahr durch den deutschen Bundespräsidenten, dessen Laudatio auf Trumps Vorgänger vor Unterwürfigkeit strotzte und Brechreiz verursachte. Der gleiche Bundespräsident trat vor Jahren für ein strenges Vorgehen gegen Impfverweigerer ein – 2025 fordert er eine zeitnahe und schnelle Aufarbeitung der Corona-Pandemie. Ergo, von einem Tag zum anderen seine Haltung zu wechseln, gehört offenbar, wie in unübertroffener Weise von den hiesigen bisherigen „Führungsgrößen“ Baerbock und Habeck praktiziert, zum „seriösen“ Politikgeschäft.

Nun stelle man sich vor, in welchem Dilemma die in Brüssel agierenden halbintellektuellen Politikerkünstler gegenwärtig stehen. Wie zu vernehmen ist, will man die Beziehungen zu den USA „überdenken“, zugleich aber an der unerschütterlichen Treue zu den USA nicht rütteln, obwohl doch jeden Tag klarer wird, daß Trump die EU kräftig zur Kasse bitten will. Das setzt schon eine gewisse Gehirn- und Gedankenakrobatik voraus.

Und die „Außenbeauftragte der EU“ Kallas (welch ein anmaßender Titel) streitet mit den US-Amerikanern darüber, wer wohl die

größere Unterstützung für die Ukraine geleistet hat. Als ob es um die Höhe der sinnlos verpulverten Milliarden und nicht um Friedenslösungen geht. Für sie gilt lediglich Frieden durch noch mehr Krieg. Was sind das nur für politische Schreckgestalten und Speichellecker!

Die gleichgeschalteten Medien versuchen, das Ergebnis der US-Wahl einerseits zu akzeptieren, andererseits Trump und seine Handlungen in Frage zu stellen. Zum Beispiel erkenne man Differenzen zwischen Trump und Musk, was doch genüßlich ausgeschlachtet werden kann. Musks Stellungnahme zur AfD dient nun als Aufhänger, lautstark zu demonstrieren, wie konsequent man doch gegen rechts vorzugehen gedenkt, wobei die an Demos teilnehmenden Massen wahrscheinlich nicht wissen, was heutzutage links und rechts ist. Die sogenannten Volksparteien haben sich den linken Mantel übergeholfen und blinken rechts. Eine Glanzleistung der Massenmanipulation.

Reiner Neubert
Berlin

„Heimatschutzdivision“ – der Einsatz der Bundeswehr im Innern durch die Hintertür

Mehr Geld, mehr Panzer, mehr Macht für die Bundeswehr, darin sind sich die meisten deutschen Politiker derzeit einig. Das Ergebnis ist eine zunehmende Militarisierung des Zivilen. Jetzt soll es noch mehr Soldaten geben, um „Bahnanlagen zu schützen“.

Die bisher fünf Heimatschutzregimenter der Bundeswehr sollen um ein weiteres ergänzt und im kommenden Jahr zu einer Heimatschutzdivision zusammengefaßt werden. Damit wird eine Struktur in der Bundeswehr weiter gestärkt, die von Anfang an als „Bindeglied zwischen Bundeswehr und Gesellschaft“ und als „Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ firmierte, etwas, das im Kern immer einen Einsatz im Inneren, der eigentlich vom Grundgesetz nur im Notstand erlaubt ist, beinhaltet.

„Im Spannungs- und Verteidigungsfall oder auch bei einer krisenhaften Entwicklung sollen Heimatschutzkräfte neben Häfen, Bahnanlagen und Güterumschlagplätzen auch Pipelines, Straßen für den Truppenaufmarsch, Brücken, Verkehrsknotenpunkte und digitale Infrastruktur

schützen. Damit sollen sie auch die Rolle Deutschlands als Operationsbasis und Drehscheibe der NATO absichern.“ So steht es im Bericht der Zeit über die Schaffung der neuen Struktur. Und die Ausweitung in den zivilen Bereich, der eigentlich die Zuständigkeit der Polizei ist, wird noch weiter fortgesetzt: „Heimatschützerinnen können auch bei schweren Unglücksfällen, Terrorlagen oder Pandemien eingesetzt werden.“ Die dann etwa 6000 Heimatschützer werden dafür künftig dem Heer unterstellt; bisher waren die Heimatschutzregimenter regional dem Landeskommmando unterstellt. Die Planungen der Bundeswehr gehen aber weiter: Um die Stärke der künftigen Heimatschutzdivision in die Nähe der 20 000 Mann zu bringen, die die anderen Divisionen haben, setzen sie auf die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Eine „krisenhafte Entwicklung“ ist, im Gegensatz zum Verteidigungsfall oder zur Erklärung des Notstands, nicht klar definiert. Die Gründung hochmilitarisierter Einheiten der Polizei wie auch die Bewaffnung von Polizeieinheiten mit Maschinenpistolen

wurde ursprünglich (in den 70ern) genau dadurch begründet, daß andernfalls ja die Bundeswehr den Schutz kritischer Objekte (wie beispielsweise US-amerikanischer Konsulate) übernehmen müsse. Wegen Personalmangel:

Inzwischen wurde aber auch die Liste der möglicherweise zu schützenden Objekte immer weiter ausgeweitet; ein Vorgang, der regelmäßig durch vage Berichte über vermeintliche Sabotage gestützt wird. Das ist der Endpunkt einer Entwicklung, die bereits vor mehr als zehn Jahren mit der Unterstellung des Zivilschutzes unter die Bundeswehr begonnen hat und die mit dem Einsatz der Bundeswehr im Zusammenhang mit Corona einen ersten Höhepunkt erreichte. Inzwischen ist kaum mehr zu erwarten, daß diese weitere Aufweichung der grundgesetzlichen Trennung zwischen Polizei und Militär noch auf nennenswerten politischen Widerstand stößt.

Quelle: www.globallookpress.com,
11.1.2025

Der kleine Diktator von Kiew

Ein Essay von **Otto Bruckner** zum Zustand der Ukraine nach elf Jahren Krieg

Entweder Selenskyj wird von seiner Entourage von der Realität hermetisch abgeschirmt oder er nimmt sie schlicht nicht zur Kenntnis. Bei seinem möglicherweise letzten Auftritt beim World Economic Forum (WEF) im Schweizer Nobelbergort Davos gab er wieder Unsinn am laufenden Band von sich. Gefühlt einhundert mal kam in seiner Rede „Europa“ vor. Europa dürfe jetzt nicht schauen, was der neugewählte US-Präsident Trump tun wird, sondern müsse selbst handeln. Er fordert massive Aufrüstung, eine Annäherung der NATO-Staaten an das von Trump genannte Ziel, 5 % des BIP für Verteidigung auszugeben und er träumt schon von einer 200 000 Mann starken Truppe des Westens in der Ukraine.

Zunächst einmal sollte man den Schauspieler-Präsidenten in den Geographie-Unterricht schicken. Europa, das sind 44 Staaten mit einer Einwohnerzahl von fast 750 Millionen Einwohnern, dazu gehört ein großer Teil der Bevölkerung Russlands. EU-Europa, das er vermutlich meinte, besteht aus 27 Staaten und 450 Millionen Einwohnern. Er, der kleine Diktator

meint, Europa diktieren zu können, was es zu tun hat. Die Slowakei und Ungarn will er aus der EU werfen, ja die Ukraine wird das, was er unter „Europa“ versteht mit seiner in Auflösung befindlichen Armee anführen im Krieg gegen Rußland.

Inzwischen verliert seine Armee an der Front jeden Tag an Boden. Jeden Tag sterben ukrainische Soldaten und Zivilisten oder werden verletzt. Jeden Tag stimmen die jungen Menschen mit den Füßen ab und verlassen auf zum Teil abenteuerlichsten Wegen die Ukraine, die zu einem Freiluftgefängnis für ihre männliche Bewohnerschaft geworden ist, ausgenommen natürlich jene, die es sich leisten können, Beamte zu bestehen oder zur Kaste der Reichen gehören. Die Armee der russischen Föderation hat in letzter Zeit im Donbass die wichtigsten Kohlegruben der Ukraine erobert, aus deren Kohle Koks für die Stahlproduktion hergestellt wird. Das größte (unerschlossene) Lithiumfeld der Ukraine gehört jetzt zu Rußland, weitere Eroberungen werden folgen. Was Rußland nicht besetzt, verscherbelt Selenskyj – teils mit Hilfe der Oligarchen, die als Strohänneren dienen – an US-amerikanische und europäische Konzerne und Heuschreckenfonds.

Die Soldaten, die den Krieg überleben, werden nach Hause kommen und feststellen, daß sie nicht in einem freieren Land leben,

als vor dem Krieg, sondern Sklaven in einem Land sind, das den multinationalen Konzernen und Fondsgesellschaften gehört. Die Regierung in Kiew wird – wie jetzt schon – eine Marionettenregierung der USA und der EU sein, die Oberschicht wird sich weiter am verbliebenen Volksvermögen bereichern und sich mit den ausländischen Herren arrangieren. So etwas nennt man Kompradorenbourgeoisie.

Selenskyj läßt gerade Offiziere und Generäle einsperren, die als erste Sündenböcke für russische Durchbrüche und Massendeser-



Wo Selenski gegen Rußland hetzt

tion herhalten müssen. So hat er es mit der politischen Opposition, mit unliebsamen Journalisten und mit Kritikern aus der Bevölkerung gemacht, wenn diese nicht rasch genug das Weite suchen konnten. Der kleine Diktator von Kiew wird aber aufpassen müssen, daß ihm nicht eines Tages selbst der Prozeß gemacht wird, nämlich dann, wenn alle in der Ukraine erfahren, daß der Frieden im März 2022 zum Greifen nah war und er sich von seinen Auftraggebern in den USA und Großbritannien in die Eskalation des Krieges hetzen ließ. Hunderttausende Tote und viel Zerstörung hätten vermieden werden können und die Friedensbedingungen wären für die Ukraine bessere gewesen als jetzt.

Selenskyj wird zuschauen müssen, wie die imperialistischen Blöcke USA und Rußland über sein Schicksal und das der Ukraine entscheiden werden. Auch die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, hatte ihren unvermeidlichen Auftritt bei den Wirtschaftsbossen der Welt in Davos. Sie beteuerte wieder einmal quasi ewige Unterstützung für die ukrainische Kriegsführung. Ihr Pendant in der NATO, Generalsekretär Mark Rutte, wurde da vor kurzem schon deutlicher: Die NATO-Staaten müßten ihre Sozialausgaben zurückschrauben, um die Rüstungsbudgets erhöhen zu können. Wie lange man die

EU-Kommissionspräsidentin und ihre russophobe Außenkommissarin Kaja Kallas in Kiew noch mit Bussi-Bussi empfangen wird, wird die Zeit zeigen. Sie hatte der Ukraine den baldigen EU-Beitritt in Aussicht gestellt, den es zumindest in den nächsten zehn Jahren nicht geben wird (falls es dann noch die EU gibt). Selenskyj träumt immer noch vom NATO-Beitritt, den es auch nicht geben wird. Dafür wird es russische Bedingungen in den Friedensverhandlungen geben. Der aktuelle Kriegsverlauf spricht nicht dafür, daß die Ukraine in einer starken Verhandlungsposition sein wird. Die formelle Neutralität des Staates, der die Rest-Ukraine bilden wird, wird zu den unverrückbaren Forderungen Moskaus zählen.

Als die Ukraine sich als eigenständiger Staat nach dem Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion konstituierte, hatte sie mehr als 50 Millionen Einwohner und alle Möglichkeiten, sich zu einem prosperierenden Gemeinwesen zu entwickeln. Aus der Sowjetunion erbe man eine solide Industrie, es gibt fruchtbare Schwarzböden, die Schulden der UdSSR übernahm Rußland als Rechtsnachfolger, man hatte also ideale Startbedingungen.

Seither verteilten Oligarchen den Besitz des Volkes unter sich, der Westen unternahm mehrere Umsturzversuche. 2014 gelang der Putsch und man wurde zu einem Land, in dem seit 2014 ein Krieg gegen einen Teil der eigenen Bevölkerung geführt wurde. Jahrzehntlang bereiteten die Exilfaschisten in Kanada und anderswo die Banderisierung der Ukraine vor. Seit 2014 sind sie am Ziel. Barbarischer Nationalismus und Faschismus zerstörte den Vielvölkerstaat, etwa ein Drittel der Bevölkerung, das sich als Russen bezeichnet, wird seither verfolgt und drangsaliert. Russisch ist verboten, Denkmäler für Dichter und Befreier vom Faschismus werden abgerissen. Tausende Bandera-Statuen wurden im ganzen Land aufgestellt.

Nach elf Jahren Krieg leben Schätzungen zufolge gerade noch 18 Millionen Menschen im Land, und es ist kaputt auf lange Zeit. Endemische Korruption und eine politische Kaste, die in die eigenen Taschen wirtschaftet, werden das Land noch weiter nach unten ziehen. Retten könnte es eigentlich nur eine Revolution, die den einfachen Menschen zur Macht verhilft und das ganze Oligarchen- und Heuschreckengesindel vertreibt.

Redaktionell gekürzt

Quelle: Zeitung der Arbeit, Wien, 22.1.2025

Befördert das derzeitige militärische Kräfteverhältnis im Ukraine-Konflikt dessen Beendigung?

Für Friedensverhandlungen und eine europäische Sicherheitsstruktur

Jeffrey Sachs, ein Spezialist für Interessenpolitik von Staaten und Organisationen, führte sinngemäß aus, daß Trump den Konflikt in der Ukraine zeitnah beenden will (aber gleichzeitig auf die Linie Bidens einschwenkt, indem er Waffen nur gegen seltene Erden weiter liefern will – d. A.). Es liegt nicht im Interesse der trumpischen USA, die Ukraine ständig ohne Gegenleistung zu finanzieren. Das ist auch nicht im Interesse von fortschrittlichen Kräften der um ihre Existenz ringenden Ukraine und auch nicht einer zerstrittenen EU, weil sich dieser Konflikt, der bereits mehrmals hätte vermieden werden können (durch positive Reaktionen des Westens auf die Sicherheitsvorschläge der Russischen Föderation [RF] im Dezember 2021 und bei den Verhandlungen im April 2022 d. A.), tatsächlich in Richtung „bis zum letzten Ukrainer“ und viele tote Europäer bewegt. J. Sachs sieht das gebrochene Versprechen des kollektiven Westens, die NATO nicht nach Osten auszudehnen (auch der Ukraine und Georgien wurde 2008 die NATO-Aufnahme versprochen), als den Hauptgrund für die Entstehung des Ukraine-Konfliktes an, den der vernunftunfähige „tiefe Staat“ der USA trotz aller angemahnter Risiken, die sogar einen möglichen Kernwaffenkrieg einkalkulierten, anstrebte. Die Militär-, Rohstoff- und Energiemacht Rußland sollte als Konkurrent ausgeschaltet oder zumindest so stark geschwächt werden, daß die USA die Hände frei bekämen für den entscheidenden Kampf mit China um die Vorherrschaft in der Welt. Die EU hatte sich den US-Zielen gegen Rußland mehrheitlich unterworfen. Sie soll ihren Anteil zur militärischen-ökonomischen und finanziellen Unterstützung der Ukraine um mehr als das Doppelte erhöhen, ihre Wirtschaft militarisieren und teure Energieträger aus den USA kaufen, womit sich die Länder und Wirtschaften der EU weiter ruinieren würden. Diesen Entwicklungen könnten sich die EU-Länder nur entziehen, wenn sie ihre Souveränität wiederherstellen und eigene diplomatische Lösungen generieren und so schnell als möglich Verhandlungslösungen zur Beendigung des Konfliktes (noch vor einer bald eintretenden Niederlage der Ukraine und des Westens – d. A.) favorisieren würden, wozu sie derzeit noch nicht bereit sind. In dieser Situation haben Trump und Putin am 12.2.25 den gordischen Knoten

durchschlagen und mit Verhandlungen zur Beendigung des Ukraine-Konfliktes begonnen. Es sollen dabei bereits die ersten Pflöcke eingeschlagen worden sein, so die Nichtmitgliedschaft der Ukraine in der NATO, die Abgabe der selbstbestimmten und befreiten ehemaligen ukrainischen Territorien im Osten, Süden und Norden u.a.

Zum Kräfteverhältnis im Ukraine-Konflikt

Realistische Militäranalysten stellen fest, daß die Bevölkerung der Ukraine von 34 Millionen 2022 durch die Flüchtlingsströme und durch die Konfliktverluste auf 18 Millionen gesunken ist und wegen der zur Zeit stattfindenden RF-Offensiven weiter abnehmen wird. Die Bevölkerung Rußlands hingegen nahm durch Zuwanderung der Bewohner der neuen Territorien u. a. Flüchtlinge von 144 auf 156 Millionen zu. Die RF konnte in diesen Jahren ihre Wirtschaft auf den 4. Platz in der Welt vor Indien (H. Kujat) bringen, während das militärische Potential, aber auch das Wirtschaftspotential der Ukraine durch die gezielten und erfolgreichen Offensiven der RF stark eingeschränkt wurden und mehr denn je von den USA und der EU abhängen. Dank der Hilfen des kollektiven Westens im hochstelligen Milliardenbereich, so der Militäranalyst McGregor, beträgt die Personalstärke der Ukraine derzeit 980 000 Mann, während Rußland in der Ukraine nur 800 000 Mann einsetzen soll.

Zu den Mobilisierungspotentialen der Konfliktseiten

Die Ukraine hat durch die großen Verluste, die in letzter Zeit dem Verhältnis 1 : 5 zugunsten Rußlands entsprechen sollen, durch die 600 000 bis 700 000 ins Ausland geflüchteten Wehrpflichtigen, durch hunderttausende Fahnenflüchtige und Gefangene große Schwierigkeiten bei der Auffüllung der Truppen (Scott Ritter). So konnten statt der benötigten 500 000 nur 170 000, z. T. nur durch Zwangsmobilisierungen und durch drastische Absenkung der Gesundheitskriterien, rekrutiert werden. Die Ukraine, die ihre erfahrensten Soldaten und gut ausgerüsteten Reserveeinheiten in unsinnigen politisch motivierten Angriffshandlungen verschlissen hat, ist nun dabei, die letztmobilisierten und oft unwilligen Rekruten nach viel zu kurzer Ausbildung in die Fleischwölfe zu schicken, in denen sie in überdurchschnittlicher Anzahl vernichtet werden. Das hat einen negativen Einfluß auf die Moral der Truppe und der Bevölkerung. Die verstärkt

angeworbenen versöldnerten NATO-Soldaten sowie westliche Waffenspezialisten und andere Angeworbene werden durch die Streitkräfte der RF (RF-SK) als vorrangige zu vernichtende Ziele angesehen und als solche mit russischen Präzisionswaffen neutralisiert (so geschehen in den letzten zwei Monaten mit den Wohnheimen und Truppenansammlungen der Westlichen – USA, Frankreich, Polen und GB – auf ukrainischem und im Kursker Gebiet). Sollten die NATO oder einzelne NATO-Staaten Kampftruppen in die Ukraine entsenden, wird es ihnen ebenso ergehen. Das gleiche geschieht mit den vom Westen gelieferten Waffen und Munition jetzt schon auf deren Transport in die Ukraine, die meist über Polen und über Rumänien eingeschleust werden. Die Ukraine ist nicht mehr in der Lage, die verbliebenen Territorien zu halten und wird auch, trotz großer Gegenwehr durch die letzten „Eliteeinheiten“, die oft nur noch über weniger als 50 % ihrer Sollstärke verfügen, aus dem Kursker Gebiet vertrieben werden. Die Kriegsfraktion des Westens und Selenskyj sind dabei, selbst die 18-jährigen, die eigentlich die Hauptkräfte beim Wiederaufbau des Landes sein sollten, auch noch zu verheizen.

Rußland hingegen, welches Anfang Februar den Kriegszustand ausgerufen hat und sich an allen acht Fronten und in Kursk im Angriffsmodus befindet, außerdem auch noch die häufig stattfindenden ukrainischen Gegenangriffe pariert, führt keine Mobilisierungen durch, sondern schließt mit Freiwilligen Dienstverträge ab (allein im Herbst 2024 mit 500 000 Mann), was auf eine hohe Moral und großen Patriotismus in der Russischen Föderation hinweist. Die Zahl der russischen Gefangenen beträgt nur ein Bruchteil der ukrainischen. Die RF konnte in den letzten vier Monaten über 6000 km² in der Süd- und Ostukraine sowie ca. 700 km² des Kursker Gebiets befreien. Dennoch müssen mindestens noch 25 bis 35 % der bereits in die RF eingegliederten neuen Republiken dem nazistischen Regime entrissen werden, weshalb es Rußland nicht eilig hat, einem Waffenstillstand, der u.a. dazu genutzt werden könnte, die Ukraine wieder neu aufzurüsten, mit der unlegitimierten ukrainischen Führung zuzustimmen.

Militärtechnologien und Waffensysteme des Konfliktes

Es werden durch die besagten Experten bedeutende qualitative Unterschiede der Seiten bei der Effektivität der auf dem Gefechtsfeld angewendeten Militärtechnologien und

Waffen, bei der Ausbildung, bei der Strategie und Taktik, bei der logistischen Sicherstellung der jeweiligen Streitkräfte, bei der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Verbündeten und bei der Kampfmoral festgestellt.

Natürlich haben die personellen Verluste, die Fahnenflüchtigen und Gefangenen, der Grad der Zerstörungen im Land sowie die Haltung der Bevölkerungen ebenfalls großen Einfluß auf die militärischen Resultate und auf die Beendigung des Konflikts.

Das alles sind stark wirkende Komponenten des militärischen Kräfteverhältnisses in diesem Konflikt.

Nachfolgend steht die Frage, ob eine der Seiten des Konflikts über eine technologische Überlegenheit verfügt.

Drohnen- und Luftverteidigungstechnologien

Drohnen fanden ihren Einsatz zu Land, zur See und in der Luft. Die türkischen „Bayraktar-Drohnen“ auf ukrainischer Seite bestimmten am Anfang des Konfliktes das Gefechtsfeld. Deren Fähigkeiten und Einsatzgrundsätze wurden ständig für den Fronteinsatz (gläserne Front) bis hin zu den heutigen Massenangriffen zur Übersättigung der luftkosmischen Verteidigung der RF verbessert. In Kleinwerkstätten billig hergestellte Minidrohnen (mit Komponenten aus China und bei Anwendung von 3-D-Druckern) schränkten die Handlungen der gegnerischen Soldaten und den Einsatz der militärischen Großgeräte (Panzer, Mehrfachraketenwerfer, Artillerie u. a. Militärtechnik) stark ein. Im Frontbereich ist plötzlich alles sichtbar, und der massenhafte Einsatz von Soldaten und Waffen wird für den Gegner nur mit großen personellen und materiellen Verlusten möglich. Die türkischen Drohnen und die Echtzeitaufklärungsdaten der USA verwandelten die klassische Artillerie in Präzisionswaffen. Drohnen wurden zu Angriffs- und Verteidigungswaffen. Der Todesstreifen an der Front betrug 2023 10 km. Heute verfügen die modernen Drohnen über aktiven und passiven Schutz, den Störschutz eingeschlossen. Die RF führte zuerst glasfasergelenkte Drohnen im Frontbereich ein, wodurch diese kaum noch abgewehrt werden können. Die Ukraine zog nach. Auch die durch US-Starlink-Satelliten in Echtzeit gesteuerten Seedrohnen aus GB zeigten sich sehr effektiv und führten zu bedeutenden Verlusten und Einschränkungen der Schwarzmeerflotte der RF.

Die RF reagierte auf den für sie verlustreichen Drohnenkrieg in der Ukraine mit der Beschaffung und späteren Eigenproduktion von iranischen „Shahed“-Drohnen großer Reichweite und aktivem Gefechtskopf sowie mit verschiedenen Einsatzmöglichkeiten. Mit großer Geschwindigkeit und Professionalität holte die RF die Ukraine nicht nur ein, sondern kann neuerdings ein Mehrfaches an modernsten

satellitengesteuerten Aufklärungs- und Kampfdrohnen in Verbindung mit anderen nicht oder kaum bekämpfbaren Angriffsmitteln (Hyper- und Überschallraketen Oreschnik, Kinshal, Zirkon und Iskander) einsetzen, was bei der Vernichtung von wertvollen Zielen in der Ukraine (NATO-Stäbe, Truppenansammlungen, Energie- und Transportsysteme, Verteidigungsbetriebe u.a.) sichtbar wurde, wobei die führenden westlichen LV-Systeme Patriot und Iris überfordert waren und vielfach vernichtet wurden. Die RF erzielte auch Erfolge bei der Abwehr von Drohnenschwärmen und solchen in Verbindung mit den weitreichenden westlichen Raketen der Typen ATACAMS, ASSAMS, Storm Shadow u. a. Hierbei führte der Einsatz von bewährten Mitteln der luftkosmischen Verteidigung (S-400 und Panzir-S), aber auch durch bereits in die Truppe eingeführte qualitativ neue Komplexe S-500 (der zum Abschluß von IBR, Hyperschallflugkörpern und tieffliegenden Satelliten geeignet ist) und S-350 (zum Schutz von wertvollen Objekten) sowie von neuen und modernisierten Systemen des funkelektronischen Kampfes zu einer Abfang- oder Ablenkungsquote von Drohnen von 99 und bei den Präzisionsraketen, die bereits gründlich durch die RF ausgespäht wurden, von fast 93 %. Aus diesen Gründen haben die von der Ukraine propagandistisch „ausgewerteten“ Raketen- und Drohnenangriffe auf wertvolle Ziele in der RF (Betriebe des MIK, Objekte der Kernwaffentriade und auf Treibstoff- und Munitionslager, aber auch auf zivile Einrichtungen) nur geringe Auswirkungen, womit ihre Hauptziele, die Streitkräfte der RF zum Stillstand zu zwingen und militärisch und ökonomisch relevant zu schwächen, nicht erreicht wurden. Der RF ist es in nachgewiesener Weise gelungen, mit ihrer luftkosmischen Verteidigung auch Interkontinental- und Hyperschall-Raketen, aber auch einen großen Teil der Starlink-Komponenten abzuschießen oder außer Kraft zu setzen, wodurch es zu bedeutend geringeren Trefferquoten der ukrainischen SK kommt.

Ein großer Teil der hier angeführten Angriffsmittel sowie der Komplexe und Systeme der RF haben in der Welt keine Analoge.

Revolutionierung veralteter Militärtechnologien

Von besonderer Bedeutung für die RF-SK sind solche Fähigkeiten, die es gestatten, die jahrelang zu Festungen ausgebauten Gebiete in der Ukraine überwindbar zu machen.

Durch eine grundsätzliche Modernisierung gelang es, alte unlenkbare Fliegerbomben (FAB), die es in großer Anzahl in der RF gibt und die mit Flügeln, einem Selbstzielsuchsystem ausgestattet sind, mit geringsten Kosten zu modernen Gleitbomben zu machen. Die Flugzeuge MiG-31 und jetzt auch schon die Su-34, die

es in großen Stückzahlen gibt, wurden zu Trägern dieser Gleitbomben, die in einer so großen Entfernung vom Ziel ausgeklinkt werden (70 km), daß die LV-Mittel des Gegners den Träger nicht abschießen können. Der Einsatz dieses modernisierten Systems führte zur Effektivierung der Angriffstaktiken und machte, wie im Süden und Osten der Ukraine sichtbar, die Überwindung der Festungen und die Befreiung von Territorien möglich.

Modernisierungen, eingeleitet von Werksvertretern und Spezialisten vor Ort und mit großer Geschwindigkeit in den Verteidigungsbetrieben der RF umgesetzt, gab und gibt es für alle *Mehrfachwerfer*, darunter auch die der thermobaren TOC-Familie, mit immer größeren Reichweiten und Vernichtungswirkungen. Diese modernisierten Systeme sind dabei, die US-Himars-Systeme zu überholen. Auch der Hauptkampfpanzer der RF T-90 M wurde durch die grundsätzliche Ausrüstung mit neuen aktiven und passiven Schutzsystemen und selbst entwickelten Videosystemen zur Beobachtung des Gefechtsfeldes und zur Waffenlenkung zu einem Panzer, der seine Überlegenheit gegenüber den überschweren westlichen Modellen auf dem Gefechtsfeld nachgewiesen hat. Letzteres trifft auch für modernisierte Artilleriesysteme zu, die nun Echtzeitinformationen von eigenen Sputniks zur Verbesserung ihrer Trefferquote verwerten können.

Diese Modernisierungsmaßnahmen sind deshalb so erfolgreich, weil die Verteidigungsbetriebe der RF auch auf zuverlässige Komponenten ihrer Partnerländer (China, Iran und die DVRK) zugreifen können und dabei aber den Gesamtprozeß in ihrer Hand behalten. Damit ist der MIK der RF den Möglichkeiten des stark zerstörten MIK der Ukraine und den unregelmäßigen Zulieferungen für die vielen und unstandardisierten Waffen der Westlichen überlegen.

Resümee

Der Einsatz von modernen Drohnen, Hyperschallwaffen und modernsten Mitteln der Luftverteidigung sowie von immer wirksameren Mitteln des elektronischen Kampfes im Ukraine-Konflikt, der besonders durch die RF bestimmt wird, zeugt davon, daß sich die Kampfhandlungen generell verändern.

Die angeführten Fakten gestatten festzustellen, daß die RF mit den Erfolgen bei der Erfüllung ihrer Hauptaufgaben – *Entmilitarisierung und Entnazifizierung* – dabei ist, das Kräfteverhältnis im Ukraine-Konflikt so zu gestalten, daß sich auch das nazistische Regime in der Ukraine nicht von Verhandlungen zur Beendigung des Konfliktes und von der Errichtung einer neuen europäischen Sicherheitsordnung sowie von der Berücksichtigung der realen Lage lossagen kann.

Krieg um Bodenschätze der Ukraine hat begonnen

Trump erklärte, als gewählter Präsident der USA wolle er den Krieg in der Ukraine bereits 24 Stunden nach seinem Amtsantritt beenden. Dann wurde aus diesem Wahlversprechen die Absicht, dieses in 100 Tagen bewerkstelligen zu wollen. Nun fand er plötzlich nichts mehr dabei, den Ukraine-Krieg seines Vorgängers weiterzuführen, d. h. weiter große Mengen an Waffen zu liefern, kriegswichtige Dienstleistungen zu erbringen und zu finanzieren. Es scheint, daß der Krieg gegen Rußland für die USA und die Ukraine zu einem Krieg um die Ukraine, d. h. um deren Bodenschätze, wird. Hatten ihn eventuell die US-Necons, die europäischen Falken oder der unmandatierte Selenskij dazu überredet? Natürlich waren sie es auch, aber hauptsächlich waren es die Banken, der MIK und die US-Großkonzerne, die, aufgeschreckt durch die militärischen Erfolge der Russischen Föderation (RF) im Süden, Osten und Norden der Ukraine, ihre Felle – wertvolle Seltene Erden, strategisch wichtige Metalle und auch große Flächen an Schwarzerdeböden – davonschwimmen sahen. Dem „Dealmaker“ und Milliardär Trump machten die Oligarchen, besonders die, die ihn mit Wahlspenden unterstützt hatten, klar, daß es dort etwas zu holen gibt und zwar ohne US-Leben einsetzen zu müssen. Die USA müßten, der winkenden Profite wegen, die Chance – Zugriff und Kontrolle über die Mineral- und Rohstoffe der Ukraine auch nach Kriegsende zu haben, was auch die EU-Staaten anstreben – nutzen und so schnell wie möglich entsprechende Abkommen mit der Ukraine abschließen, aber auch mit weiteren „Hilfsleistungen“ den weiteren Vormarsch der RF aufhalten.

Mit den Abkommen könnte der Ukraine die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre Kriegsschulden bei den USA zu begleichen und auch die Mittel für den Wiederaufbau des Landes zu generieren.

Die Zeit drängt, denn der russische Vormarsch konnte bisher, trotz der erhöhten Waffenlieferungen und anderer militärischer und ziviler „Hilfen“, nicht aufgehalten, höchstens etwas verlangsamt werden. Den Westlichen und der Ukraine droht in absehbarer Zeit eine unvorteilhafte Beendigung des Krieges, der bereits über zwei Millionen Tote gefordert haben soll (Scott Ritter).

Trump, der den US-Amerikanern nach dem Fiasko in Afghanistan und aus Gründen des internationalen Imageverlusts seines Landes, keine weitere Niederlage zuzumuten und seine Kräfte auf den Hauptkonkurrenten – China – konzentrieren will, ist dadurch gezwungen, mit Rußland schnellstmöglich einen Deal zur

Beendigung des Konfliktes abzuschließen und gleichzeitig für seine Auftraggeber zu retten, was noch zu retten ist.

Gezwungenermaßen wird es bei den plötzlich begonnenen Verhandlungen (Information vom 12.2.25 durch Trump und Putin) zwischen den USA und der RF zur Beendigung des Ukraine-Krieges, auch zu einer Aufteilung der wertvollen Mineralien und Rohstoffe der Ukraine kommen. Aus letzterem Grund sehen die EU-Staaten die Frage der Bodenschätze der Ukraine sogar als Hauptgrund für den Ukraine-Krieg an und wollen u.a. auch deshalb in die Verhandlungen zur Beendigung des Ukraine-



Kaolin-Mine in Mushiewo, Ukraine. Außerdem Vorkommen von Gold, Silber und Zink

Konflikts einbezogen werden.

Die wichtigsten der vorkommenden Titan-, Mangan- und Uranerze der Ukraine nehmen Platz eins oder zwei in Europa ein, einige weitere Bodenschätze haben Weltbedeutung. Ukraine besitzt die größten Lithiumvorkommen Europas in vier Lagerstätten. Davon liegen zwei im Frontbereich (Saporischschja und Scheftschenko) und sind z. T. bereits in russischer Hand, während zwei weitere westlich von Dnipro und im Gebiet Schitomir liegen.

Es gibt aber bisher keine industrielle Ausbeutung der Bodenschätze. Das Erschließen der Lagerstätten kann 15 bis 18 Jahre in Anspruch nehmen und erfordert großen Kapitaleinsatz.

China und Australien haben 2021 Abbaulizenzen bei der ukrainischen Regierung beantragt. Aber schon 2011 kam es zu einem Abkommen über die Zusammenarbeit und 2021 zu einer strategischen Partnerschaft in der „Rohstoffwirtschaft“ zwischen der EU und der Ukraine. In den folgenden Jahren konnten 117 der 120 meist genutzten Bodenschätze vor Ort geortet werden.

Die EU hatte zwar bereits ihre Hände vor dem Maidan auf die ukrainischen Bodenschätze gelegt, die USA dagegen meinten, durch den Maidan Nägel mit Köpfen gemacht zu haben. Beide hatten aber ihre Rechnung ohne die RF gemacht.

Die USA schickten 2024, quasi als Gesandte der „Vereinigten Partei des Tiefen Staates“, Blumberg von den Demokraten und Graham von den Republikanern gleich zweimal zum Thema „Seltene Erden“ zu Wladimir Selenskij. Am 10. Juni bezeichnete dann Graham die Ukraine als eine „Goldmine“ und äußerte dazu: „Die in der Ukraine sitzen auf kritisch wichtigen Mineralien im Wert von zehn bis zwölf Billionen US-Dollar. Ich möchte dieses Geld und diese Vermögenswerte nicht Putin überlassen, damit er sie mit China teilt!“ Der Konkurrenzkampf mit China, das über die weltweit größten Reserven an Seltenerdmetallen verfügt, wodurch Peking nicht

nur die Produktion, sondern auch die Preise für diese kritisch wichtigen Rohstoffe für die Rüstungsindustrie kontrollieren kann, ist eine Top-Priorität für die Vereinigten Staaten. Lagerstätten der Ukraine fungieren in diesem Zusammenhang als Gegengewicht. Und bereits im Jahr 2022 bezeichnete die *Washington Post* den Konflikt in der Ukraine als „einen Kampf um die wertvollen Bodenschätze des Landes, mit denen man das Überleben der USA gewährleisten könnte“.

De facto führen die USA und auch die EU bereits Krieg um die Ukraine. Es kann kaum einem Zufall zugeschrieben

werden, daß Trump das Gespräch von Kriegshilfen für das Kiewer Regime im Austausch für ukrainische Seltene Erden an die Öffentlichkeit brachte, als russische Truppen sich den Grenzen des Gebietes Dnjepropetrowsk näherten, wo sich, wie in den jetzigen Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die größten Reserven an Lithium, Titan, Beryllium sowie Zirkonium und Tantal befinden.

Und wenn das so ist, erscheinen die Berichte über eine Wiederaufnahme der Waffenlieferungen im großen Stil an Selenskij durch die Trumpsche Administration durchaus logisch. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile könnte die neue Trump-Regierung durchaus zu dem Schluß kommen, daß Kontinuität mit dem Vorgänger zumindest in manchen Bereichen völlig akzeptabel ist. Etwa bei der Frage, wie man durch die Gewinnung teurer Bodenschätze im Ausland mit fremden Händen mehrere Billionen US-Dollar verdienen kann und das unter Vergießen fremden Blutes.

Dr. h.c. Gerhard Giese

gestützt auf einen Beitrag von Valentin Bogdanow, Leiter des Büros der russischen Mediaholding WGRK in New York, sowie auf einen Artikel von Reinhard Lauterbach in der jungen Welt vom 23./24.3. 24 zum Thema „Ressourcenkrieg Ukraine“

Schüsse ins eigene Knie

Manfreds Buch über Sanktionen erscheint für Scholz, Baerbock, Habeck oder von der Leyen zu spät

Im Vorwort zu seinem Buch „Die Sanktionsmaschine. Eine Einführung“ erinnert Ökonom Manfred Sohn an die Rede, die Sahra Wagenknecht am 8. September 2022 im Bundestag hielt. Sie erklärte u. a.: „Wir haben wirklich die dümmste Regierung in Europa, wenn man sich das anguckt. Aber nicht nur, daß Sie zu feige sind, sich mit den Krisengewinnern anzulegen, das größte Problem ist ihre grandiose Idee, einen beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen unseren wichtigsten Energielieferanten vom Zaun zu brechen.“ Ersatz habe Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bei amerikanischen Frackinganbietern gefunden, „die aktuell 200 Millionen Euro Gewinn mit jedem einzelnen Tanker machen!“ Bereits das Wort „Wirtschaftskrieg“ hatte zu Tumult bei den Kriegsfraktionen im Plenum geführt, Zuruf der Grünen Katrin Göring-Eckardt: „Putins langer Arm.“ Die Linke-Parteiführung mißbilligte die Rede.

Sohn will mit seiner „Einführung“ in die Sanktionsproblematik einen Beitrag zu deren Analyse und Diskussion leisten. Er tut das in sieben Kapiteln, von denen sich fünf der Geschichte von Sanktionen im Zeitalter des Imperialismus widmen. Zwei befassen sich mit den Rückwirkungen der antirussischen Sanktionen seit Februar 2022 auf die BRD, wobei das abschließende „Das Zerschlagen der Sanktionsmaschine“ verkündet. Gleich im ersten Kapitel, das sich mit Sanktionen im

Ersten Weltkrieg beschäftigt, findet sich ein Fazit der Abhandlung. Es stammt aus einer Besprechung des Anfang 2022 erschienenen Buches „Die ökonomische Waffe – der Aufstieg der Sanktionen als ein Mittel des modernen Krieges“ des US-Historikers Nicholas Mulder im britischen *Economist*: „Sanktionen hätten meistens nicht das bewirkt, was ihre Schöpfer damit beabsichtigten, und sie hätten oft unbeabsichtigte Konsequenzen. Meistens würden sie, Öl ins Feuer gießen“.

Sanktionen tauchen mit dem Imperialismus auf. In agrarisch oder handwerklich geprägten Gesellschaften waren Blockaden der gesamten Wirtschaft eines Landes oder einer Region sinnlos. Im Ersten Weltkrieg aber hielten die Regierungen in London, Paris und Washington die Sanktionen gegen Deutschland und Österreich-Ungarn für erfolgreich und versuchten daher auch, mit ihrer Hilfe die sozialistischen Revolutionen in Rußland und Ungarn wirtschaftlich zu erdrosseln. Noch in die UN-Charta wurde mit Artikel 41 eine Bestimmung aufgenommen, unter welchen Voraussetzungen wirtschaftliche Sanktion völkerrechtskonform sind. Die einseitig verhängten Sanktionen des Westens gegen Rußland sind es nicht. Gleiches gilt für die Blockade der USA gegen Kuba und die der EU etwa gegen Syrien. Das Datum des 24. Februar 2022 ist jedoch nach Sohn „der Beginn einer historischen noch nie dagewesenen Sanktionsorgie

der in der NATO und der EU zusammengesetzten Staaten“. Am 24. Februar 2025 sollte nun das 16. „Sanktionspaket“ der EU beschlossen werden, bis Ende 2023 waren es rund 15000 Einzelsanktionen.

Laut Sohn ist die westliche Strategie „in allen ihren Kernerwartungen gescheitert“: Erstens stürzte der Rubel nicht ab, war die Abkopplung von russischem Öl und Gas ein Schuß ins eigene Knie. Das Embargo auf modernste technische Geräte wurde von anderen Ländern, allen voran China, ausgeglichen. Damit nicht genug: Die Talfahrt der deutschen Wirtschaft ist durch den Wirtschaftskrieg gegen Rußland mit verursacht. Der Wirtschaftskrieg nach außen hat sich wieder einmal in einen nach innen verwandelt. Der Autor weist aber darauf hin, daß die USA nie so scharfe Sanktionen erlassen haben wie die EU. Deren Strategien haben, das zeigt sich nicht erst durch Trump, mit ihrer Ruinierungspolitik auf das falsche Pferd gesetzt. Etwas historische Kenntnisse, wie Sohn sie zusammengetragen hat, hätten das verhindern können. Geschichtsvergessenheit ist aber erste Voraussetzung dummer imperialistischer Politik.

Arnold Schölzel

Manfred Sohn: Die Sanktionsmaschine. Eine Einführung. Mangroven-Verlag, Kassel 2024, 132 Seiten, 25 Euro

Neues syrisches Regime verbietet kommunistische Parteien

Nachdem die islamistischen Rebellen im Dezember die Macht in Syrien übernommen haben, setzen sie ihren Kurs der Machtsicherung mit repressiven Maßnahmen fort. Der jüngste Schritt der neuen Regierung bestand darin, sowohl die ehemals regierende Baath-Partei als auch die kommunistischen Parteien des Landes zu verbieten.

Unter der Herrschaft des ehemaligen Präsidenten Baschar al-Assad wurde Syrien von der Baath-Partei durch die Nationale Fortschrittsfront regiert, der auch die beiden kommunistischen Parteien des Landes angehörten. Diese politische Allianz wurde nun vollständig aufgelöst, und alle beteiligten Parteien wurden nicht nur verboten,

sondern auch daran gehindert, unter einem anderen Namen erneut aufzutreten.

Doch die Verbote beschränken sich nicht nur auf politische Parteien. Eine Reihe von Gewerkschaften, die in Verbindung zur Baath-Partei standen, wurde ebenfalls aufgelöst. Dies stellt einen schweren Schlag für die Arbeiterklasse des Landes dar, die mit diesem Schritt ihrer organisatorischen und politischen Vertretung beraubt wurde. Während die islamistischen Rebellen ihre Kontrolle über das Land ausbauen, wird immer deutlicher, daß ihr Regime autoritär und repressiv agiert. Das Verbot sowohl der kommunistischen Parteien als auch der Gewerkschaften offenbart den reaktionären Charakter der neuen Herrschaft.

Die Maßnahmen dienen in erster Linie dazu, die Arbeiterklasse zu schwächen und die Machtverhältnisse zugunsten wirtschaftlicher und ideologischer Eliten zu stabilisieren.

Die syrische Bevölkerung, die sich bereits seit Jahren in einer humanitären Krise befindet, wird nun mit einer weiteren Einschränkung ihrer politischen und sozialen Rechte konfrontiert. Die jüngsten Entwicklungen lassen wenig Hoffnung auf eine Demokratisierung des Landes zu und deuten vielmehr auf eine Fortsetzung der Unterdrückung hin – lediglich unter neuer Flagge und mit anderen Akteuren an der Spitze.

Quelle: ZdA, Wien, 1.2.2025

Trumps Gaza-Plan: Die „Riviera im Nahen Osten“ – Imperialismus at work

Die jüngsten Aussagen von Donald Trump zur Zukunft des Gazastreifens sorgen weltweit für Empörung. In einer beispiellosen Machtdemonstration kündigte der US-Präsident an, rund zwei Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser aus Gaza in Nachbarstaaten wie Jordanien und Ägypten abzuschicken. Dabei ignoriert er vollkommen, daß es sich hierbei um eine illegale erzwungene Vertreibung handeln würde, die internationales Recht verletzt. Sowohl Jordanien als auch Ägypten haben diesen Vorschlag unmißverständlich zurückgewiesen. Dennoch behauptet Trump weiterhin, daß sich die arabischen Staaten letztlich fügen würden. Palästinensische Vertreter weisen zu recht darauf hin, daß eine Umsiedlung der Bevölkerung Gazas nicht nur ein humanitäres Desaster darstellen, sondern auch dem historischen Unrecht der Nakba von 1948 eine weitere Katastrophe hinzufügen würde. Der palästinensische UN-Vertreter Rijad Mansur machte ironisch deutlich, daß

wenn Trump wirklich nach „schöneren Orten“ für die Palästinenser suche, er ihnen doch die Rückkehr in ihre 1948 verlorenen Heimatstädte in Israel ermöglichen solle. Besonders alarmierend ist Trumps Bereitschaft, eine militärische Besatzung Gazas nicht auszuschließen. Während er stets betont hatte, US-Truppen aus dem Ausland abzuziehen, scheint eine militärische „Befriedung“ des Gazastreifens durchaus im Bereich des Möglichen. Er stellte in Aussicht, den Küstenstreifen nach den massiven Zerstörungen durch den Krieg abzureißen, einzuebnen und dann wirtschaftlich zu entwickeln. Die Frage, auf welcher rechtlichen Grundlage die USA dieses Gebiet besetzen würden, bleibt unbeantwortet. Ein UN-Mandat erscheint ausgeschlossen, da unter anderem Rußland und China kaum zustimmen würden. Ein solcher Schritt wäre nicht nur eine Verletzung des Völkerrechts, sondern würde die ohnehin schon explosive Lage im Nahen Osten weiter destabilisieren. Das Szenario

einer amerikanischen Militärpräsenz in Gaza würde die gesamte Region in neue Konflikte stürzen und eine erneute Eskalation unvermeidbar machen. Während Trumps Verbündete seinen Vorstoß als visionär feiern, sieht die Realität anders aus: Sein Plan ist nichts anderes als eine imperialistische Machtdemonstration, die darauf abzielt, ein seit Jahrzehnten leidendes Volk weiter zu entrechten und den Einfluß der USA in dieser Region zu stärken. Wer Gaza wirklich stabilisieren und aufbauen will, muß die Palästinenserinnen und Palästinenser als gleichwertige Akteure behandeln und nicht als Hindernis für wirtschaftliche Ambitionen oder geopolitische Machtspiele. Die Zukunft Gazas darf nicht durch die Interessen eines US-Präsidenten diktiert werden, sondern muß in den Händen des palästinensischen Volkes liegen.

PdA

*Redaktionell gekürzt
Zeitung der Arbeit, Wien, 5.2.2025*

Ist Netanjahu ein Kriegsverbrecher?

Der erfahrene Sicherheitsstratege Jacques Baud hat ein voluminöses und sehr detailliertes Buch über die gesamte Geschichte des Palästina-Israel-Konfliktes verfaßt. Er thematisiert die absoluten Ansprüche der israelischen Zionisten, die sich auf die Bibel, aber auf keine einzige der unzähligen UN-Resolutionen berufen, bis zu den aktuellen Ansprüchen mancher rechtsradikaler bzw. faschistoider Minister, welche die „From the river to the sea“-Parole verbreiten. Damit wird das Existenzrecht des arabischen Volkes von Palästina in Abrede gestellt. Obwohl die Sowjetunion „eine der glühendsten Vertreterinnen der Schaffung eines jüdischen Staates“ war und „die CIA vor der Annahme des Teilungsplans“ wegen der daraus resultierenden Gewalt warnte, positionierte sich die israelische Führung im Rahmen des entstandenen West-Ost-Konfliktes auf die Seite des Westens. Nach Einschätzung der CIA würden sich die Zionisten mit dieser Teilung nicht zufriedengeben. Sie werden „den gesamten Negev, Westgaliläa, die Stadt Jerusalem und letztlich ganz Palästina“ anektieren. „Die Extremisten werden nicht nur ganz Palästina, sondern auch Transjordanien beanspruchen“. Infolge dessen werde es zum Chaos kommen. „Die Araber wird man der Aggression bezichtigen, egal wie die wahren Umstände auch sein mögen“. Von Dezember 1947 bis Ende 1948 haben die jüdischen Gruppierungen mit Waffengewalt „etwa 80

Prozent des Landes erobert“ und Haifa, Tiberias, Jaffa und Safad „fast völlig von seinen arabischen Bewohnern gesäubert“. Die israelische Besatzungspolitik wird in einem von der UNO beauftragten Gutachten vom März 2017 als „Apartheid“ bezeichnet. „Israel hat ein Apartheid-Regime eingerichtet, welches das palästinensische Volk als Ganzes dominiert“. Auf 44 Seiten behandelt der Autor die Unterdrückung des palästinensischen Widerstands durch Israel. Die Geschichte, die zahlreichen Widerstandsgruppierungen und die israelische Besatzungspolitik in Gaza wird sehr ausführlich auf über 260 Seiten dargestellt. Gaza sei nicht nur seit dem Altertum Heimat der Palästinenser, sondern dort fanden die Überlebenden der Nakba (Katastrophe) von 1948 Zuflucht. Den Terrorakt des 7. Oktobers 2023 auf das Kibbuzim Be'eri, wobei nach israelischen Angaben etwa 1200 Menschen getötet, 4100 verletzt und etwa 240 Geiseln genommen wurden, wird nicht nur von ihm, sondern auch von der in Jerusalem lebenden Professorin Helga Baumgarten als „Gefängnisausbruch“ (*junge Welt*, 15./16.6.2024) eingestuft. Als Sicherheitsexperte hat Jacques Baud keinen Zweifel daran, daß der israelische Sicherheitsapparat und Regierungsstellen von dem Überfall vom 7. Oktober 2023 gewußt haben. Dabei beruft er sich u.a. auf die Ergebnisse der Recherchen von dem US-Investigativ-Reporter Seymour

Hersh, veröffentlicht am 9. Oktober 2023 in der New York Times. Dort wird berichtet, daß die israelischen Sicherheitsstellen schon 2022 ein 40-seitiges Dokument vorgelegt hatten, in der „alle Einzelheiten der Planung der Hamas“ beschrieben sind. In diesem Dokument wird eindringlich auf „eine explosive Stimmung“ im Ort des Geschehens hingewiesen. Hervorzuheben ist, daß sich dort „das Hauptquartier der Division Gaza“ der israelischen Armee befindet, die alles genauestens beobachtet. In der Nacht vom 27. zum 28. Oktober 2023 begann die israelische Armee mit ihrem Krieg gegen Gaza. Die Hamas ist inzwischen faktisch enthaupet. Gaza ist zum größten Teil zerstört, ca. 50 000 Menschen sind bis jetzt getötet worden und Tausende werden vermißt. Israel setzte seine Strategie, Tod durch Hunger, um. Wegen dieser barbarischen Kriegsführung gegen und Kriegsverbrechen an den Palästinensern hat der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag am 21. November 2024 gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu und den damaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant einen internationalen Haftbefehl erlassen.

Dr. Matin Baraki

Jacques Baud: Die Niederlage des Siegers – der Hamas-Angriff – Hintergründe und Folgen, Neu-Isenburg, 2024, 483 S.

Marokko – Schlupfloch im Zollkrieg?

Mit Trumps Amtsantritt beginnen die USA, den Druck auf afrikanische Länder zu erhöhen, auch wenn vorerst „landgrabbing“ andernorts Priorität hat. Das US-Gesetz AGOA, das zollfreien Einfuhr erlaubt, läuft in diesem Jahr aus. Dem US-Kongreß liegt zwar ein Antrag vor, das Gesetz bis ins Jahr 2041 zu verlängern, man darf aber durchaus davon ausgehen, daß dieses Gesetz in Verhandlungen mit der Afrikanischen Union als Druckmittel insbesondere gegen Kenia und Äthiopien – die größten Nutznießer – eingesetzt werden wird.

Praktiziert wird das bereits gegenüber der Demokratischen Republik Kongo: Das kongolesische Audit der chinesischen Bergbau-Investitionen reichte nicht. Das seit Juli 2023 vom Republikaner Chris Smith in den Kongreß eingebrachte US-Gesetz gegen den Zugriff Chinas auf die kongolesischen Mineralien könnte über Sanktionsdrohungen möglicherweise den afrikanischen Kontinent in den bislang verdeckten Wirtschaftskrieg hineinziehen.

Doch so einfach wird es nicht für Trump werden. So berichtete *Africa Intelligence*, daß der Satelliten-Gigant des Trump-Vertrauten Elon Musk, Space X, „auf große Hindernisse und auf eine Front lokaler

Telefongesellschaften“ stoße, um den Server „Starlink“ auf dem Kontinent zu verbreiten.

Aus Südafrika kommt kräftiger Gegenwind: Trump drohte Anfang Februar Südafrika mit Einstellung der Hilfszahlungen (z.B. 2004 bis 2022 7,25 Mrd. Dollar gegen AIDS), nachdem das Bodenreform-Gesetz mit Entschädigung ohne Entschädigung erlassen wurde. Südafrika weist selbstbewußt Trumps Drohungen zurück: „Wenn (die USA) uns kein Geld geben, sollten wir ihnen auch keine Mineralien geben“, sagte am 2. Februar Südafrikas Bodenschätze-Minister Gwede Mantashe in Cape Town am Rande der „Mining Indaba“, der größten Bergwerks-Konferenz Afrikas. Zum Beispiel Platin: So beträgt Südafrikas Anteil am Export in die USA 36,5 Prozent.

In Marokko greift Unsicherheit um sich, wie *Le Monde Afrique* am 3. Februar berichtete. Wie im Kongo mit Coltan will Washington nun die Konditionen bezüglich des zollfreien Exports chinesischer Batterien auf den amerikanischen Markt ändern. Denn Marokko ist das einzige afrikanische Land, das mit den USA ein Freihandelsabkommen hat. Marokko als „Einfallstor“ in den amerikanischen Markt spielt eine bedeutende Rolle in der sanktionssicher scheinenden

Lieferkette zur Elektro-Mobilität. Der Automobil-Gigant Byd zögert noch, eine Fabrik zum Bau von Elektro-Bussen zu bauen. „Chinesische Firmen wollen in Marokko von den US-Subventionen für Elektrofahrzeuge profitieren“, schrieb *Africanews*. Rund zehn Milliarden US-Dollar haben chinesische Unternehmen in den wachsenden marokkanischen EV-Sektor investiert, vor allem in die Produktion von Batterien und ihrer Komponenten.

In Marokko hat sich in den letzten 10 Jahren eine mächtige Automobilindustrie etabliert, mit Renault als Marktführer. Als Standort hat es Südafrika überholt, was den Ausstoß an Kraftfahrzeugen betrifft: 614 000 zu 591 000 im Jahr 2024. Das nordafrikanische Königreich liefert dank eines Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union mehr Autos nach Europa als China, Indien oder Japan und verfügt über eine Produktionskapazität von 700 000 Fahrzeugen pro Jahr. Mehr als 250 Unternehmen, die Autos oder deren Komponenten herstellen, sind derzeit in Marokko tätig, wo die Autoindustrie mittlerweile 22 % des Bruttoinlandsprodukts und 14 Milliarden US-Dollar an Exporten ausmacht.

Georges Hallermayer

Kongo: Hintergrund des Krieges ist der Kampf um strategische Bodenschätze

Wenn es darum geht, ihre Rohstoffinteressen zu sichern, hebt die Europäische Union gern die Bedeutung des eigenen Tuns für das Wohl der Menschheit hervor. Schließlich agiert man wertegelitet. Entsprechend gab Jutta Urpilainen, damals noch EU-Kommissarin für internationale Partnerschaften, am 19. Februar des vergangenen Jahres zu Protokoll: „Es geht nicht nur um Handel und Investitionen; es geht um den Planeten und die Menschen, die von einer nachhaltigen, transparenten und widerstandsfähigen Wertschöpfungskette wichtiger Rohstoffe profitieren werden.“ Der Anlaß der warmen Worte: Die finnische Sozialdemokratin hatte gemeinsam mit dem ruandischen Außenminister Vincent Biruta gerade eine Absichtserklärung zur Unterstützung des Ausbaus der Förderung und Weiterverarbeitung seltener Rohstoffe in dem ostafrikanischen Land unterzeichnet. Das EU-nahe Nachrichtenportal European Interest wußte damals zu berichten, worauf genau sich das Augenmerk Brüssels richte. Ruanda sei ein „wichtiger Akteur bei der Förderung von Tantal“, hieß es in der Meldung zur Unterzeichnung des Abkommens.

Tantal wird aus Coltan gewonnen und hat enorme Bedeutung für Elektromobilität und Energiewende. Das relativ kleine Ruanda verfügt über eigene Vorkommen des Rohstoffs, weitaus größere Reserven lagern jedoch jenseits seiner Grenze im Osten der Demokratischen Republik Kongo, wo das ruandische Militär gemeinsam mit seiner Proxymiliz „M 23“ gerade größere Gebiete erobert.

Die Wahrheit hinter den PR-Nebelkerzen von Kooperation und Nachhaltigkeit ist, daß im Osten der Demokratischen Republik Kongo ein brutaler Krieg um Rohstoffe von globaler Bedeutung tobt. Derzeit sind die USA und China die Hauptabnehmer der Ressourcen. Ruanda gilt als verlässlicher Partner des Westens und unterhält bereits eine Militärmission in Mosambik, deren Hauptaspekt die Sicherung einer gigantischen Erdgasförderanlage des französischen Konzerns Total ist. Die Regierung von Präsident Paul Kagame hat sich also bewährt und unverzichtbar gemacht. Es liegt auf der Hand, daß ein stärkerer Zugriff Kigalis auf die Rohstoffe im Kongo den westlichen Ökonomien im Wettstreit mit China in die

Hände spielen würde. Entsprechend wird der Angriffskrieg auch höchstens halbgar kritisiert, obwohl spätestens seit dem vergangenen Jahr durch UN-Berichte verbrieft ist, daß Ruanda nicht nur „M 23“ bewaffnet und steuert, sondern auch mindestens 3000 reguläre Soldaten im Nachbarland hat. Deren Zahl wurde zuletzt noch erhöht.

Vor dem Hintergrund des globalen Kampfes um Rohstoffe ist auch der Konfrontationskurs Kigalis gegen Südafrika zu verstehen. Die Regionalmacht an der Südspitze Afrikas unterhält als Mitglied des BRICS-Bündnisses enge Kontakte zu Beijing. Daß während der Offensive auf die ostkongolesische Provinzhauptstadt Goma auch 14 südafrikanische Soldaten getötet wurden, dürfte daher zumindest in Pretoria als bewußte Attacke gewertet werden. Und wenn Ruanda sich zu einer solchen Konfrontation befähigt fühlt, deutet das wiederum darauf hin, daß es mächtige Unterstützer hat.

Christian Selz, Kapstadt

Redaktionell gekürzt
Aus: jW, 3.2.2025

Rosa Luxemburgs Heiterkeit in Kriegszeiten

Mitten im Ersten Weltkrieg schreibt Rosa Luxemburg am 26. Januar 1917 an ihre Freundin Luise Kautsky:

„Dir ist wohl jetzt die Lust zur Musik wie zu allem für eine ganze Weile vergangen, Dein Kopf ist voller Sorgen um die schiefgehende Weltgeschichte und Dein Herz voller Seufzer um die Erbärmlichkeit der Scheidemann & Gen.¹ Und jeder, der mir schreibt, stöhnt und seufzt gleichfalls. Ich finde nichts lächerlicher als das. Begreifst Du denn nicht, daß der allgemeine Dalles viel zu groß ist, um über ihn zu stöhnen?

Ich kann mich grämen, wenn mir die Mimi² krank wird oder wenn Dir etwas fehlt. Aber wenn die gesamte Welt aus den Fugen geht, dann suche ich nur zu begreifen, was und weshalb es passiert ist, und hab' ich meine Pflicht getan, dann bin ich weiter ruhig und guter Dinge. Ultra posse nemo obligatur.³ Und dann bleibt mir noch alles, was mich sonst erfreute: Musik und Malerei und Wolken und das Botanisieren im Frühling und gute Bücher und Mimi und Du und noch manches – kurz, ich bin steinreich und gedanke, es bis zum Schluß zu bleiben. Dieses völlige Aufgehen im Jammer des Tages ist mir überhaupt unbegreiflich und unerträglich. Schau zum Beispiel, wie ein Goethe mit kühler Gelassenheit über den Dingen stand. Denk doch, was er erleben mußte: die Große Französische Revolution, die doch aus der Nähe gesehen sicher wie eine blutige und völlig zwecklose Farce sich ausnahm, und dann von 1793 bis 1815 eine ununterbrochene Kette von Kriegen, wo die Welt wiederum wie ein losgelassenes Irrenhaus aussah. Und wie ruhig, mit welchem geistigen Gleichgewicht trieb er gleichzeitig seine Studien über die Metamorphose der Pflanzen, über Farbenlehre, über tausend Dinge. Ich verlange nicht, daß Du wie Goethe dichtetest, aber seine Lebensauffassung – den Universalismus der Interessen, die innere Harmonie – kann sich jeder anschaffen oder wenigstens anstreben. Und wenn Du etwa sagst: Goethe war eben kein politischer Kämpfer, so meine ich: Ein Kämpfer muß erst recht über den Dingen zu stehen suchen, sonst versinkt er mit der Nase in jedem Quark – freilich denke ich an einen Kämpfer größeren Stils, nicht an ein Wetterfännlein vom Kaliber der ‚großen Männer‘ von Eurer Tafelrunde,⁴ die mir neulich einen Kartenruß hierher geschickt hat. [...]“⁵

In Verwahrung

Rosa Luxemburg (geboren 1871 in Russisch-Polen) schrieb den Brief, aus dem obiger Auszug stammt, in einem deutschen Gefängnis. Nach Verbüßung einer Haftstrafe wegen ihrer sozialistischen und pazifistischen Arbeit war sie nicht entlassen,

sondern in „militärische Sicherheitshaft“ genommen worden.

Deswegen saß sie zuerst in Berlin im Polizeigefängnis am Alexanderplatz, dann im Frauengefängnis an der Barnimstraße und war schließlich in Posen in der Festung Wronke eingekerkert, wo sie den langen Brief an „Lulu, geliebte!“ verfaßte. Später wurde sie nach Breslau verschoben. Von dort befreite sie die November-Revolution 1918. Bis zu ihrer Ermordung durch Mitglieder der Freikorps hatte sie noch ungefähr zwei Monate zu leben.

Abwehr

Luxemburg hatte in freier Wahl und aus Prinzipientreue auf eine bürgerliche Berufskarriere, ein angenehmes Leben und sogar auf ihre physische Freiheit verzichtet. Ausgerechnet sie verteidigt nun aber das individuelle, private Glück. Wie paßt das zusammen? Ein Stück weit spricht sie zu sich selbst und betreibt Abwehr, denn Depressionen waren ihr nicht fremd. Auch in diesem Brief an Luise Kautsky erwähnt sie „eine kurze Periode erbärmlicher Feigheit“, in der sie sich „winzig und schwach“ gefühlt und sehnsüchtig auf „einen herzhaften, warmen Brief“ aus ihrem Freundeskreis gewartet habe. Sie wartete vergeblich. „So schnellte ich denn, wie stets, von selbst wieder in die Höhe, und es ist gut so.“⁶

Größenverhältnisse

Wer indes aus der zitierten Briefstelle nur die Abwehr dunkler Seelenmächte herausläse, würde Luxemburg unterschätzen. Zentral scheint mir der Satz: „Begreifst Du denn nicht, daß der allgemeine Dalles viel zu groß ist, um über ihn zu stöhnen?“ Das jiddische Wort „Dalles“ steht für Not, Elend, Katastrophe und könnte eine (unbewußte?) Erinnerung sein an den jüdischen Imperativ zur Verbesserung der Welt, damit der Messias komme. Jedenfalls impliziert der Satz eine Vorstellung von Größenverhältnissen. Das große Allgemeine, Gesellschaftliche und Schicksalshafte steht dem kleinen Individuum gegenüber. Das scheint uns Heutigen, die wir stark vom Narzissmus geprägt sind, eine Vorstellung zu sein, die aus der Zeit gefallen ist. Sie beruht bei Luxemburg auf einem Glauben, der uns abhandengekommen ist, dem Glauben an „die objektive Logik der Geschichte, die ihr Werk der Aufklärung und Differenzierung unermüdlich vollzieht“.⁷

Handeln aus innerer Freiheit

Gar nicht aus der Zeit gefallen ist dagegen Luxemburgs stoisch-revolutionäre Grundhaltung. „Und vor allem muß man jederzeit als voller Mensch leben“, fordert sie

und erklärt auch, was sie mit „Mensch sein“ meint, nämlich „fest und klar und heiter sein“. Die Heiterkeit, die in vielen Briefen erwähnt wird, ist ihr Ausdruck für eine innere Freiheit, die die notwendige Bedingung für die Möglichkeit ist, mit Sorgen und Ängsten so gut fertig zu werden, daß man von der Lähmung zum Handeln kommen kann. Politisch-Sein und Mensch-Sein sind hier nicht voneinander zu trennen. Gelassenheit, Überblick und Souveränität gegenüber dem Schicksal sind nötig, um im entscheidenden Moment entschlossen eingreifen zu können. Man müßte, sagt sie, sein Leben hinwerfen und sich gleichzeitig an einer Wolke freuen können.

Felix Schneider

1 Scheidemann und Genossen: Seitenhieb gegen die Sozialdemokraten, die die internationalistischen Positionen verlassen und die Kriegskredite für Deutschland bewilligt hatten.

2 Rosa Luxemburgs Katze

3 Lateinisch. Niemand ist verpflichtet, mehr zu tun, als er kann.

4 s. Anm. 1

5 zitiert nach Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Band 5, Dietz Verlag Berlin DDR 1987, S. 162 f.

6 ebda S. 161

7 ebda S. 106

Initiative zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus gestartet

Im Januar traten Aktive aus der Friedensbewegung mit einer politisch-kulturellen Initiative zum 8. Mai 2025 an die Öffentlichkeit. In ihrem Aufruf unter dem Titel „80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Wir sagen danke. Frieden im gemeinsamen Haus Europa“ heißt es: „Unter den alliierten Siegermächten soll einzig Rußland heute wieder unser Feind sein. Das ist geschichtsvergessen und brandgefährlich.“ Statt dem „Einsturz des Europäischen Hauses tatenlos zuzuschauen, bauen wir Brücken der Verständigung und guten Nachbarschaft.“ Mit ihrer Website www.befreiung.org sammelt die Initiative Unterschriften unter den Aufruf. Sie möchte damit eine bundesweite Plattform für Erfahrungsaustausch, Aktionen, Kultur und politische Bildung rund um den 80. Jahrestag bieten.

Am 3. Mai 2025 wird ein

Fest der Befreiung. Für Frieden und Völkerverständigung in Berlin stattfinden.

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Für dauernden Völkerfrieden

Wer immer noch nicht wahrhaben wollte, daß Hitlers Krieg verloren ist, der kann es heute aus berufenstem Munde erfahren. Denn womit beschäftigt sich die Naziclique zur Zeit? Mit den Plänen zur Fortsetzung des Kampfes nach der De-facto-Beendigung des verlorenen Krieges! Die vorige Woche brachte zwei politische Ereignisse von weittragender Bedeutung: die Rede des Marschalls Stalin zum 27. Jahrestag der russischen Revolution am 6. November und die Wiederwahl des amerikanischen Präsidenten Roosevelt am 7. November. Worin besteht die Bedeutung dieser Ereignisse für uns Deutsche? Betrachten wir daraufhin die Rede Stalins! Stalin würdigte zunächst die großen Erfolge der Roten Armee im 4. Kriegsjahr, die zur Befreiung fast des gesamten Sowjetterritoriums, zum Frontwechsel Finnlands, Rumäniens und Bulgariens führten und Deutschland an den Rand des Unterganges brachten. Von besonderem Interesse für uns Deutsche ist es, worin Stalin die Ursachen dieser Erfolge erblickt, die die nationalsozialistische Propaganda nur mit der zahlenmäßigen und materiellen Überlegenheit der Alliierten zu begründen und damit moralisch zu entwerten sucht. Als erste Hauptursache dieser Erfolge nennt Stalin den Patriotismus der Menschen der Sowjetunion. Er sagte wörtlich: „Die Kraft des Sowjetpatriotismus liegt darin, daß ihm nicht rassenmäßige oder nationalis-tische Vorurteile zugrunde liegen, sondern die tiefe Hingabe und Treue des Volkes zu seiner Sowjetheimat, die brüderliche Gemeinschaft der Werktätigen aller Nationen unseres Landes. Im Sowjetpatriotismus paaren sich harmonisch die nationalen Traditionen der Völker und die gemeinsamen Lebensinteressen aller Werktätigen der Sowjetunion. Der Sowjetpatriotismus entzweit nicht, im Gegenteil: er schweißt alle Nationen und Völkerschaften unseres Landes zu einer einigen, brüderlichen Familie zusammen. Darin müssen wir“, so fuhr Stalin fort, „die Grundlage der unzerstörbaren und erstarkenden Freundschaft der Völker der Sowjetunion erblicken.“

Aus dieser Vaterlands- und Heimatliebe, diesem brüderlichen Gemeinschaftsgefühl der Werktätigen aller Völker der Sowjetunion erklärt Stalin also die Tapferkeit, Zähigkeit und den Opfermut der Kämpfer an der Front, die Arbeitsfreude, Ausdauer und Hingabe der Menschen im Hinterland, die stete Steigerung der Rüstungsproduktion und die wachsende Kampfkraft der Roten Armee. Dieser Geist und dieses Ethos erst

machen die Überlegenheit an Zahl und an wirtschaftlichen Hilfsquellen zu einer Überlegenheit an Kraft.

Als zweite Ursache der Erfolge der Roten Armee und zugleich als Ursache der gleichzeitigen Siege im Westen und in Italien bezeichnet Stalin die Einigkeit der Alliierten. Mit Recht konnte Stalin das vergangene Jahr „ein Jahr der Festigung der Einheit und der koordinierten Handlungen der drei maßgebenden Großmächte gegen Hitlerdeutschland“ nennen. Drei eklatante Beweise für diese Festigung der Einheit unter den Alliierten führte Stalin an: 1. Die konsequente und exakte Durchführung des in der Teheraner Konferenz ausgearbeiteten Planes für den konzentrischen koordinierten Angriff der drei Großmächte; 2. die Beschlüsse der Konferenz von Washington über die Organisation der Nachkriegssicherheit; 3. die kürzlichen Verhandlungen mit Churchill und Eden in Moskau, die – wie Stalin betonte – in freundschaftlicher Atmosphäre und im Geiste vollständiger Einmütigkeit verliefen.

Stalin machte kein Geheimnis daraus, daß es in einigen Fragen Meinungsverschiedenheiten zwischen den drei Mächten gibt. Doch mit Recht sagte er, das sei nur natürlich, denn Meinungsverschiedenheiten gibt es auch zwischen Angehörigen derselben Partei; um so mehr muß es sie unter Vertretern verschiedener Parteien und verschiedener Nationen geben. Und mit Recht betonte Stalin, man solle sich nicht darüber wundern, daß Meinungsverschiedenheiten bestehen, sondern daß ihrer so wenige sind, und daß sie in der Regel, fast jedesmal im Geiste der Einigkeit des koordinierten Vorgehens der drei Großmächte gelöst werden. So konnte Stalin wörtlich erklären: „Man braucht nicht daran zu zweifeln: wenn das Kampfbündnis der demokratischen Mächte die Prüfungen von mehr als drei Kriegsjahren bestanden hat, und wenn es durch das Blut der Völker bekräftigt wurde, die sich zum Schutze ihrer Freiheit und Ehre erhoben haben, so wird dieses Bündnis um so mehr die Prüfungen der Endphase des Krieges bestehen.“

Es ist also für uns Deutsche an der Zeit einzusehen, daß alle von der nationalsozialistischen Propaganda genährten Hoffnungen auf eine Uneinigkeit der Alliierten nichtig sind und daß das Bündnis der drei Großmächte fest und dauernd ist, weil ihm nicht zufällige und vorübergehende Motive, sondern lebenswichtige und dauernde Interessen zugrunde liegen.

Von besonderem Interesse für uns Deutsche ist es auch, worin Stalin die Ursachen

des politischen Zusammenbruches des nationalsozialistischen Machtsystems und worin er die Ursachen der außenpolitischen Erfolge der Sowjetunion erblickt. Als die Hauptursache des Zerfalls des vom Nationalsozialismus geschaffenen Machtblockes und der außenpolitischen Isolierung Deutschlands bezeichnet Stalin die Ideologie und die Politik des Rassenhasses. Sie haben dazu geführt, daß nicht nur die von Hitler unterdrückten Völker, sondern auch seine ehemaligen Vasallen sich gegen seine Gewaltherrschaft erhoben haben; durch seine auf die Rassenlehre ideologisch gegründete Gewalt- und Ausrottungspolitik hat der Nationalsozialismus alle Völker der Welt gegen Deutschland aufgebracht und Deutschlands moralische Niederlage herbeigeführt. Zu den Grundsätzen der Außenpolitik der Sowjetunion hingegen gehört es, wie Stalin ausführte, daß sie die Rechte und die Unabhängigkeit der anderen Völker achtet und stets ihre Bereitschaft bewiesen hat, mit den Nachbarstaaten in Frieden und Freundschaft zu leben.

Aus dieser grundsätzlichen Haltung der Sowjetunion erklärt sich auch die Einstellung der Sowjetmenschen gegenüber Deutschland. Stalin erklärte wörtlich: „Die Sowjetmenschen hassen die deutschen Okkupanten, nicht weil sie Menschen einer fremden Nation sind, sondern weil sie unserem Volk und allen freiheitsliebenden Völkern unermeßliches Unglück und Leid gebracht haben.“ Eine Wiederholung des Angriffs freilich – wie ihn reaktionäre und imperialistische Machtgruppen in Deutschland planen könnten – wird die Sowjetunion auf alle Fälle verhindern; Deutschland wird nach dem Kriege, wie Stalin erklärte, militärisch, politisch und wirtschaftlich entwaffnet werden, und es wird eine Organisation der freiheitlichen Völker geschaffen werden, die den Frieden wirksamer sichern wird, als das der Völkerbund getan hat. Alles Gerede der nationalsozialistischen Propaganda von einer angeblich drohenden Ächtung, Versklavung oder gar Vernichtung des deutschen Volkes ist damit erneut als gewissenloser Volksbetrug erwiesen; die Sicherung eines dauernden Friedens aber liegt im eigensten Interesse unseres Volkes.

Soweit die Rede des Marschalls Stalin vom 6. November. Bereits am nächsten Tag fanden seine Ausführungen über die Einigkeit der Alliierten eine eklatante Bestätigung: der amerikanische Präsident Roosevelt wurde zum vierten Mal wiedergewählt. Damit bekannte sich das amerikanische

Volk zu Roosevelts Außenpolitik des festen Kampfbündnisses mit Großbritannien und der Sowjetunion bis zur völligen Vernichtung des Hitlerschen Gewaltsystems und darüber hinaus zu einer dauernden Sicherung des Weltfriedens durch einen Bund aller freiheitlichen und friedliebenden Völker.

Die Einigkeit der Alliierten ist fester als je zuvor. Der politische und moralische

Zusammenbruch des Hitlerschen Machtblockes ist vollkommen; der militärische Zusammenbruch wird zwangsläufig und in absehbarer Zeit erfolgen. Der Frieden wird dem deutschen Volk nicht das Schicksal bringen, das ihm die nationalsozialistische Propaganda als Schreckgespenst vor Augen stellt, wohl aber eine absolute Entwaffnung. Er wird um so tragbarer sein, je früher und

entschlossener es aus eigener Kraft Hitler stürzt, den Krieg beendet und sich durch die Tat zur Demokratie, zur Achtung des Rechtes und der Freiheit der anderen Völker bekennt.

Hauptmann Dr. Ernst Hadermann, Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“

Freies Deutschland, 19. November 1944

Die großen Schlachten im Großen Vaterländischen Krieg (Teil V)

Die Wisla-Oder-Operation 1945 zur Befreiung Polens – der kürzeste Weg nach Berlin

Zu Beginn des Jahres 1945 war die Lage an der sowjetisch-deutschen Front wesentlich verändert. Die Wehrmacht war stark geschwächt. Das faschistische Deutschland hatte fast alle seine Partner und damit deren Truppen verloren. Es fehlte an Personal, an Panzern, Flugzeugen, Munition und Treibstoff, obwohl mehr als je produziert wurde. Hitler erließ den Befehl zum Aufbau des „Volkssturms“, der alle im Alter von 16 bis 60 Jahren zum Kriegsdienst verpflichtete. Trotzdem hatte die Wehrmacht an der Ostfront noch kampfstärke Verbände von ca. 185 Divisionen, (an der Westfront 107), die in den verkürzten Frontabschnitten in der Verteidigung hartnäckigen Widerstand leisten konnten. Die faschistische Führung wollte weiter bis zum Sieg kämpfen. Die sowjetischen Streitkräfte waren an Bestand, Bewaffung und Ausrüstung auf dem höchsten Stand. Der Frontverlauf war von 4.400 km auf 2.200 km verkürzt, was die Dichte der handelnden Truppen an der Front erhöhte. Die sowjetische Armee bestimmte den Verlauf der Handlungen an allen Frontabschnitten und auf den Meeren. Im Nordmeer, im nördlichen Teil der Ostsee, im Schwarzen Meer bestimmten die sowjetischen Seekriegsflotten das Geschehen. Es kam nun darauf an die vollständige Zerschlagung des faschistischen Deutschlands auf dem kürzesten Wege und in der kürzesten Zeit zu erreichen. Um das deutsche Volk vom Faschismus zu befreien, mußte Berlin eingenommen werden. Durch die Kampfhandlungen der Roten Armee Ende 1944 in Kurland, Ostpreußen, Ungarn, konnte die Wehrmacht keine neuen Truppen in Richtung Berlin umgruppieren. Entsprechend dieser Lage war der kürzeste Weg nach Berlin die Befreiung Polens durch die Wisla (Weichsel)-Oder Operation, die eine der größten der vier strategischen Operationen 1945 zur Befreiung Ostpreußens, Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns war. Der Plan dafür wurde im November 1944 im Generalstab der Sowjetischen

Streitkräfte ausgearbeitet und sah vor, am 20. Januar 1945 die Operation zu beginnen. Da die anglo-amerikanischen Truppen im Westen durch den überraschenden Angriff der Wehrmacht in den Ardennen aber große Probleme bekamen, bat Winston Churchill Stalin um Hilfe. Stalin sagte Hilfe zu und verlegte daraufhin den Beginn der Operation auf den 12. Januar 1945. Im Abschnitt der Weichsel-Oder Operation hatte die faschistische Wehrmacht von Warschau bis Jaslo ein starkes Verteidigungssystem von sieben Verteidigungstreifen, vielen Zwischenstellungen mit festen Feuerpunkten, ausgebaut. Verteidigt wurde dieses System von der HGr. „A“ (Später HGr. „Mitte“) mit den Hauptkräften der 9., der 17. Armee und der 4. Panzerarmee mit 560.000 Mann, 5.000 Geschützen und Granatwerfer, über 1.220 Panzer und Sturmgeschütze, sowie ca. 650 Flugzeugen. Zur Durchführung der strategischen Weichsel-Oder-Operation der Sowjetarmee, in deren Rahmen auch die selbständigen „Warschauer-Posener“ und die „Sandomirer-Schlesischen“ Frontoperationen durchgeführt wurden, waren für die Befreiung Polens in der Hauptrichtung die 1. Belorussische Front unter dem Oberbefehl von Marschall Shukow und die 1. Ukrainische Front unter dem Oberbefehl von Marschall Konew vorgesehen. Zur Absicherung der Flanke der 1. Ukrainischen Front im Süden handelte mit Teilen die 4. Ukrainische Front unter dem Oberbefehl von Armeegeneral Petrow und im Norden die 2. Belorussische Front, OBH Armgeneral Rokosowsky. Für den Kampf um Warschau war auch die 1. Polnische Armee (PA), Befehlshaber Divisions-General Poplawsky eingesetzt. Die 1. PA hatte fünf Infanterie-Divisionen und eine Kavallerie-Brigade ohne Pferde im Bestand, faktisch eine Infanterie-Brigade. Die beiden Fronten wurden mit allen notwendigen Kampfmittel verstärkt, um eine absolute Überlegenheit zu erreichen. So hatten die beiden Fronten beim Personalbestand das 5,5-fache, bei Panzern das 5,7-fache und

bei Flugzeugen das 17,6-fache an Überlegenheit. Bei der Artillerie und Granatwerfern konnten sie auf einen Front-km eine Dichte von 250 bis 300 Geschütze, Granatwerfer und Geschößwerfer einsetzen. Das Ziel der sowjetischen strategischen Frontoperationen bestand darin, durch einzelne Angriffsoperationen von Armeen, zu unterschiedlichen Zeiten, in mehreren Richtungen den faschistischen Truppen die Möglichkeit zu nehmen, ihre gut vorbereiteten Verteidigungsstellungen zu beziehen, um die Angriffe der sowjetischen Truppen abwehren zu können. Am 12. Januar 1945, um 5.00 früh, begannen verstärkte Infanteriebataillone der 1. Ukrainischen Front eine gewaltsame Aufklärung des Feuersystems des Gegners. Um 10.00 Uhr erfolgte mit der Artillerievorbereitung von fast zwei Stunden, wobei auf Grund starken Schneefalls zu Beginn ohne Luftunterstützung, der Angriff der Front aus dem Sandomirer Brückenkopf durch die 3. Garde-Armee, der 13. und 52. Arme, der 5. Garde-Armee und 60. Armee unter starker Artilleriebegleitung. Durch die hohen Verluste des Gegners durch das Artilleriefeuer in den ersten zwei Verteidigungsstellungen konnten die angreifenden Armeen diese Verteidigungsstellungen schnell durchbrechen. Mit der Einführung der zweiten Staffel, der 3., 4. und von Teilen der 5. Gardepanzerarmee mit zwei Panzerkorps, mit nun möglich gewordener Luftunterstützung und dem Feuer der Artillerie, gelang es, den 1. Hauptverteidigungstreifen der 4. faschistischen Armee einzunehmen und den Gegner am ersten Gefechtstag 15 bis 20 km bis zu seinem zweiten Verteidigungstreifen zurückzudrängen. Am 13. Januar begann die 1. Ukr. Front mit ihren Hauptschlagkräften, den Gegner von Norden her in Richtung Kelsch zu umfassen. Der Gegner versuchte nun, mit dem 24. Panzerkorps durch Gegenangriffe den Angriff der Roten Armee aufzuhalten. Durch die 4. Panzerarmee und die 13. Armee konnte dieser Versuch abgewehrt und

deren Kräfte nördlich Melnik zerschlagen werden. Am nächsten Tag befreiten die sowjetischen Truppen Melnik. Die Truppen der Front griffen den Gegner weiter an, forcierten mehrere kleine Flüsse und konnten am Ende des Tages weiter 20 bis 25 km vordringen und mehrere Städte und Ortschaften befreien. Die linke Flanke der 60. Armee setzte den Angriff in Richtung Krakau fort wo sie am 17. Januar kämpfend die Vororte von Krakau erreichten. Da der Gegner eine weitere Einkreisung befürchtete, zog das Kommando der AGr „A“ seine Kräfte auf tiefer gelegene Verteidigungsstellungen zurück. Am 17. Januar 1945 begann dann die 1. Belorussische Front ihren Angriff mit der 1. Polnischen Armee unter dem Befehl des Divisionsgenerals Poblawskij und der 61. und 47. Armee und der 2. Panzerarmee der 1. Belorussischen Front zur Befreiung Warschaws. Bereits am 14. Januar 1945 hatte die 61. Armee die Stadt Warschau vom Süden angegriffen. Das gleiche erfolgte einen Tag später durch die 47. Armee vom Norden der Stadt mit dem Ziel der Einkreisung der Warschauer faschistischen Gruppierung. Es gelang beiden Armeen, 12 km bis zur Weichsel vorzudringen und einen Brückenkopf an der Weichsel im Raum Pilitz zu schaffen, von dem aus dann die 2. Panzerarmee eingeführt werden konnte. Warschau wurde von einer starken faschistischen Gruppierung verteidigt. Sie umfasste ca. 15.000 Mann Armeeeinheiten der AGr. „A“. Verstärkt wurden diese durch die Waffen-SS und Polizei-Einheiten von nochmals ca. 50.000 Mann. Dazu muß man auch die verschiedensten polnischen Gruppierungen rechnen, die nach dem verlorenen Aufstand in Warschau noch existierten, wovon die „Armija Krajowa“ die stärkste Gruppierung der Londoner Exil-Regierung darstellte. Ihr Motiv war, wir kämpfen nicht gegen die

Russen, aber wir helfen ihnen auch nicht. Der Versuch der 1. PA, mit einer Division in der Nacht vom 16. Januar die Weichsel zu forcieren, konnte durch die faschistischen Truppen abgewehrt werden. Darauf wurde, wie vorgesehen, die 2. Panzerarmee vom Brückenkopf an der Weichsel eingeführt und machte der 1. PA den Weg frei, am 17. Januar mit ihrer 2. Division in das völlig zerstörte Zentrum Warschaws einzudringen, zum Erstaunen der wenigen polnischen Menschen, die als erste den sowjetischen Panzer T-34 mit dem weißen Polnischen Adler am Panzerturm erblickten. Vier Tage dauerte der Kampf um die polnische Hauptstadt, wobei die 1. PA an diesem Erfolg einen entscheidenden Anteil hatte. Der Ring um Warschau durch die sowjetischen 47. und 61. Armeen konnte zwar nicht mehr geschlossen werden, zwang aber die Reste der HGr „A“ der faschistischen Armee, sich auf in der Tiefe gelegene Verteidigungsstellungen 100 bis 130 km unter hohen Verlusten zurückzuziehen. Damit war die erste Etappe zur Befreiung Polens erfolgreich beendet. In der zweiten Etappe, vom 18. Januar bis 3. Februar, gelang es beiden Fronten weiter, mit verschiedenen Angriffsoperationen einzelner Armeen die Hauptkräfte der neu benannten HGr „Mitte“ unter dem neuen Oberbefehlshaber Generaloberst Schörner weiter nach Westen zurückzudrängen. Sie befreiten Lodsch, Posen, den sogenannten Warthegau und stießen bis an die Oder und an die alte Deutsch-Polnische Grenze, den letzten Verteidigungstreifen der Reste der HGr „Mitte“ vor. Damit war Polen von den faschistischen Truppen befreit. Das Schlesische Industriegebiet mit seinem Reichtum an Kohle wurde in dieser Operation herausgelöst, da das Gebiet stark zerklüftet, aber auch durch Teile der HGr. „Mitte“ unter Schörner zäh verteidigt wurde. Es war das „Gold“ für Deutschlands

Industrie. Das Schlesische Kohlegebiet wurde in einer späteren selbständigen Operation dann befreit. Gleichzeitig begann aber auch Mitte Januar die Flucht der in Polen lebenden Deutschen, die in der Mehrzahl 1940 polnische Bauernhöfe übereignet erhielten, ein Unrecht der Macht der Stärke. Die zusammengestellten Trecks versuchten, auf dem kürzesten Wege vor der herannahenden Front nach Deutschland zu fliehen, auf denen aber gleichzeitig auch die Reste der HGr „Mitte“ nach Berlin strömten. Unter diesen Flüchtlingen war auch meine Mutter mit fünf Kindern, ich als der Älteste mit 11 Jahren. Diese Bilder der Flucht mit ihren Schrecken und Nöten sind mir bis heute stark im Gedächtnis haften geblieben. Im Verlaufe der Weichsel-Oder-Operation, eine der größten Operationen im GVK, verloren die sowjetischen Streitkräfte mehr als 43.300 Mann. Die genaue Zahl der Verluste der HGr „Mitte“ sind nicht genau beziffert. Fest steht jedoch der vollständige Verlust von 35 Divisionen und von 25 weiteren Divisionen, die 50 bis 70 % ihrer Kampfstärke verloren. Ca. 150.000 Mann gingen in die Gefangenschaft. Mit der Befreiung Polens von der faschistischen Knute, wurden aber auch für die Schlacht um und in Berlin günstige Bedingungen für die sowjetischen Streitkräfte zu letzten und entscheidenden Schlacht zur Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus und zum Tag des Sieges des Sowjetischen Volkes geschaffen.

Generaloberst A. D. Sebald Daum †

Literaturhinweise:

Chronik des Großen Vaterländischen Krieges, Ministerium der Verteidigung der Russischen Föderation

Erinnerungen von den Marschällen der SU Shukow und Wassiljewski

NIE WIEDER!

80 Jahre nach dem Schwur von Torgau

Sie hatten sich verbündet, um den Hauptfeind der Menschheit, den Faschismus, niederzuringen. Die Soldaten schworen einander „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“.

Damit der Wille der Soldaten von einst, von den heute Regierenden nicht vergessen wird, sind Zivilgesellschaft und Friedensbewegung herausgefordert, ihre Stimme im Sinne des Berliner Appells vom 3.10.2024 für „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ zu erheben.

Wir rufen auf zur Teilnahme am Friedensmarsch und Friedensfest

am 26.4.2025, um 11.30 Uhr, in Torgau, Ostufer Elbbrücke

mit russischen und amerikanischen Freunden, den Liedermachern Tino Eisbrenner und Ernesto Schwarz

Organisationskomitee „Elbe-Tag Torgau 25“

Spendenkonto: KomTreff IBAN: DE41 8604 0000 0442 8306 00, Zweck: Torgau Elbe Tag 25

DKP Torgau

Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.

Spendenkonto: Postbank: IBAN:DE 97 1001 0010 0026 4571 08, Zweck: Torgau Elbe Tag 25

Zum 80. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz

Wie konnte es zu den millionenfachen furchtbaren Verbrechen kommen? Erinnern wir uns an die bereits vor 105 Jahren geschaffenen Grundlagen und gesellschaftspolitischen Voraussetzungen für die Entwicklung und das Erstarken des Faschismus. Hitler und seine Helfershelfer gründeten am 20. Februar 1920 in der Weimarer Republik die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), deren Programm und Ideologie von radikalem Antisemitismus und Nationalismus sowie der Ablehnung von Demokratie und Marxismus bestimmt war. Am Abend des 24. Februar 1920 erfolgte im Münchner Hofbräuhaus die öffentliche Bekanntgabe der neuen Partei durch Umbenennung der Deutschen Arbeiterpartei (DAP) in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). An jenem Abend veröffentlichte die NSDAP ihr Parteiprogramm mit den Hauptpunkten „Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft von Juden“ und „Stärkung der Volksgemeinschaft“. Bereits ab 1920 kooperierte diese deutsche faschistische Partei mit der aus Österreich der DNSAP und der Tschechoslowakei. Im August 1920 hielten sie ein „zwischenstaatliches Treffen“ in Salzburg ab, anschließend gab es ein „zwischenstaatliches Sekretariat“ mit Sitz in Wien. Im August 1923 wurde sogar ein gemeinsamer, länderübergreifender Parteitag in Salzburg abgehalten, auf dem jedoch Richtungsstreits über die zu verfolgende politische Strategie und Methoden eskalierten.

Am 6. November 1932 fand innerhalb eines Jahres die zweite Reichstagswahl, nach dessen Auflösung durch Paul von Hindenburg, statt. Dieser ernannte Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler. Bereits am 1. Februar wurde das Parlament aufgelöst und es folgten am 28. Februar die Verordnung des Reichspräsidenten Hindenburg(!) zum Schutz von Volk und Staat sowie am 24. März das Ermächtigungsgesetz. Jetzt konnten auch Parlamentarier ohne Gerichtsverfahren in Konzentrationslager eingesperrt und gefoltert werden – 96 von ihnen wurden ermordet. Parteien wurden jenseits der NSDAP verboten. Im gleichen Jahr wurden bereits die ersten Konzentrationslager geschaffen. So in Sachsenburg bei Frankenberg/Sachsen. Ab Sommer 1934 übernahm hier die SS das Lager, wo nach dem Vorbild des KZ Dachau die bis zu 1400 Gefangenen arbeiten mußten. Ab 1935 galt die Prügelstrafe bei Verstößen gegen die Lagerordnung. Im September 1937 wurde dieses Lager aufgelöst und die Gefangenen kamen in neu errichtete Lager wie Buchenwald und Sachsenhausen. Am 1. September 1939 erfolgte der Überfall Deutschlands auf Polen und bereits im Ende Oktober wurde das im sogenannten Oststreifen liegende Oświęcim Oberschlesien angegliedert und damit reichsdeutsches Territorium. Damit begann die zielgerichtete und systematische Umwandlung eines Zentrums jüdischen

Lebens in eine Stätte des Massenmordes. Die Haupttreuhandstelle Ost raubte den jüdischen Besitz zum „Wohle“ des Reiches und seiner Günstlinge. Noch ehe Rudolf Skaletz als Amtskommissar den polnischen Bürgermeister ablöste, war aus Oświęcim Auschwitz geworden. Am 1. Mai 1940 begab sich der zum Lagerkommandanten ernannte Rudolf Höß nach Auschwitz und begann mit der Errichtung des größten deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers. In der Folge wurden europaweit gefangen-genommene Menschen per Bahn in das KZ Auschwitz deportiert, etwa 90 % waren Juden. Die Herkunftsländer waren hauptsächlich Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei und Ungarn. In Auschwitz fand im Zuge des Holocaust (Shoah) ein systematischer und fabrikmäßiger Mord an europäischen Juden statt, aber auch andere durch das NS-Regime verfolgte Gruppen wurden dort eingesperrt und ermordet. Bis zu 1,5 Millionen Kinder, Frauen und Männer wurden in diesem gewaltigen Vernichtungslager ermordet. Die genaue Opferzahl konnte nicht ermittelt werden. Am 27. Januar 1945 befreite die von Osten vorrückende Rote Armee die Überlebenden des Lagerkomplexes.

Raimon Brete
Chemnitz

Blutspuren deutscher Faschisten – Sobibór

Im von Deutschen besetzten Polen wurde Anfang 1942 in Sobibór, im heutigen Dreiländereck zu Belarus und Ukraine, das Vernichtungslager errichtet. Es diente, zusammen mit den Lagern Belzec und Treblinka, im Rahmen der „Aktion Reinhardt“ der Vorbereitung der planmäßigen Ermordung von Juden. Dem fielen etwa 250 000 Menschen in den Gaskammern zum Opfer. Die Aufsicht oblag der SS im Zusammenwirken mit „Trawniki-Männern“ (faschistische Hilfstruppen), die einen maßgeblichen Anteil an der Umsetzung der Aktion hatten. Meist pauschal als Ukrainer oder Hilfspolizei bezeichnet, handelte es sich tatsächlich um eine sehr heterogene Gruppe. Die Opfer wurden durch Motorabgase erstickt und von einem Arbeitskommando in einer Grube verscharrt. Ab Sommer 1942 mußten die Arbeitskommandos die Leichen ausgraben und verbrennen, bevor sie selbst ermordet wurden. Als Kommandant des Lagers fungierte im April 1942 SS-Obersturmführer Franz

Stangl. Sein Nachfolger war Franz Reichleitner (September 1942 bis November 1943). Vertreter blieb auch unter ihm in dieser Zeit Gustav Wagner. Am 12. Februar 1943 besuchte Himmler das Lager. Da an diesem Tag kein Transportzug erwartet wurde, schaffte man 100 Frauen aus Lublin ins Lager, um ihm den Vernichtungsvorgang zu demonstrieren. Sowjetische Kriegsgefangene unter Führung des Rotarmisten Alexander Petterski und des Zivilgefangenen Leon Feldhendler planten einen Aufstand zur Flucht aus dem Lager, der am 14. Oktober 1943 in Sobibór stattfand. Viele Gefangene starben im Kugelhagel der Wachleute oder im Minenfeld außerhalb der Stacheldrahtumzäunung. 365 Gefangene konnten aus dem Lager fliehen, davon erreichten etwa 200 den naheliegenden Wald. Bis zum Ende des Krieges konnten nur 47 Flüchtlinge untertauchen oder sich Partisanengruppen anschließen.

Die SS ermordete danach die im Lager Zurückgebliebenen, die nicht hatten fliehen können. Das Lager wurde anschließend dem Erdboden gleichgemacht. Stangl, der erst 1967 in Brasilien aufspürte, wurde 1970 in Düsseldorf zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt. Sein Stellvertreter, Gustav Wagner, der ebenfalls in Brasilien untergetaucht war, nahm sich laut Aussage seines Anwalts 1980 das Leben. In Kiew sind in den 60er Jahren in zwei Prozessen ukrainische Wachmänner angeklagt worden, dabei wurden dreizehn Todesurteile und eine lebenslange Zuchthausstrafe verhängt. Zu den Trawniki gehörte auch der Ukrainer Demjanjuk, der von März bis September 1943 in Sobibór eingesetzt war. Er wurde am 12. Mai 2011 wegen Beihilfe zum Mord in mindestens 27 900 Fällen zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt.

Raimon Brete

Zur historischen Entwicklung des Internationalen Frauentags

Der Internationale Frauentag – und damit auch der Kampf um Frauenrechte – war immer eng verbunden mit dem Kampf gegen den Krieg. Im August 1910 tagte die „Zweite Internationale Sozialistische Frauenkonferenz“ in Kopenhagen. Auf Antrag von Clara Zetkin und Käthe Duncker wurde ein Antrag zur Einrichtung eines Kampftages für Frauenrechte beschlossen: „Im Einvernehmen mit den klassenbewußten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muß in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden.“

1911 feierte die Arbeiterbewegung den ersten Frauentag in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz am 19. März. Mit dem Datum nahmen sie Bezug auf die Revolution von 1848 und die

Pariser Kommune. In den folgenden Jahren entwickelte sich der Frauentag zu einem wichtigen Kampftag der Sozialdemokratie. Mit Beginn des Ersten Weltkriegs rückte die Friedensfrage ins Zentrum des Frauentags. Der sozialdemokratische Parteivorstand verbot den Mitgliedern der SPD, an der Internationalen Frauenkonferenz 1915 in Bern teilzunehmen; Clara Zetkin wurde wegen ihrer Teilnahme verhaftet.

Auf der „Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen“ 1921 in Moskau wurde der 8. März als Datum für den Frauentag festgelegt. Der Kampf um den Frieden blieb ein beherrschendes Thema des Frauentags – auch nachdem die Novemberrevolution nicht nur das Ende des Krieges, sondern auch das Wahlrecht für Frauen gebracht hatte.

In den Jahren bis zum Zweiten Weltkrieg kamen als zentrale Themen für den Internationalen Frauentag der Schutz von Schwangeren und Müttern sowie der Kampf um die Legalisierung des

Schwangerschaftsabbruchs hinzu. Zu ihren Forderungen gehörte: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, Schulspeisungen – kurz: Existenzsicherung in Zeiten der großen Wirtschaftskrise mit dem am Horizont drohenden neuen, großen Krieg.

Auch nach der Niederlage des deutschen Faschismus blieb der Kampf um den Frieden Teil des Internationalen Frauentags: Es gab Manifestationen gegen den Vietnam-Krieg, Solidarität mit dem Volk von Chile, in Westdeutschland Aktionen gegen Aufrüstung und die Stationierung von US-Raketen. 1975 begingen die Vereinten Nationen den Internationalen Frauentag das erste Mal, 1977 forderte die UN-Generalversammlung mit einer Resolution alle Staaten dazu auf, einen Tag im Jahr zum „Tag für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“ zu erklären.

Melina Deymann
Redaktionell gekürzt
Aus: UZ, 8.3.2024,

Kulturelle Lichtblicke auf dem Lande

Es gibt manchmal Erfreuliches im Meer der belanglosen Unterhaltung, der Dorf-, Stadt- und Mittelalterfeste „rund um den Backofen“, die uns als Kunst oder Kultur verkauft werden und die viele, die nichts Besseres kennen, auch dafür halten. Auf dem Gelände des Schlosses Trebnitz bei Müncheberg/Mark, wo u. a. der Nachlass des Bildhauers Gustav Seitz zu sehen ist, läuft eine Filmreihe „Ostdorf – DEFA-Filmsalon über das Landleben in der DDR“. Ich stieß 2024 dazu und kam noch zurecht, um „Märkische Forschungen“ von 1981, „Freies Land“ von 1946 (gedreht 1945 im Oderbruch und der Prignitz), „Thomas Müntzer“ von 1956 sowie „Schlösser und Katen“ von 1957 zu erleben. Der Filmwissenschaftler Klaus-Dieter Felsmann führt in die Geschichte des jeweiligen Filmes ein, weist auf Vorgänge hinter den Kulissen, z. B. auf die hervorragende Arbeit von Szenenbildnern, die die Atmosphäre erst stimmig machen, und steuert humorvolle Begebenheiten bei. Es ist so wohltuend, gut gemachte, lebensnahe, historisch bedeutsame Filme mit hervorragenden Schauspielern zu sehen. Im eher als Mischung aus Dokumentar- und Spielfilm gedrehten „Freies Land“ wurde die fast komplette Zerstörung der Dörfer des Oderbruches und der Seelower Höhen sichtbar, die leeren Viehställe, die kaputten Häuser, die nicht mehr brauchbare Technik, die Flüchtlinge ... Aber eben auch die ersten Tiere, die von irgendwo gekauft werden konnten, die Traktoren, welche die Sowjetunion schon so kurz nach dem Krieg lieferte und der Stolz

der ersten jungen Traktoristen. Bodenreform und LPG-Gründung mit ihren Schwierigkeiten und Konflikten und die Erfolgsgeschichte der Landwirtschaft standen 2024 im Mittelpunkt der Filmreihe. Nicht jeder versteht das. Eine 38jährige Frau, Gärtnerin, die 2019 aus dem Schwäbischen zugezogen und sehr interessiert ist an dem, was „früher“ in der DDR passierte, sagte mir bei „Schlösser und Katen“ verzweifelt: „Ich verstehe das alles nicht!“. Und ich weiß nicht, wo ich anfangen soll, zu erläutern, warum der frühere Gutsinspektor (Erwin Geschonnek) die neue Bürgermeisterin (Helga Göring) ermordete ... Mein Favorit ist übrigens „Märkische Forschungen“ nach Günter de Bruyn mit Kurt Böwe in der Hauptrolle, wo sehr pointiert Eitelkeit, Karrierismus und Spießertum aufs Korn genommen werden, und der Ehrlichkeit des Dorflehrers (Hermann Beyer) gegenüber gestellt werden.

Die Filmreihe ist mit 120 bis 150 überwiegend älteren Zuschauern erstaunlich gut besucht. Obwohl etliche vor allem sich selber und ihre Dörfer wiedersehen wollen, wage ich zu behaupten, daß die Erinnerung an Kultur wieder aufflackert, auch an ihr eigenes Leben und bessere Zeiten.

In diesem Jahr geht es um Arbeitsleben und Alltag in der DDR. Dem ersten Film „Weite Straßen – stille Liebe“ mit Manfred Krug und Jäcki Schwarz fügte Klaus-Dieter Felsmann eine 15minütige Dokumentation von Gitta Nickel hinzu, 1971 im verschneiten Worin gedreht, die mich noch mehr

begeisterte als der Hauptfilm. Es ging um die Förderung der Frauen in der LPG Worin (die erste in der DDR) durch ihren Vorsitzenden Bernhard Grünert (1906–1997). Er erklärte überzeugend: „Ich wollte, daß es die Frauen besser haben als meine Mutter mit ihren 11 Kindern. Die hatte es schwer. Die Frauen verdienen Förderung“. Drei Tierpflegerinnen kamen zu Wort, die zwischen ihrer Schafherde, den Sauen mit Ferkeln und Färsen werkten. Alle drei waren voll mit ihrer Arbeit verwachsen, weigerten sich, freie Tage zu nehmen: „Ich mache das Wasser für die Tränke warm – weiß ich, ob meine Vertretung das auch macht? Sollen die Tiere Lungenentzündung bekommen? Nee, nee, ich behandle die Viecher wie meine eigenen!“ Ein Frau studierte nebenbei, andere beherrschten die Landtechnik, ich spürte, daß die Arbeit einen wichtigen Teil ihres Lebensinhaltes ausmachte.

Nach 1990 existierte noch eine Ausstellung über die LPG Worin aus DDR-Zeiten. Erst wurde sie umgelagert und verkleinert, bald darauf verschwand sie ganz. Den alten neuen Grafen wie dem von der Marwitz, der „seine“ Felder (Bodenreformland) wieder bekam, soll vor allem der Spruch „Junkerland in Bauernhand“ ein Dorn im Auge gewesen sein. Die an die „Neue Zeit“ angepaßten Bürgermeister helfen mit, die Erinnerung an die sozialistische Landwirtschaft zu tilgen ... aber so ganz zaghaft kommt sie vielleicht doch wieder?

Martina Dost, Vierlingen

Der DDR-Bürger und der Kapitalismus

DDR-Bürger hatten nicht den Instinkt eines Raubtieres, das stets auf Beute aus ist. Wir betrachteten den anderen nicht als Gegner und nicht als Konkurrenten. Wir suchten nicht vordergründig unseren Vorteil anderen gegenüber. Wir mußten nicht stets auf der Hut sein, ständig und von jedermann über den Tisch gezogen zu werden. Wir liebten unser Land. Wir freuten uns über seine nationalen und internationalen Erfolge, ärgerten uns über das, was nicht gelang, und über so manche Fehlentscheidung in Leitungsebenen. Wir feuerten „unsere“ Sportler an und fieberten mit ihnen um Sieg und Platz. Wir waren stolz auf sie, weil sie unser kleines Land in der Welt groß machten. Wir schwitzten am Wochenende mitunter beim „Subbotnik“ und waren stolz auf das, was wir für uns gemeinsam schaffen konnten. Wir hatten oftmals eine im wahrsten Sinne des Wortes Haus-Gemeinschaft, Nachbarn, mit denen wir gemeinsam unser Wohnumfeld pflegten und verschönerten, aber auch feierten, wenn sich ein Anlaß ergab.

Wir hatten als Kinder immer viele Möglichkeiten, unsere Freizeit sinnvoll zu verbringen. Sei es in der Pionierorganisation, in der FDJ (einschließlich großer und kleiner Jugendobjekte), in der GST, in Arbeitsgemeinschaften ... Unsere Lehrer und Erzieher (die es meist mit Herz, Leib und Seele und immer gut ausgebildet waren) vermittelten uns nicht nur fundiertes Wissen, sondern halfen uns auch, die Welt zu erkennen. Der Staat sicherte uns eine hochwertige Bildung und humanistische Erziehung, mit der wir im Leben bestehen konnten. Die Bildung hing nicht vom Geldbeutel der Eltern ab. Wir wurden zu friedliebenden und im antifaschistischen Sinne denkenden und handelnden Menschen erzogen.

Das Gesundheitswesen war nicht profit-, sondern gesundheitsorientiert. Die Volkspolizei trug den Namen in der Tat, die NVA war eine Friedensarmee. Das Ministerium für Staatssicherheit schützte die Volkswirtschaft vor Schäden, war im Kampf gegen Spionage und Sabotage erfolgreich, in seiner Arbeit ausgerichtet auf die Vorbeugung, Aufdeckung und Aufklärung von Straftaten gegen den Staat und den Sozialismus.

Junge Familien wurden allseitig unterstützt und gefördert. Frauen waren gleichberechtigt, erhielten z. B. den gleichen Lohn wie ihre männlichen Arbeitskollegen. Die Kinder wurden in Krippe, Kindergarten und Schulhort umfassend betreut und versorgt. Die Kosten für die Eltern waren dafür minimal. Das traf auch auf die Miete und Urlaubsplätze zu.

Grund und Boden waren Volks- oder genossenschaftliches Eigentum. Spekulationen

damit war ein Riegel vorgeschoben. Das traf auch auf die Betriebe in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft zu. Was des Volkes Hände schufen, war des Volkes Eigentum. Es gab keine Ausbeutung und keine Milliardäre. Sollte es Millionäre gegeben haben, war ihre Anzahl überschaubar und nicht das Ergebnis von Ausbeutung. Die meisten von uns waren glücklich und zufrieden. Die Kultur hatte einen hohen Stellenwert, war niveauevoll, bezahlbar und volksnah.

Unser Land war, insbesondere wegen seiner konsequenten Friedenspolitik, seinem Antifaschismus sowie seiner Solidarität mit den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern international hoch geachtet und anerkannt. Wir waren Bestandteil einer sozialistischen Völkerfamilie, die sich gegenseitig unterstützte. Völkerhaß war uns fremd. Wir wußten um die Existenz von Klassen und ihren Interessen. Deshalb waren nicht Völker unsere Feinde, sondern die Kapitalisten und ihre Helfershelfer, denen unsere sozialistischen Errungenschaften (insbesondere die vergesellschafteten Produktionsmittel) ein Dorn im Auge waren. Sie unternahmen alles, um uns von der Weltkarte zu tilgen. Leider gelang ihnen das, auch durch unser Zutun, fast vollständig.

Nun leben wir dort, wo die meisten von uns nie leben wollten, im Kapitalismus und dürfen seine „Segnungen“ am eigenen Leib erfahren. Es gibt in diesem reichen Land Kinder- und Altersarmut, soziale Ängste, täglichen Kampf um ein lebenswertes Leben, um auskömmliche Arbeit. Fremdenhass und Neofaschismus können sich in nie erlebtem Ausmaß entwickeln. Das friedliche Zusammenleben der Völker ist ständig bedroht oder stirbt in Kriegen und

kriegsähnlichen Handlungen. In Kriegen sieht das Kapital die letzte Möglichkeit, den Untergang seiner Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinauszuzögern.

Auch wenn es viele nicht wahrhaben wollen oder wahrnehmen, dennoch werden sie ausgebeutet. Um elementare Rechte muß man kämpfen, sie dem Kapital abtrotzen. Sein Wachstumsdrang macht unseren Planeten kaputt. Die Menschen werden durch diese Gesellschaft immer egoistischer. Der Konkurrenzkampf geht über die Nachbarschaft bis in die Familien hinein und zerstört das Zusammenleben. Man schaut auf andere herab und dünkt sich besser, weil man ein größeres Auto oder sonst einen materiellen Vorteil sein eigen nennen kann. Geld ist Maßstab aller Dinge, nicht der Mensch. Das humanistische Miteinander wird zerstört.

Ein katastrophales Bildungswesen, marode Infrastruktur, finanziell klamme Kommunen, miserabler Nah- und Fernverkehr, hohe Lebenshaltungskosten, Wohnungsnot und Mietwucher, ausufernde Kriminalität u. a. m. kennzeichnen dieses Land außerdem. Nur für Rüstung und Kriegshilfe ist immer Geld vorhanden. Die kleinen Steuerzahler werden dafür gemolken. Die Qualität der Medien ist überwiegend niveaulos, hoft die Herrschenden und sichert medial ihre Interessen. Die Meinung der Bevölkerung wird zur Sicherung der Herrschaft des Kapitals mit Hilfe der Medien manipuliert. Tun wir alles dafür, daß die Generationen, die den Sozialismus nicht erleben durften, die Wahrheit über ihn erfahren. Über unsere Kämpfe und Siege, unsere Friedensliebe, aber auch unsere Versäumnisse und Fehler.

**Thomas Lang, Geithain
Bernd Gnant, Kühlungsborn**

**Unter dem Motto „Menschen brauchen Frieden“
lädt der Ernst-Busch-Chor Berlin**

am Sonntag, 6. April 2025, 15 Uhr

zu einem Konzert in den Konzertsaal der Universität der Künste Berlin, Hardenbergstraße/Ecke Fasanenstraße, 10623 Berlin-Charlottenburg herzlich ein.

Mit dabei: Kinder- und Jugendchor „Die Friedrichshainer Spatzen“

Tickets: 15 Euro

www.ernstbuschchorberlin.de
oder Mo-Fr: 030/971 23 17

Paranoia und Weltgeschichte

Hartmut König hat einen dokumentarischen Roman über den Slansky-Prozeß geschrieben

Am Ende der Poirot-Krimis von Agatha Christie versammelt der belgische Meisterdetektiv alle Verdächtigen im jeweiligen Mordfall in einem Raum und löst den Fall weitgehend im Monolog. In Hartmut Königs Doku-Fiction „Stalin, Dulles und der Galgen in Prag“ sind vier Geheimagenten – ein US-Amerikaner, eine Britin, ein Franzose und ein Russe sowie ein ehemaliger tschechoslowakischer Staatsanwalt – bereits zu Beginn auf einer fiktiven Insel in der Bucht von Manila versammelt, auf der sie alle in kürzester Zeit nacheinander ums Leben kommen. Denn hier geht es um einen Rachezug, den es, so wie alle Figuren des Romans, nicht gegeben hat. Nur der Stoff hat einen sehr realen, für Kommunisten und Sozialisten bitteren Hintergrund. Die westlichen Agenten in Königs Erzählung – vor 75 Jahren im Kalten Krieg durchweg Doppelagenten – waren Ende der 40er Jahre, Anfang der 50er an der CIA-Operation „Splinter Factor“ beteiligt, die in Kombination mit der Paranoia, die in den Hauptstädten der sozialistischen Länder Europas, vor allem aber in Moskau, wegen einer angeblich gigantischen Verschwörung in den kommunistischen Parteien dieser Länder herrschte, zu Prozessen wie dem in Prag 1952 führte. Der Staatsanwalt in Königs Buch war Ankläger in einem Justizverbrechen: Vom 20. bis zum 27. November 1952 wurde in Prag dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei Rudolf Slansky und 13 weiteren Kommunisten wegen Teilnahme an einer „trozkistisch-titoistischen-zionistischen Verschwörung“ der Prozeß gemacht. „Geständnisse“ kamen unter Folter zustande. Elf Angeklagte, darunter Slansky, wurden zum Tode verurteilt und am 3. Dezember 1952 hingerichtet, die Asche der verbrannten Leichen verstreut. 1963 wurden Slansky und seine Genossen rehabilitiert. 2007 hat Robert Steigerwald in der jungen Welt zum Hintergrund geschrieben: „Der US-amerikanische Kommunist Noel H. Field (1904–1970) wurde, in Zusammenarbeit von CIA und einem Überläufer des polnischen Geheimdienstes, bei den sowjetischen Behörden denunziert, aufgrund der gefälschten Indizien 1949 verhaftet und unter Folter zu solchen Aussagen gezwungen, daß Prozesse gegen führende Funktionäre (wie in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion) in Bulgarien, Ungarn, der Tschechoslowakei und in Polen stattfinden konnten. Einige Dutzend Kommunisten wurden umgebracht, die später alle rehabilitiert wurden. Field erhielt sein Parteibuch zurück und starb als Kommunist.“ Die Fakten zu der „Operation Splinter Factor“ lieferte 1974 der britische

Journalist Stewart Steven in seinem Buch „Operation Splinter Factor“ (deutsch 1975). In Königs Buch, in dem die Protagonisten in Monologen ihre individuelle Geschichte erzählen, sagt eine fiktive junge Filipina, die im Auftrag des sowjetischen/russischen Geheimdienstes die Insel Donga „verwaltet“ dazu: „Bevor Wolodja nach Moskau abreiste, erzählte er mir von der Operation ‚Splinter Factor‘, einem der perfidesten Spionage-Coups der CIA. Seine Urheber hätten die Aktion gern unter der Decke gehalten. Aber was John le Carré eine ‚furchtbare Geschichte‘ nannte, sei glaubwürdig recherchiert. Eine Schande, wie Allen Dulles das tödliche Frame-Up für die Agency eingefädelt hat. Wie er den harmlosen linken Philanthropen Noel Field zu einem gewieften Agentenwerber werden ließ, der aus dem Westexil heimgekehrte Kommunisten angeblich in amerikanische Spitzeldienste getrieben hat. Und wie man einen Überläufer aus dem polnischen Geheimdienst namens Józef Światło diese Lüge in Stalins Ohr flüstern ließ, was für so viele Kommunisten, die mit Field in Verbindung gebracht wurden, Tod und Gefängnis bedeutete.“ König läßt den in Leipzig aufgewachsenen Enkel eines der 1952 in Prag gehängten Kommunisten namens Oskar Chesilski, den es nicht gegeben hat, nach der Konterrevolution aus der DDR nach Manila aufbrechen. Ein ehemaliger Genosse Chesilskis, der sich geweigert hatte, Oskar zu verraten, hat sich dort niedergelassen und ihn eingeladen, auf Spurensuche zu gehen. Der junge Mann erreicht mit einem selbstgebastelten Kleinflugzeug die Insel Donga, und während seines kurzen Aufenthaltes kommen alle vier Agenten um, der Staatsanwalt hatte schon vor seiner Ankunft das Zeitliche gesegnet. Die Geschichten der vier Agenten beginnen im Zweiten Weltkrieg und enden mit der Verwicklung in die „Operation Splinter Factor“ im Fall des russischen Geheimdienstlers mit der Ausführung des Befehls zum Justizmord. So wie jeder der Westagenten in die Affäre gepreßt wurde, so unterschiedlich kommen sie zu Tode. Am Ende stellt sich auch die Wahrheitssuche des Enkels als Fiktion heraus. Dem Autor ist ein Thriller besonderer Art gelungen. Im Prolog beschreibt er sein persönliches Verhältnis zu dem Stoff: Er lebte in den 70ern einige Jahre in Prag und kam 1974 beim Bier mit einem älteren Tschechen ins Gespräch, der sich darüber empörte, wie achtlos Josef Smrkovský (1911–1974), ein Anführer des tschechischen Widerstands gegen die faschistischen deutschen Besatzer, nach seinem Tod behandelt worden sei. Auch Smrkovský war der Paranoia Anfang

der 50er Jahre zum Opfer gefallen, gefoltert und zu 15 Jahren Haft verurteilt worden. 1955 entlassen, wurde auch er 1963 rehabilitiert und stieg unter Alexander Dubcek auf. Geschichten, die einen mit der kommunistischen Bewegung Verbundenen, nicht loslassen. König läßt das auf jeder Seite spüren.

Arnold Schölzel

Hartmut König: Stalin, Dulles und der Galgen in Prag. Doku-Fiction. Das Neue Berlin, Berlin 2025, 128 Seiten



**„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht**

**Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung
per E-Mail:**

vertrieb@rotfuchs.net

Werner Nottrott

begeht am 2. März seinen
80. Geburtstag.

Lieber Werner, Du hast als Vorsitzender der Regionalgruppe Teterow einen beachtlichen Anteil daran, daß der „RotFuchs“-Förderverein auch in der ländlich geprägten Mecklenburgischen Schweiz als politischer Gesprächspartner mit niveaувollen Bildungsveranstaltungen für alle Linken präsent ist. Wir gratulieren Dir herzlich zum Jubiläum und danken Dir für Dein Wirken im Verein.

Redaktion und Vorstand

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Monat März 2025

■ Regionalgruppe Plauen-Vogtland

Am Donnerstag, dem 13. März, um 15 Uhr spricht Oberst a. D. Jörg-Uwe Laasch zum Thema: „Ukraine“

Ort: Begegnungszentrum der Volkssolidarität Karlstraße 14, 085 Plauen

■ Regionalgruppe Güstrow

Am Donnerstag, dem 13. März, um 16 Uhr spricht Dr. Lothar Schröter (Militärhistoriker und Buchautor) zum Thema: **Der Ukraine-Krieg! Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO – die andere Sicht**

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 18. März, um 15 Uhr: spricht Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel zum Thema: **Was ist künstliche Intelligenz und wie verändert sie unser Leben?**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 18. März, um 18 Uhr spricht der Journalist und Publizist Dr. Wolfram Adolphi zum Thema: **BRICS – ein politischer und ökonomischer Staatenbund für die Entwicklung einer multipolaren Weltordnung**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Freitag, dem 21. März, um 15 Uhr spricht Major a. D. Florian Pfaff, Sprecher des Arbeitskreises Darmstädter Signal, zum Thema: **Frieden und Krieg in Europa, der Krieg in der Ukraine**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am Sonnabend, dem 22. März, um 10 Uhr: **Auswertung der Bundestagswahl 2025**

Ort: Seniorenbüro e.V. im Mehrgenerationenhaus, Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am Sonnabend, dem 22. März, um 10 Uhr: Diskussion zur **Auswertung der Wahl zum Deutschen Bundestag vom 23. Februar 2025 – Wie weiter gemeinsam links vom Mainstream?**

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Dresden

Am Sonnabend, dem 22. März, um 10 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Auswertung der Bundestagswahlen 2025**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Strausberg

Der Vorstand der Regionalgruppe empfiehlt allen Lesern des „RotFuchs“ die Teilnahme an der Veranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden **am Montag, dem 24. März, um 16 Uhr im Bürgerhaus Neuenhagen unter dem Motto „Frieden mit Rußland“**

Es sprechen Dr. Matthias Werner, Prof. Theodore A. Postol, Willy Wimmer, Scott Ritter, Rainer Rupp

Unkostenbeitrag 10 €

Anmeldung und Bezahlung auf das Konto des OKV bei der Berliner Volksbank

IBAN DE33 1009 0000 2950 0940 04, Kennwort FRIEDENSKONFERENZ - Name

■ Regionalgruppe Teterow

Am Dienstag, dem 25. März, um 15 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Was bedeutet die zweite Amtszeit Trumps für die USA und die Welt? Worauf müssen wir uns nach der Bundestagswahl einstellen?**

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ RotFuchs“-Gruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 25. März, um 16.30 Uhr spricht Uwe Trostel (1992 bis 2004 Berater in Rußland und der Ukraine) zum Thema: **Die russische Gefahr – Realität oder Mythos?**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Freitag, dem 28. März, um 18 Uhr spricht der Autor und Journalist Hannes Hofbauer (Österreich) zum Thema: **Im Wirtschaftskrieg – Die Sanktionspolitik des Westens und ihre Folgen**

Ort: Werk II, Kochstraße 132, 04277 Leipzig

VERANSTALTUNG IM MONAT APRIL

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Sonnabend, dem 5. April, um 10 Uhr spricht Hans Bauer (Rechtsanwalt), Vorsitzender der GRH, zum Thema: **Meinungsfreiheit in Deutschland – Anspruch und Wirklichkeit**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 5. April, um 10 Uhr spricht Sebastian Pflugbeil (Minister in der Modrow-Regierung, Atomphysiker) zum Thema: **Kernenergie – Risiken und Chancen im Kontext aktueller politischer und ökonomischer Entwicklungen**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reutershagen

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, dem 10. April, um 16 Uhr spricht Carsten Hanke, Präsident der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität e.V. (GeFIS) in Rostock, zum Thema: **Die Situation in Lateinamerika**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats März!

Zum 98. Geburtstag

Kurt Heß (Plauen) am 2. März

Zum 96. Geburtstag

Werner Rothe (Schwielowsee) am 9. März
Sonja Brendel (Berlin) am 16. März

Zum 95. Geburtstag

Herbert Kühling (Weißenfels) am 28. März

Zum 94. Geburtstag

Thea Kleine (Berlin) am 26. März

Zum 92. Geburtstag

Helmut Braunschweig (Schorfheide) am 12. März
Gottfried Hamm (Penzlin) am 15. März

Zum 90. Geburtstag

Fritz Klinger (Neubrandenburg) am 3. März
Hannelore Strenge (Berlin) am 21. März
Herbert Tietböhl (Wismar) am 25. März

Zum 85. Geburtstag

Dr. Erdmann Kröger (Neubrandenburg) am 5. März
Wilfried Schubert (Güstrow) am 7. März
Klaus Barth (Bitterfeld/Wolfen) am 10. März
Wolfgang Gierth (Berlin) am 16. März
Margarete Schwock (Berlin) am 31. März

Zum 80. Geburtstag

Eberhard Pasewaldt (Wolde) am 6. März
Hans-Ulrich Tittler (Berlin) am 11. März

Zum 75. Geburtstag

Angelika Dörnberg (Eberswalde) am 4. März
Sigi Schoenfeld (Bremen) am 26. März
Dr. Jörg-Ulrich Knobloch (Strausberg) am 27. März

Zum 70. Geburtstag

Stefanie Schmidt (Klingenberg) am 7. März

Zum 65. Geburtstag

Iris Fenzlein (Soest) am 30. März

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.



Weltpolizist USA

Seit Ende des 2. Weltkrieges gilt der Grundsatz: USA oben, Rußland draußen und Deutschland unten halten. Der Kalte Krieg wurde geführt, weil die Sowjetunion sich „erdreistete“, zumindest militärisch mit den USA „auf Augenhöhe“ zu sein. Die USA vertreten einen totalen alleinigen Herrschaftsanspruch auf unserem Planeten. Sie sind nun einmal wirtschaftlich, politisch, finanziell und militärisch die stärkste Macht, das läßt sich nicht leugnen, und daraus leiten sie für sich diesen hegemonialen Anspruch ab. Ein weiteres Merkmal ihrer Außenpolitik ist es, Länder, die sich ihren Forderungen widersetzen, im Inneren zu destabilisieren und ihnen ihr System aufzudrücken. Jüngstes Beispiel dafür ist die Ukraine. Ergeben sich Länder ihren Forderungen, bieten sie ihnen ihren (nicht kostenlosen) „Schutz“ an. Widersetzen sie sich, werden sie zum Feind erklärt. Nur so sind die weltweit über 800 militärischen Stützpunkte zu sehen. So nutzen die USA schonungslos ihre Macht, sich frei und problemlos auf unserem Planeten zu bewegen. Und dieses Recht gestehen sie niemand anderem zu. So wird inzwischen die Ostsee zu einem NATO-Meer. Rußland ist sowieso zum absoluten Feind erklärt. Indien entwickelt sich zu einer Großmacht, die sich aktuell zu den BRICS-Staaten zählt. Da bleibt abzuwarten, wie sich das Verhältnis zu den USA entwickelt. China ist zu einer ebenbürtigen Macht angewachsen, die sich natürlich nicht den USA unterwirft. Der Handelskrieg zwischen beiden Staaten ist in vollem Gange. Und da man China keine freie Bewegung nach Art der USA auf dem Planeten erlaubt, wird der große Krieg vorbereitet. Und um dieses Ziel durchzusetzen, sind alle Mittel, besonders Lügen (z.B. Vietnam-Krieg, Irak-Krieg usw.), Regime-Change, die militärische Gewaltanwendung usw., erlaubt. Und das Schlimme ist eben: Ein Teil der Welt richtet sich nach dem, was die USA vorgeben (da sie von ihnen abhängig sind). Als Putin die Krim wieder zu Rußland holte, was war/ist er für ein Verbrecher, der Völkerrecht mit Füßen tritt. Aber wenn

Trump Grönland annektiert, wird der Westen geflissentlich schweigen, denn die „nationale Sicherheit“ des überseeischen „Freundes“ geht natürlich über alles. Prof. John J. Mearsheimer (University of Chicago) und Prof. Jeffrey D. Sachs (Columbia University) haben am 16.9.24 bei einem All-in Summit in New York ein Interview gegeben, das am 9.12.24 veröffentlicht wurde, in dem sie sich ausführlich mit der US-Außenpolitik beschäftigt haben. Nachlesen lohnt, denn es bleiben noch viele Fragen offen, wie z.B. diese: Nach dem sogenannten „Einigungsvertrag“ verließen die sowjetisch-russischen Truppen das Gebiet der DDR. Und die US-Truppen? Führen von Ramstein aus das Kriegsgeschehen in Osteuropa und Nah-Ost. Und Atomwaffen haben sie auch noch in Deutschland. So äußert sich auch hier der Hegemonieanspruch der Amerikaner! Das ist nicht hinnehmbar!

Wolfgang Mengel, Stralsund

Vernichtende Bilanz

Bereits mit dem Ende des 2. Weltkrieges begannen die USA, ihre politischen und ökonomischen Interessen weltweit mittels politischem sowie ökonomischen Druck und militärischer Gewalt durchzusetzen. Gewissenlos setzten sie zwei Atombomben gegen die japanische Zivilbevölkerung ein und begannen gezielt, das Potsdamer Abkommen zu hintertreiben und die deutsche Teilung im Kampf gegen den Osten zu zementieren. Innenpolitisch wurden in den Vereinigten Staaten Kommunisten gejagt und Rassismus war alltäglich. Erfolgreich spannten die USA die westlichen Länder im Kalten Krieg vor ihren Karren und scheuten weder Sanktionen, Sabotage noch Terror, um ihre Rolle als Weltpolizist durchzusetzen. Internationale Verträge wurden geschlossen und nach Gutdünken aufgekündigt. Wenn dem kein Erfolg beschieden war, dann holte man ohne Skrupel den Kriegshammer heraus, auch dann, wenn es dazu keinen UN-Beschluß gab. Trotz UN-Resolutionen unterstützen die USA die illegale Besetzung von Territorien oder sanktionieren weiterhin ganze Staaten. Drohnen wurden auf den Weg geschickt, die Menschen ohne gerichtlich festgestellte Schuld ermorden. Seit Jahrzehnten sitzen Gefangene ohne Gerichtsverfahren in Guantanamo. Amerikanische Geheimdienste planten und unterstützten Revolten gegen gewählte Repräsentanten in souveränen Staaten. Niemals hielten sich die USA an Recht und Ordnung und sie traten Menschenrechte mit den Füßen. Freiheit verstanden sie nur im Konsens mit der Durchsetzung ihrer Werte und Interessen. Wen wundert es, wenn die USA keinen Internationalen Gerichtshof akzeptiert, denn sie fürchten die öffentliche Bloßstellung ihrer Verbrechen. Dies ganze abscheuliche, inhumane und tödliche Gebaren und Handeln beklatschen lautstark

die sogenannten Atlantiker, und die deutsche Regierung steht dabei devot Gewehr bei Fuß.

Raimon Brete, Chemnitz

Medien aktuell – Debatten über Trump in der Bundespolitik

Seit Bestehen der Bundesrepublik sind die USA die „Vorzeigedemokratie“. Sogenannte Werte des Westens stehen für ein geeintes Europa? Nicht erst mit der Rückkehr von Trump ins Weiße Haus wird deutlich, daß der Einfluß populistischer Parteien in Europa wächst. Eine nationalistische Entwicklung, die sich auch in den USA zeigt. Wer verlangt, fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben der NATO-Verbündeten aufzuwenden, hat mit Frieden nichts im Sinn. Unsere Welt braucht nicht mehr Waffen und höheren finanziellen Aufwand für die Rüstung. Das nützt vor allem der US-Industrie, einem Donald Trump, um Vorteile und Profite um jeden Preis zu sichern. Da ist es kein Zufall, wenn Trump sich vom US-Multimilliardär Musk, der rechtsextreme Parteien unterstützt und in den deutschen Wahlkampf eingreift, beraten läßt. Musk greift zur politischen Macht, einem Gestaltungsraum für maximale Profite, marktbeherrschend, ohne Einmischung des Staates. Für erneuerbare Energie hat Musk ein Lächeln übrig, er setzt auf Atomkraft. Hier sei erwähnt, daß Herrn Lindner/FDP, der unternehmerische Mut von Musk fasziniert.

Trump aber will die Kontrolle, wo USA-Interessen eine Rolle spielen. Will z. B. Grönland, die Arktisregion, der USA einverleiben, dazu fest im Blick die Kontrolle über Panamakanal und Kanada. Partnerschaftsbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil sind nicht gewollt. Es geht um Diktate: „Wenn Du nicht willst, komme ich mit Gewalt“. Hier wird Einschüchterung zur Stärkung der Macht eingesetzt. Offensichtlich sind es vor allem nationalistische Interessen, die eine USA-Politik mit dem neuen/alten Mann im Weißen Haus verfolgt.

Ernst Jäger, Panketal

Ein Telefonat und seine möglichen Folgen

Gerade noch rechtzeitig zur abendlichen Talk-Show „Ein Abend mit Soloyvow“ im russischen Fernsehen, bei der stets sachkundige in- und ausländische Spezialisten zu Gast sind, kamen die ersten Informationen von dem 90-minütigen Telefonat zwischen Trump und Putin. Dabei wurde betont, daß das Gespräch von Diplomatie geprägt gewesen sei. Trump bezog sich auf die Zusammenarbeit der USA und der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg gegen den deutschen Faschismus und deutete an,

daß beide Länder wieder eine solche Beziehung anstreben sollten. Man sei sich einig geworden, sofort Verhandlungen zur Beendigung des Ukraine-Konflikts zu beginnen, indem beide Seiten Verhandlungsteams benennen. Darüber hinaus hätte man sich über Energiefragen, den Nahen Osten, das iranische Atomprogramm und zu KI ausgetauscht. Man hat sich auch auf gegenseitige Besuche in ihren Ländern geeinigt.

In der Talk-Runde wurde auch auf die Ausführungen des neuen US-Verteidigungsministers Pete Hegseth vor der Ukraine-Kontaktgruppe in Brüssel verwiesen, der folgende Positionen vertrat: Nein zum NATO-Beitritt der Ukraine, Nein zur Wiederherstellung der Grenzen der Ukraine von 2014, Nein zur Teilnahme amerikanischer Truppen an einer „Friedenstruppe“ zum Schutz der Ukraine, keine Ausweitung der Bestimmungen von Artikel 5 der NATO auf eine mögliche Friedenstruppe, Ausrichtung der Aktivitäten der USA auf China und den Fernen Osten, während sich die europäischen NATO-Verbündeten um die Sicherheit auf ihrem Kontinent kümmern sollten, wozu deren Verteidigungsbudgets von 2 % auf 5 % zu erhöhen sind. Von den USA sei es vorgesehen, den „nuklearen Schutzschild“ für EU-Europa aufrechtzuerhalten, sich aber aus dessen konventioneller Verteidigung zurückzuziehen, was eine Reduzierung der US-Streitkräfte in Europa auslösen könne.

Gerhard Giese, Strausberg

Nein zu Waffenlieferungen und Kriegsvorbereitung

Am 25. Januar nahm ich an unserer Veranstaltung „Auf beiden Seiten der Front“ teil. Es sprach der Journalist und Buchautor Patrik Baab. Wir haben lange nicht eine so gut besuchte Veranstaltung erlebt und mußten sogar noch Stühle organisieren. Der Vortrag war inhaltlich sehr gut und auch für Nichtpolitiker verständlich. Damit wurde der Nagel auf den Kopf getroffen. Es wurden beide Seiten angesprochen und auch die historischen Gründe des Ukraine-Krieges aufgezeigt. Wir alle sind uns einig, dieser Krieg, das Leid auf beiden Seiten muß beendet werden! Mit Waffenlieferungen schafft man keinen Frieden, sondern führt die Menschheit in den Abgrund! Damit sollten sich unsere Politiker in erster Linie befassen und nicht wie in einer hiesigen Zeitung zu lesen war „Schüler auf den Kriegsfall vorbereiten“. Ich war als Waffentechniker tätig und kenne die Waffensysteme – es wird keinen Sieger geben!

Hartmut Lindner, Rostock

Migrationsdebatte in Deutschland

Menschenrechte – Wort und Begriff, wie oft mißbraucht, benutzt im Interesse der Herrschenden gegen die Interessen der Völker, der arbeitenden Klassen.

Was anderes vermittelt uns die gegenwärtige Migrationsdebatte als den nächsten Schritt des reaktionär-militaristischen Staatsumbaus, wie es die DKP zutreffend analysiert. In den offiziellen Gedenkveranstaltungen zum 80. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz ergehen von Seiten dieses Staates, seiner Repräsentanten, Regierenden eine unglaubliche Heuchelei, Verlogenheit, dreiste Lügen und Geschichtsrevisionismus samt übelster Leugnung und Verschweigens des wieder erstehenden Faschismus.

Was ist von Menschenrechten noch übrig? Wie werden sie kommentarlos beerdigt; mit größtem Selbstverständnis und Zustimmung wird ein einst als universell, jedem angeborenes Menschenrecht in ein Abschiebe- und Gewaltrecht umgewandelt. Sind Flüchtlinge, Asylsuchende, Migranten, Menschen aller Welt, die ein besseres, menschenwürdiges Leben suchen, etwa heute allesamt unsere Feinde? Alles nur Feinde, außer denen, die uns nützlich sind, uns nichts gekostet haben, uns die Fachkräfte stellen, aber keine Menschen sind, ist das die neue freiheitlich-demokratische Lesart? Sind wir plötzlich, weil es die Ideologen der Eliten und Regierenden uns tagtäglich erklären, nur von Feinden umgeben, aus fernem Ländern, fremder Religionen, anderer Hautfarben, uns fremder Lebensverhältnisse?

Weil es der Zeitgeist der Politik so fordert und erwartet, deshalb haben wir heute alles anders zu sehen und den „Schnee von gestern“ zu vergessen?

Jeder ins menschenverachtende Abschiebekonzept passende Anschlag, jede Gewalttat wird benutzt, den Eindruck zu erwecken, wer und was unsere Feinde sind, das Unglück unseres Landes zu sein hat. Wie immer, über die Ursachen wird nicht gern gesprochen oder gar emotional berichtet.

Moral braucht es in diesem Falle nicht, Menschenrechtserklärungen schon gar nicht, wie das an vielen Orten der Welt nicht erwünscht ist und es die deutsche Staatsräson verbietet, zu Unrecht erklärt und verfolgt.

Roland Winkler, Aue

Was mich beschäftigt ...

Zur Diskussion auf dem außerordentlichen Parteitag der Linken betonten nicht wenige Redner die Rolle der Linken als Friedenspartei. Umso mehr verwundert es, daß die Friedensproblematik erst als sechster Schwerpunkt im Kurzwahlprogramm erscheint. Da werden „völkerrechtswidrige Angriffskriege, wie der russische Überfall auf die Ukraine“ verurteilt und negiert, daß die von den USA geführte NATO alles getan hat, damit geschossen wird, um einen Weltordnungskrieg auf dem Rücken der Ukrainer gegen Rußland zu führen.

Am 2. Februar 1990 erklärten die Außenminister Baker und Genscher, mit dem Zusammenschluß von BRD und DDR, wird die NATO nicht nach Osten erweitert. Im Kreml erklärte Baker am 9. Februar 1990, die NATO keinen Inch nach Osten ausdehnen zu beabsichtigen. Diese Zusagen wurden allsamt gebrochen. Seit 1990 verdoppelte sich die Anzahl der NATO-Mitglieder. Die Ukraine steht auf der Tagesordnung. Hinzu kommt die Nichteinhaltung der Minsker Abkommen durch Vertragspartner, auch durch Deutschland. Unerwähnt sollen nicht der Maidan-Putsch und der Beschuß des Donbass mit 15 000 Toten durch die ukrainische Armee bleiben.

Wilfried Schubert, Güstrow

DEMOKRATIE – Nur echt in der echten Verpackung

Zitat aus dem Duden von 1935: „Demokratie: Volksherrschaft, Demokrat ist ein Anhänger einer demokratischen Partei oder des demokratischen Prinzips“. Alles klar? Die Bestimmung des Begriffs mit sich selbst! Es ist so, weil es so ist! Viel einfacher und geschmackloser geht es nun wirklich nicht. Ganz auf das geistige Niveau des deutschen Michels zugeschnitten und auch 2025 noch medienwirksam strapaziert. Also: alle, die nicht Demokraten sind, gehören einfach nicht zum Volk!

Ganz anders unsere Politiker der ersten und zweiten Reihe. Wer will ihnen bei so einer Definition nachweisen, daß sie nicht Demokraten sind?

Meiner Meinung nach sind gerade sie mit ihrer Hetze gegen die eigenen Bürger und gegen andere Völker, mit ihrer spalterischen Propaganda, mit ihrer Kriegshetze, mit ihren Waffenlieferungen in alle möglichen Krisengebiete und, und, und die reinsten Feinde der Demokratie, Feinde des Grundgesetzes BRD (landläufig auch als Verfassung bezeichnet), Feinde ihres Volkes, also eigentlich ein Fall für ihren eigenen Verfassungsschutz. Manchem könnte da direkt Karl Liebknecht einfallen, der schon vor über hundert Jahren sagte: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“ Gerade aber diese Politikerparodien sind an Selbstbewußtsein, gepaart mit maßloser Ignoranz und Frechheit, kaum zu überbieten. Jeder rechtschaffene Mensch würde nach Jahren nachgewiesener Erfolglosigkeit, sofern man nicht ein Trümmfeld als Erfolg bezeichnet, froh sein, wenn er nicht strafrechtlich verfolgt und von „seinem“ Volk in die Wüste gejagt würde, um heimlich in stiller Demut das Weite suchen zu können. Aber nein, diese fast bemitleidenswerten selbstverliebten Leute klammern sich gewissenlos an ihre hochdotierten Posten, um sich und ihre Sippschaft weiterhin bereichern zu können.

Wolfgang Klages, Berlin

Krieg um die Köpfe

Beim Lesen der Kurzfassung einer von der Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellten Studie, veröffentlicht Mitte Januar im ‚nd‘, die sich mit „Rußlands Rechtfertigungsstrategien seines Krieges in der Ukraine“ befaßt, wurde mir deutlich, welche Narrative da bedient werden: Verunglimpfung der Politik der Russischen Föderation und des Präsidenten Putin. Die genannten Einzelheiten lassen sich für den Leser schwer überprüfen. Sie bleiben als Behauptungen im Raum. Die Einordnung in Zusammenhänge fehlt. Wohl auch nicht gewollt.

Teile der Friedensbewegung, der Linken, auch Friedensgruppen, nehmen diese Narrative auf und kommen nicht mehr dazu, das Ganze zu sehen und die Hintergründe zu werten.

Der „Krieg um die Köpfe“ der Menschen findet subtil statt, beeinflußt und erschwert die Arbeit etlicher Organisationen. Nach und nach wird versucht, auf diese Weise das historische Gedächtnis mit narrativen Einordnungen zu verändern und zu lösen. Um dem entgegenzutreten, ist der RotFuchs so wichtig.

Monika Gottwald, Gera

Der Geschichtsumdeutung müssen wir uns widersetzen!

Die Entwürdigung des Sowjetischen Ehrenmals in Dresden (jw veröffentlichte dazu am 13.2.25 einen Artikel) paßt haargenau in das bundesdeutsche Gesellschafts- und Geschichtsverständnis. Wie sollte es auch anders sein, wenn im Westen gleich wieder maßgebliche Nazis in führende Positionen gelangten? Die seit 1917 erbitterte Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion, die ab 1933 bis zur Extase getrieben wurde, setzte sich auch nach dem Ende des Krieges in den westlichen Besatzungszonen und danach in der Bundesrepublik weiter fort. Kein Wunder, daß in einem solchen Milieu der Sieg der Sowjetarmee über den deutschen Faschismus nie zum Gegenstand der Geschichtsaufarbeitung wurde. Allein schon die Bezeichnung „Tag der Kapitulation“ statt Tag der Befreiung zeigt deutlich, mit wem sich der deutsche Imperialismus identifiziert.

Im Gegensatz dazu setzte sich in der SBZ und danach in der DDR eine konsequente Friedenspolitik durch. Der Grundsatz lautete: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus, nie wieder Völkerhaß. Der heroische Sieg der ruhmreichen Sowjetarmee zur Befreiung unseres Vaterlandes vom Faschismus wurde in der DDR stets gebührend gewürdigt. Somit war die Errichtung sowjetischer Ehrenmale in unserem Friedensstaat eine logische Folge. In Dresden wurde diesem Ehrenmal am Platz der Einheit, wo es täglich mehrere hundert Menschen betrachten konnten, ein würdiger Standort erteilt.

Jedes Jahr zum Tag der Befreiung am 8. Mai fand dort eine Veranstaltung zum aufrichtigen Gedenken statt.

Nach dem Anschluß der DDR an die BRD und dem Ende der Sowjetunion wurde der Geist des Imperialismus und der Feindschaft gegen die einstigen Sowjetrepubliken, besonders gegen Rußland, auch in unser Gebiet hineingetragen. Demzufolge paßte ein Ehrenmal für die Rote Armee nicht ins Bild. Nicht nur, daß es 1994 von seinem gewohnten Standort entfernt wurde, soll es nun seine eigentliche Bedeutung weitgehend verlieren. Daß ausgerechnet Amtsträger der Linkspartei, die ursprünglich mit einem ganz anderen Ziel angetreten ist, diese Drecksarbeit vorantreiben, ist um so betrüblicher.

Das Sowjetische Ehrenmal erinnert uns daran, daß die Befreiung durch die Sowjetarmee uns vor einem atomaren Inferno bewahrte, da bekanntlich die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki auf Dresden und Leipzig fallen sollten. Die Befreiung Dresdens und der weitere schnelle Vormarsch der Roten Armee konnten das verhindern. Allein das sollte schon Grund genug sein, dieses Ehrenmal und seine Bedeutung uneingeschränkt zu bewahren. Es erinnert uns weiter daran, daß russische und ukrainische Truppen gemeinsam für die Befreiung vom Faschismus kämpften und daß Frieden in Europa nur mit und nicht gegen Rußland zu gestalten ist. Unser aller Anliegen muß es sein, die Erinnerung an den Kampf gegen den deutschen Faschismus und dessen Vernichtung durch die ruhmreiche Sowjetarmee wachzuhalten, und uns so konsequent gegen die Schändung und Umdeutung sowjetischer Ehrenmale und der deutschen Geschichte zur Wehr zu setzen.

Jürgen Förster, Dresden

Zum Leserbrief von Martina Dost „Bilder einer Ausstellung“ im RF-Februar 2025

Martina Dost hat völlig Recht mit ihrer Aussage, daß vieles nicht Kunst ist, was man uns heute für Kunst verkaufen will. Der Kapitalismus hat auch die Kunst in eine Sphäre verwandelt, in der der Gebrauchswert nur noch eine unfaßbar kleine Rolle spielt. Kunst im Kapitalismus zielt vorrangig auf ökonomische Verwertbarkeit. Schon Marx wußte: „Das Kapital ist gleichgültig gegenüber dem Gebrauchswert.“ Dem heutigen Kunstmarkt kann man das deutlich ansehen. Als Kunst zählt, was gekauft wird. Innere Aussage und handwerkliche Meisterschaft zählen oft nur noch als Beiwerk. Kann man in einer solchen Welt Kunst von inhaltslosem Kitsch unterscheiden? Ich meine, ja. Wir sollten dazu nur viel selbstbewußter herangehen, als uns das die Marktschreier des Kulturbetriebs meist zugestehen wollen. Kunst ist eine sehr

spezielle Form der Auseinandersetzung der Menschen mit ihrer Umgebung. Wir profitieren erst von ihr, wenn sie uns hilft, mit unserer Welt klarzukommen. Deshalb entsteht wahre Kunst auch nicht allein dadurch, daß der Künstler sich selbst verstehen lernt. Sie entfaltet sich erst dann richtig, wenn sie es schafft, die Gefühle anderer Menschen in Bewegung zu setzen. Das aber braucht Können und Meisterschaft. Dazu muß der Künstler mühsam lernen, mit ihnen zu sprechen, um sie anregen zu können. Er muß darum kämpfen, sich verständlich zu machen. Unverstanden und unverständlich zu bleiben ist einfach nur Schlußerei und nicht Kunst. Unnahbar über den Konsumenten der Kunst zu schweben, ist Ausdruck der Unfähigkeit, mit ihnen zu kommunizieren. Und noch viel mehr ist sie pure Angeberei. Vieles auf dem heutigen Kunstmarkt versucht überhaupt nicht, verstanden zu werden. Dann ist es keine Schande zu sagen: „Ich kann dich nicht verstehen. Du willst wahrscheinlich auch gar nicht verstanden, sondern nur gekauft werden. Du hältst mich dazu für naiv genug. Aber ich weiß längst: Du handelst nicht mit Kunst. Sondern lediglich mit Getue ohne Wert.“

Achim Seider, Berlin

„Sofortprogramm für Wohlstand und Sicherheit“ – nur für Reiche

Die CDU hat einstimmig ein „Sofortprogramm für Wohlstand und Sicherheit“ sowie einen Fünf-Punkte-Migrationsplan und Entlastungsvorhaben für die Wirtschaft beschlossen. Die Regierenden müßten aber zuerst dafür sorgen, daß die Menschen in Entwicklungsländern von ihrer Arbeit leben können und nicht zu Migranten werden. Trotzdem hatte am 14. Juni 2024 die CDU/CSU-Fraktion den Gesetzentwurf „Zur Aufhebung des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten“ (20/11752, Lieferkettensorgfaltspflichtenhebungsgesetz) vorgelegt. CDU/CSU versprechen Steuerentlastungen für Bürger und Wirtschaft. Gleichzeitig soll die Schuldenbremse greifen. Bei den Steuerentlastungsvorhaben von geschätzten ca. 99 Milliarden Euro, wie es CDU/CSU planen, muß man allerdings fragen, wo ist die Gegenfinanzierung. Gedacht ist dabei offenbar an eine deutlich härtere Migrationspolitik oder die Überführung des Bürgergelds in eine neue Grundsicherung, wodurch angeblich größere Summen frei würden. Wer künftig nicht bereit ist, Arbeit anzunehmen, obwohl arbeitsfähig, habe laut CDU jeden Anspruch darauf verwirkt.

Sieht so das versprochene „Sofortprogramm für Wohlstand und Sicherheit“ von CDU und CSU aus?

Stanislav Sedlacik, Weimar



Sowjetisches Ehrenmal in Berlin Schönholzer Heide (Foto: Wolfgang Metzger)

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.